

Restauration und Revolution (1815–1850)

Einführung

Die 35 Jahre vom Wiener Kongress bis zum Scheitern der Revolution von 1848/49 werden im Allgemeinen das Zeitalter der Restauration und Revolution genannt. Damit sind die beiden entgegengesetzten, miteinander ringenden Hauptströmungen der Zeit bezeichnet, die die Geschichte dieser Jahre ganz wesentlich bestimmt haben. Auch sonst ist diese Zeit eine Epoche der Gegensätze, eine Zeit des Umbruchs auf zahlreichen Gebieten, in der Altes noch Bestand hat, aber Neues daneben sich immer stärker ausbildet. Es ist die Zeit der Idylle, und es ist auch die Zeit der Verdächtigungen und Verfolgungen, der Verhaftungen und Verurteilungen. Es ist die Zeit des behaglich-privaten Lebens im kleinbürgerlichen Milieu des »Biedermeier«, und es ist zugleich die Zeit, in der immer mehr Menschen politisches Bewusstsein entwickeln und von den Herrschenden die Teilhabe an der Macht fordern. Es ist noch die Zeit der Postkutschen und doch schon die der Eisenbahnen mit der ersten Bauphase eines sich schnell ausweitenden Schienennetzes: Die kommende industrielle Revolution kündigt sich bereits an.

Am Beginn dieser Epoche steht das Werk des Wiener Kongresses, steht die wieder hergestellte (»restaurierte«) europäische Ordnung nach Beseitigung der durch die Französische Revolution und die napoleonische Herrschaft verursachten Veränderungen. Es ist, soweit es Mittel- und Osteuropa betrifft, vornehmlich ein Werk der Monarchen – des russischen Zaren, des österreichischen Kaisers und des preußischen Königs – und ihrer Berater mit dem österreichischen Außenminister Fürst Metternich an der Spitze. In der von ihnen beschlossenen »Heiligen Allianz« verpflichteten sich die drei Herrscher feierlich, diese Ordnung zu ga-

rantieren und streng darüber zu wachen, dass künftig keine der mit der Französischen Revolution freigesetzten Kräfte erneut die Völker in Unruhe versetzen und die erreichte Friedensordnung infrage stellen könne. Nicht wieder hergestellt wurde das alte, 1806 aufgelöste »Heilige Römische Reich deutscher Nation«. Stattdessen entstand auf deutschem Boden aus den noch existierenden oder wieder hergestellten 35 deutschen souveränen Fürstenstaaten und den letzten vier freien Reichsstädten ein loser Staatenbund, der lediglich durch die ständige in Frankfurt am Main tagende Gesandtenkonferenz zusammengehalten wurde.

Das aber ist nicht das von den Dichtern der Freiheitskriege besungene deutsche Vaterland, für das die Freiwilligen von 1813 in den Kampf gegen Napoleon gezogen waren. Enttäuschung und Verbitterung bewegen die heimkehrenden Soldaten, vor allem die in die Hörsäle zurückgekehrten Studenten. Mit der Gründung der allerersten Burschenschaft geben die Studenten zu erkennen, dass sie dieses künstliche Gebilde nicht akzeptieren, dass sie vielmehr mit ihrem Bund das kommende, das wirkliche geeinte deutsche Vaterland vorwegnehmen wollen. Die nationale Bewegung, gepaart mit der liberalen in der Forderung nach einer Verfassung, die die Freiheitsrechte des Einzelnen und die Mitwirkung des Volkes am politischen Geschehen fest schreibt, breitet sich rasch aus. Sie ist auch durch Verbote und Verfolgungen nicht mehr aufzuhalten. Diese nationale Bewegung ist keine auf Deutschland beschränkte Erscheinung, sie erfasst gleichzeitig nahezu ganz Kontinentaleuropa. Überall erheben sich jetzt die unterdrückten Völker zum Freiheitskampf, Polen und Ungarn, Griechen und Italiener, Tsche-

chen und Kroaten. Die deutschen Freiheitskämpfer solidarisieren sich mit diesen Völkern. Der Polizeistaat bringt den Ruf nach Einheit und Freiheit nicht zum Schweigen. Im Februar 1848 springt der Funke der Revolution von Frankreich auf Deutschland über und führt im März in fast allen deutschen Staaten, auch in Berlin und Wien, zu spontanen Erhebungen des Volkes, vor denen die alten Gewalten überall zurückweichen. Es kommt zur Einrichtung liberaler Ministerien und zu Zugeständnissen an die Revolutionäre, deren Führer noch weitgehend der bürgerlichen Oberschicht angehören. Metternich, der verhasste Exponent der Restaurationspolitik, muss zurücktreten. Alle Staaten stimmen schließlich der Durchführung allgemeiner und gleicher Wahlen und dem Zusammentritt einer Nationalversammlung in Frankfurt am Main zu. Mit Böllerschüssen und Glockengeläut wird der Einzug der gewählten Volksvertreter in die Paulskirche gefeiert, eine neue Zeit scheint für die Deutschen angebrochen zu sein.

Aber während noch die Abgeordneten dieses »Honoratioren«-Parlaments in der Paulskirche über die Verfassung des neuen Deutschland beraten und sich lange und leidenschaftlich über die Form und die Ausmaße des künftigen Reiches streiten, wird schnell erkennbar, dass die Fürsten der Einzelstaaten nicht gewillt sind, Macht an die Nationalversammlung und die sogenannte Reichsregierung in Frankfurt abzugeben. Vor allem die beiden Großmächte Österreich und Preußen gewinnen nach dem ersten Schock im März 1848 rasch ihr Machtbewusstsein zurück und betreiben wieder Politik, ohne die Nationalversammlung in Frankfurt miteinzubeziehen. Als schließlich der preußische König die ihm von den Parlamentariern angetragene Krone des »Kaisers der Deutschen« brüsk zurückweist, ist die Nationalversammlung am Ende. Die National-Konservativen und die Liberal-Gemäßigten resignieren, ja, sie nehmen jetzt sogar aus Furcht vor der Radikalisierung der Revolution Verbindung zu den alten Mächten auf.

Die linksdemokratischen Abgeordneten allein bemühen sich, mit der Verlegung des Rumpfparlamentes nach Stuttgart die Verfassungsarbeit neu zu beleben und die Revolution doch noch zu vollenden, indem sie die Abschaffung der Monarchien fordern. Die von ihnen geförderten Aufstände radikaler Kräfte in Baden, in

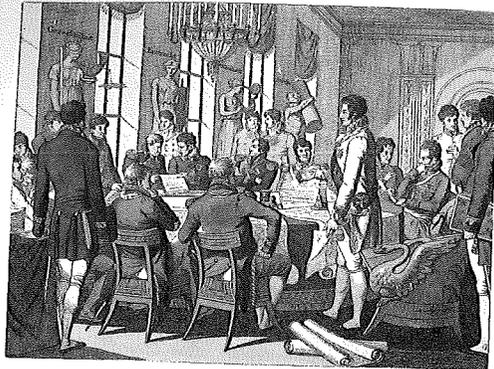
der Pfalz und in Sachsen aber werden mithilfe preußischer Truppen rasch niedergeschlagen. Die Reaktion hat gesiegt, die Aufbruchstimmung der Frühjahrsmonate des Jahres 1848 ist verflogen. Der Versuch, ein neues Deutschland, eine parlamentarische Monarchie zu errichten und die bisher souveränen Einzelstaaten zu bewegen, in diesem neuen Reich sich mit der ihnen in der Verfassung zugewiesenen Rolle im »Staatenhaus« zufrieden zu geben, ist gescheitert. Aber dennoch wird der alte Zustand vor der Revolution nirgends wieder hergestellt. Auch in Preußen und in Österreich werden jetzt Verfassungen eingeführt, die allerdings die Monarchen »von oben« und ohne Mitwirkung der Völker erlassen.

Die Epoche ist damit beendet, aber am Horizont kündigen sich bereits neue Verwicklungen an. Mit der Industrialisierung, die in den nächsten Jahren und Jahrzehnten die Ausmaße einer industriellen Revolution mit vielen negativen Begleiterscheinungen annehmen wird, tritt nun zunehmend die soziale Frage in den Vordergrund. Neben die Kräfte des Nationalismus und des Liberalismus, die die geschichtliche Entwicklung vom Beginn des Jahrhunderts an wesentlich geprägt haben, tritt nun der Sozialismus und meldet seine Ansprüche an. Er wird sogleich internationale Dimensionen annehmen. Das am Vorabend der Revolution von 1848 von Marx und Engels verkündete »Kommunistische Manifest« hat den Kampf des Sozialismus zuerst ausgesprochen: »Proletarier aller Länder, vereinigt euch!« In der 48er Revolution noch kaum beachtet, wird dieser Ruf bis weit in das 20. Jahrhundert hinein nicht mehr verstummen und die Welt in Atem halten.

7.1 Deutscher Bund

Auf dem Wiener Kongress (► 6.18) versuchten die maßgeblichen Staatsmänner, allen voran der österreichische Außenminister Fürst Metternich (► 7.7), Europa neu zu ordnen. Der Wunsch der deutschen Patrioten, von denen viele am Freiheitskampf gegen Napoleon teilgenommen hatten, nun einen neuen nationalen deutschen Bundesstaat zu errichten, erfüllte sich nicht. Auch das 1806 aufgelöste Heilige Römische Reich deutscher Nation (► 6.8) wurde nicht wieder hergestellt.

Geschaffen wurde ein locker gefügter Staatenbund, der Deutsche Bund. Er setzte sich aus 35



▲ *Das gemeinsame Organ des 1815 gegründeten Deutschen Bundes war die Versammlung der Gesandten aller Mitgliedstaaten in Frankfurt (Bundesversammlung, auch Bundestag genannt; Stich um 1817)*

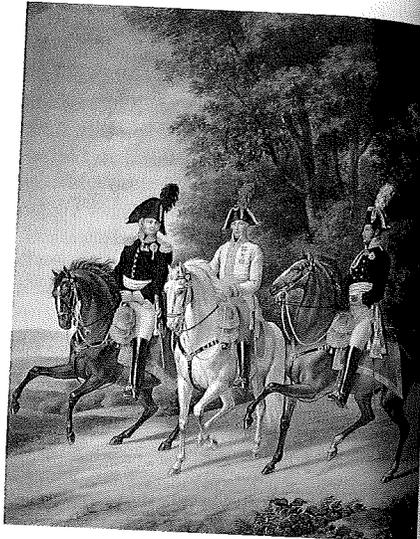
Fürstenstaaten und vier freien Städten zusammen. Den Vorsitz in diesem Staatenbund übernahm Österreich. Das einzige Bundesorgan war die Bundesversammlung der bevollmächtigten Gesandten der Mitgliedsstaaten, die später hauptsächlich Bundestag genannt wurde; sie tagte als ständiger Kongress in Frankfurt am Main. Neben den deutschen Fürsten gehörten auch ausländische Herrscher dem Deutschen Bund an, und zwar der König von Großbritannien und Irland als König von Hannover, der König von Dänemark als Herzog von Holstein sowie der König der Niederlande als Großherzog von Luxemburg. Österreich und Preußen gehörten ihm nur mit den Gebieten an, die Bestandteile des Heiligen Römischen Reichs gewesen waren. Die am 8. Juni 1815 auf dem Wiener Kongress von den deutschen Fürsten und Bürgermeistern angenommene Verfassung, die Bundesakte, bezeichnete den Staatenbund als »unauflöslich«. Ihre endgültige Form erhielt diese Verfassung mit der am 8. Juli 1820 einstimmig von der Bundesversammlung angenommenen Wiener Schlussakte.

Zur Regel wurde es (bis 1848), dass sich Österreich vor allen wichtigen Schritten in der Bundesversammlung mit Preußen als der stärksten norddeutschen Macht absprach. Innenpolitisch wurde der Deutsche Bund mehr und mehr das Vollstreckungsorgan der Restaurationspolitik Metternichs bei der Abwehr und Eindämmung

liberaldemokratischer und nationaler Bestrebungen. Den Einzelstaaten war zwar zugebilligt worden, Verfassungen zu erlassen, in denen die ständige Vertretung des Volkes gesichert werden konnte, doch nur einige Fürsten der Mittel- und Kleinstaaten, so als einer der Ersten der Großherzog von Sachsen-Weimar-Eisenach, gaben ihrem Land eine Verfassung, nicht jedoch Preußen und Österreich. So wuchs die Unzufriedenheit im Lande zunehmend an, besonders unter der studentischen Jugend.

7.2 Heilige Allianz

Zar Alexander I. von Russland hatte dem Kaiser von Österreich und dem König von Preußen ein gemeinsam zu unterzeichnendes Manifest vorgelegt, in dem die christlichen Gebote als Richtschnur für die Politik fest verankert werden sollten. In der Bearbeitung des Entwurfs durch Metternich (►7.7) wurde die von den drei Monarchen am 26. September 1815 abgeschlossene Heilige Allianz ein Bündnis zur Absicherung des im Wiener Kongress (►6.18) erreichten



▲ *Das zeitgenössische Aquarell zeigt die Monarchen der Heiligen Allianz beim gemeinsamen Ausritt (von links): Zar Alexander I. von Russland, Kaiser Franz I. von Österreich und König Friedrich Wilhelm III. von Preußen (Wien, Graphische Sammlung Albertina)*

politischen Zustandes. Alle europäischen Mächte, mit Ausnahme Großbritanniens, der Türkei und des Kirchenstaates, traten der Heiligen Allianz bei, die in ihrer christlich-konservativen Grundtendenz das Zeitalter der Restauration geprägt hat. Die Heilige Allianz ist schließlich an den sich verstärkenden Interessengegensätzen der europäischen Großmächte zerbrochen.

7.3 Deutsche Burschenschaft

Die aus den Befreiungskriegen gegen Napoleon (1813–15) in die Hörsäle der Universitäten zurückgekehrten Studenten waren tief enttäuscht von der politischen Entwicklung, die den erhofften Einheitsstaat aller Deutschen nicht gebracht hatte. Als Reaktion darauf vereinigten sich die vorher in verschiedenen Landsmannschaften organisierten Jenaer Studenten zu einer alle Studenten zusammenschließenden »Burschenschaft«. Symbolisch wollten sie mit ihrem Einheitsbund die kommende Einheit des deutschen Vaterlandes vorbereiten. Als Bundesfarben wählten sie die Farben der Uniform des ehemaligen lützowschen Freikorps, in dem viele Studenten am Krieg gegen Napoleon teilgenommen hatten: Schwarz-Rot-Gold.

Die studentische Bewegung breitete sich rasch aus. Als die Jenaer Burschenschaft zu einem Studententreffen auf der Wartburg einlud, dem *Wartburgfest* (►7.4) am 18. Oktober 1817, kamen Studentenabordnungen aus elf deutschen Universitäten. Am 18. Oktober 1818 wurde in Jena die »Allgemeine Deutsche Burschenschaft« durch Vertreter aus 14 deutschen Universitäten gegründet. Die politische Entwicklung unter den Studenten erregte mehr und mehr das Misstrauen der staatlichen Behörden, zumal sich einige Gruppen radikalisierten. Nach der Ermordung des in russischen Diensten stehenden Schriftstellers August von Kotzebue 1819 durch den Studenten Karl Ludwig Sand wurden die Burschenschaften in den *Karlsbader Beschlüssen* (►7.5) verboten. In vielen Universitätsstädten bestanden sie jedoch als Geheimbünde weiter. Viele ehemalige Burschenschaftler wurden 1848 Abgeordnete in der *Frankfurter Nationalversammlung* (►7.18).

7.4 Wartburgfest

Die Jenaer Burschenschaft hatte zur Erinnerung an die Reformation 1517 und an die *Völkerschlacht bei Leipzig* 1813 (►6.16) zu einem Treffen auf der Wartburg am 18. und 19. Oktober 1817 eingeladen. 500 Teilnehmer aus elf Universitäten folgten der Einladung. In allen Festansprachen wurde zur Einheit und Freiheit Deutschlands aufgerufen. Eine Minderheit der Studenten verbrannte im Andenken an Luthers Verbrennung der päpstlichen Bannbulle 1520 mehrere als reaktionär bezeichnete »undeutsche Schriften« sowie einige Uniformstücke, um so gegen Fürstenherrschaft und Unterdrückung zu protestieren. Besonders diese Vorgänge, die nicht im Mittelpunkt des Wartburgfestes gestanden hatten, ließen die Polizeibehörden in Preußen und Österreich aufhorchen. Der preußische König ließ Teilnehmer des Festes vernehmen und Polizeiakten anlegen.

7.5 Karlsbader Beschlüsse

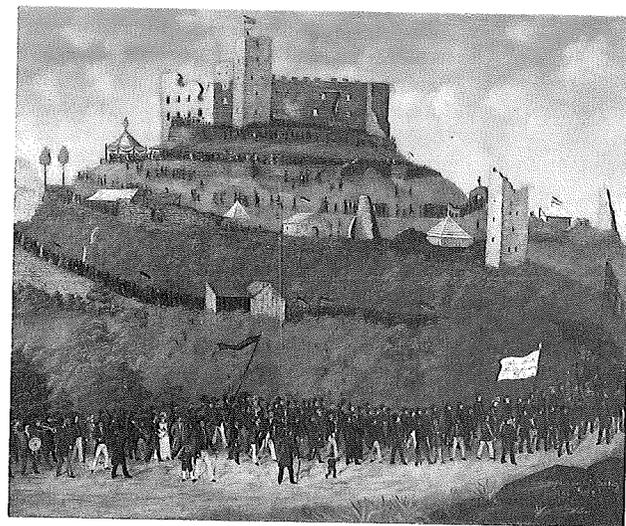
Die Ermordung des Schriftstellers August von Kotzebue, der in seinem »Literarischen Wochenblatt« 1818/19 die liberale Studentenbewegung der *Deutschen Burschenschaft* (►7.3) verhöhnt hatte, durch den Burschenschaftler Karl Ludwig Sand am 23. März 1819 in Mannheim nahm Metternich zum Anlass, nun energische Maßnahmen zu ergreifen, um mit der ganzen Macht der Staaten gegen die seit langem mit Misstrauen beobachteten nationalen und liberalen Bestrebungen vorzugehen. Auf den von Metternich einberufenen Karlsbader Konferenzen vom 6. bis 31. August 1819, an denen neben Österreich und Preußen acht weitere deutsche Staaten teilnahmen, wurden Beschlüsse gefasst, die am 20. September 1819 von der Bundesversammlung einstimmig angenommen wurden. Diese Beschlüsse enthielten das Verbot der Burschenschaft und die Einsetzung eines »außerordentlichen landesherrlichen Bevollmächtigten«, der an den Universitäten das Auftreten und Verhalten der Professoren und Studenten streng zu überwachen hatte. Alle Hochschullehrer, die »durch Missbrauch ihres rechtmäßigen Einflusses auf die Gemüter der Jugend, durch Verbreitung verderblicher, der öffentlichen Ordnung und Ruhe feindseliger oder die Grundlagen der bestehenden Staatseinrichtung

Aufhebung der Verfassung des Königreichs Hannover durch König Ernst August II. und wurden deshalb aus ihren Ämtern entlassen. In ihrem durch die Presse in ganz Deutschland bekannt gewordenen Protest beriefen sich die Professoren auf ihren Verfassungseid, durch den sie verpflichtet seien, zur Verteidigung der Verfassung der Staatsgewalt entgegenzutreten. Ihr außergewöhnliches Handeln erregte großes Aufsehen, die öffentliche Meinung nahm für die Göttinger Professoren nahezu einhellig Partei. Ihr Schritt trug wesentlich zur Ausbildung des deutschen Liberalismus bei.

7.9 Hambacher Fest

Trotz aller Unterdrückungsmaßnahmen der staatlichen Organe gegen die liberale, demokratische und nationale Bewegung war der Freiheitsdrang im Volk nicht mehr zu ersticken. Die Pariser Julirevolution 1830 hatte der deutschen Sehnsucht nach Freiheit und Einheit neuen Auftrieb gegeben.

Als zwei Publizisten zu einem Treffen aller freiheitlich gesinnten Kräfte aufriefen, kamen zu dem Hambacher Fest vom 27. bis zum 30. Mai 1832 etwa 30 000 Menschen. Anders als bei dem 15 Jahre vorher veranstalteten Wartburgfest, bei dem vor allem Professoren und Studenten vertreten waren, hatten sich auf Schloss Hambach bei Neustadt an der Weinstraße auch zahlreiche Bürger, Handwerker und Arbeiter eingefunden. In den Festansprachen wurde die



◀ Beim Treffen auf dem Hambacher Schloss bei Bad Dürkheim in der Pfalz Ende Mai 1832 versammelten sich Menschen aus allen Gesellschaftsschichten, um im Zeichen der Farben Schwarz-Rot-Gold ein Bekenntnis für Freiheit und die Einigung Deutschlands abzulegen (zeitgenössisches Gemälde)

Forderung nach einem freien und geeinigten Deutschland erhoben und die Entschlossenheit bekundet, dass das Volk selbst das Einigungswerk vollenden werde, wenn die Fürsten nicht von ihrem »Wolkenthron« herabsteigen würden. Damit war erstmalig deutlich geworden, dass die Freiheitsbewegung auch eine Lösung ohne die Fürsten in Betracht zog. Zugleich erklärte sich die Versammlung solidarisch mit den Freiheitskämpfern in anderen europäischen Staaten, vor allem mit den Franzosen und den Polen.

Metternich nahm diese Vorgänge zum Anlass im *Deutschen Bund* (► 7.1) weitere verschärfte Maßnahmen durchzusetzen; die Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit wurde nun völlig unterdrückt, einige der Initiatoren des Hambacher Festes wurden verhaftet, andere flohen ins Ausland.

7.10 Liberalismus

Liberalismus bezeichnet eine weltanschauliche Richtung, in der der einzelne Mensch und sein Recht auf Freiheit im Vordergrund stehen. Es ist die Weltanschauung des aufstrebenden Bürgertums, das sich gegenüber den Vorrechten der bevorzugten (=privilegierten) Stände des Adels und der Geistlichkeit und gegenüber der Allmacht des absolutistischen Staates zu behaupten begann. Der Liberalismus tritt für freie wirtschaftliche Betätigung des Einzelnen (Unternehmers) ein und fordert die Abschaffung

des Zunftsystems und der Zollschränken. Wichtige liberale Forderungen sind Gewaltenteilung, Rechtsstaat und Pressefreiheit. Alle liberalen Bewegungen haben ihren Ursprung in der englischen »Bill of Rights« von 1689, dem englischen Staatsgrundgesetz, in dem erstmalig die Rechte des Parlaments gegenüber der Krone festgeschrieben wurden, und in den amerikanischen und französischen Erklärungen der Menschenrechte, die 1776 bzw. 1789 formuliert wurden.

In Deutschland war die vor allem in den Befreiungskriegen 1813–15 erstarkte liberale Bewegung von Anfang an eng verbunden mit der nationalen Bewegung, die für ein geeintes deutsches Vaterland angetreten war. Nach der Gründung des *Deutschen Bundes* (► 7.1), den sowohl die Liberalen wie auch die Nationalen als unvollkommene Lösung strikt ablehnten, fanden wenigstens in den süddeutschen Staaten, in denen die Landesfürsten Verfassungen gegeben hatten, die Liberalen in den Landtagen ein politisches Betätigungsfeld. In den Anfängen der Industrialisierung war die liberale Bewegung bereits früh mit konkreten wirtschaftlichen Interessen verbunden. So forderte der Tübinger Professor *Friedrich List* (► 7.12) den Wegfall der Zollschränken zugunsten eines vereinigten größeren Wirtschaftsgebietes.

Die Fürsten und die den absolutistischen Fürstentum tragenden Kräfte, deren herausragende Symbolfigur Metternich war, sahen in der liberalen Bewegung und ihren Forderungen Anzeichen der Auflösung und Zerstörung der alten Ordnung, die herannahende Revolution. Entsprechend wurden die Vorkämpfer der liberalen Ideen mit der ganzen Schärfe der in den *Karlsbader Beschlüssen* (► 7.5) verordneten Maßnahmen verfolgt. Aber nicht nur die Durchsetzung liberaler Forderungen, sondern auch die Verwirklichung des Nationalstaatsgedankens sollte sich als schwieriges Unterfangen erweisen.

7.11 Nationalismus

Der Begriff »Nationalismus« bezeichnet eine Ideologie, in der der moderne Nationalstaat eine zentrale Stellung einnimmt. Entstanden ist der Nationalismus in seiner modernen Ausprägung in der Französischen Revolution von 1789, als die Abgeordneten des dritten Standes gegen Adel und Geistlichkeit sich zur Nationalversammlung des französischen Volkes erklärten.

Die Freiwilligen der Revolutionsarmeen, die sich mit der französischen Nation identifizierten, errangen ihre Siege über die geschulten Berufssoldaten der Österreicher, Preußen und Russen.

In Deutschland waren die Katastrophe von 1805/06 und die anschließende napoleonische Fremdherrschaft der Anlass, ein tiefes Nationalgefühl entstehen zu lassen, das anfänglich in der kleinen, aber einflussreichen Gruppe der Reformen heranwuchs, dann aber mit der Wende im Russlandfeldzug und der Aufbruchsstimmung des Frühjahres 1813 nahezu alle Volksschichten erfasste und zu der sich schließlich in den Befreiungskriegen zeigenden, von namhaften Dichtern besungenen Kampf- und Opferbereitschaft führte. Die Freiwilligen von 1813 gingen in den Kampf gegen den Unterdrücker Napoleon für ein noch gar nicht existierendes Deutschland, für ein gemeinsames deutsches Vaterland. Ihre Enttäuschung war grenzenlos, als auf dem *Wiener Kongress* (► 6.18) nicht ihr Deutschland geschaffen wurde, sondern die alten Fürstentümer wieder erstanden. Die nationale und die liberale Bewegung waren in den Jahrzehnten bis zur *Märzrevolution 1848* (► 7.17) nicht voneinander zu trennen. Der Ruf nach einem geeinten deutschen Vaterland war zugleich der Ruf nach einem deutschen Staatswesen, das in einer Verfassung die Grundrechte des Volkes verankern sollte.

Die nationale Bewegung war nicht auf Deutschland beschränkt. Überall in Europa und in der Welt standen unterdrückte Völker auf und suchten sich ihre nationale Freiheit zu erkämpfen, so u. a. die Griechen gegen die Türkenherrschaft, die Polen gegen die russische Staatsgewalt. Die Ausbreitung der nationalen Bewegungen musste, das sah gerade der österreichische Staatskanzler *Metternich* (► 7.7) deutlich, eines Tages für die Existenz des habsburgischen Vielvölkerstaats zu einer tödlichen Gefahr werden.

7.12 Friedrich List

Der als Sohn eines Handwerkers am 6. August 1789 in Reutlingen geborene List hatte sich aus der bescheidenen Position eines Verwaltungsbeamten zum Professor für Staatswissenschaften an der Universität Tübingen (1817) emporgearbeitet. Vertraut mit den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen im Lande, setzte

er sich bald als Abgeordneter im württembergischen Landtag (ab 1820) für durchgreifende demokratische Verwaltungsreformen ein sowie für die Aufhebung der Zölle innerhalb des Deutschen Bundes. Wegen seines unerschrockenen Auftretens verlor er 1820 sein Hochschulamt, 1821 wurde ihm sein Abgeordnetenmandat entzogen, 1822 wurde er wegen »demagogischer Umtriebe« zu zehn Monaten Festungshaft verurteilt. Er floh zunächst ins Ausland, trat dann aber seine Strafe auf der Festung Hohenasperg an. Weil er sich verpflichtete, in die USA auszuwandern, wurde ihm ein Teil seiner Strafe erlassen (1825). Während seines Aufenthaltes in den Vereinigten Staaten lernte er die enormen technischen



▲ Der schwäbische Volkswirtschaftler und Politiker Friedrich List trat unermüdlich für die Schaffung eines Zollvereins sowie den Eisenbahnbau in Deutschland ein (Lithographie aus dem Jahr 1844; Reutlinger Stadtarchiv)

Fortschritte im Verkehrswesen durch den Ausbau des Eisenbahnnetzes kennen und kehrte 1832 als amerikanischer Konsul nach Deutschland zurück in der Absicht, seine Erfahrungen nun zum Nutzen des deutschen Vaterlandes zu verwerten. Er forderte den Bau eines ganz Deutschland umfassenden Eisenbahnnetzes als gemeinschaftliche Aufgabe und propagierte die

Schaffung des *Deutschen Zollvereins* (► 7.13). Als Abkehr von seiner früheren freihändlerischen Auffassung forderte er für den Aufbau einer deutschen Industrie in der Entwicklungsphase staatliche Schutzzölle gegen die Übermacht insbesondere der englischen Industrieerzeugnisse. List erreichte durch seine unermüdliche Tätigkeit von Leipzig aus, dass 1837 die erste größere und wirtschaftlich zu nutzende Eisenbahnstrecke zwischen Dresden und Leipzig eröffnet werden konnte.

Mit seinen Plänen und seinen Schriften, in denen er langfristige Entwicklungen aufzeigte, war List seiner Zeit weit voraus. Erst nach seinem Tod fanden seine Arbeiten die gebührende Beachtung. Enttäuscht über die geringe Resonanz seines Wirkens setzte er seinem Leben am 30. November 1846 ein Ende.

7.13 Deutscher Zollverein

Bereits seit 1818 gab es in einzelnen Staaten des Deutschen Bundes Bestrebungen, durch Aufhebung der Binnenzölle den Handelsverkehr zu erleichtern. Preußen schuf sich für seine weit auseinander liegenden Staatsteile ein einheitliches Zollgebiet und gründete 1828 mit Hessen-Darmstadt einen Zollverein, während zur gleichen Zeit im süddeutschen Raum Bayern und Württemberg eine Zollvereinbarung eingingen. Ebenfalls 1828 schlossen sich Hannover, Kurhessen, Sachsen und die thüringischen Staaten zum »Mitteldeutschen Handelsverein« zusammen.

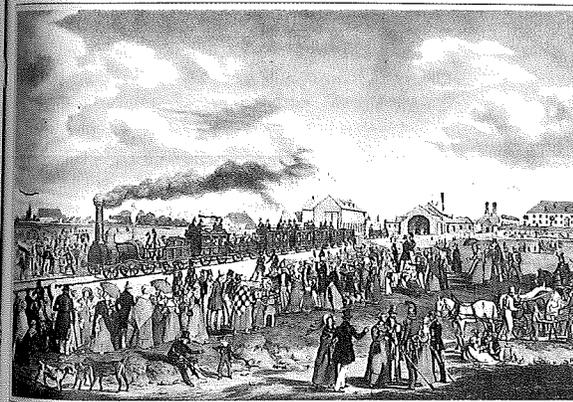
Trotz der verbreiteten Abneigung der mittleren und kleineren Staaten gegenüber einer preußischen Vormachtstellung kam es durch Verhandlungen zwischen der norddeutschen und der süddeutschen Zollbereichsgruppe zur Gründung des Deutschen Zollvereins, dem auch die meisten Staaten des Mitteldeutschen Handelsvereins beitraten – Hannover und der von ihm geführte Steuerverein allerdings erst 1854. Die Verträge des Deutschen Zollvereins traten am 1. Januar 1834 in Kraft.

Österreich, dessen wirtschaftliche Interessen mehr nach Süden und Südosten ausgerichtet waren, gehörte dem Deutschen Zollverein nicht an. Der spätere Versuch Österreichs, seine Isolierung zu durchbrechen und einen großdeutschen Handels- und Zollverband zu errichten (1849/50), hatte keinen Erfolg. In den Vorstellungen der Deutschen, die den Zollverein

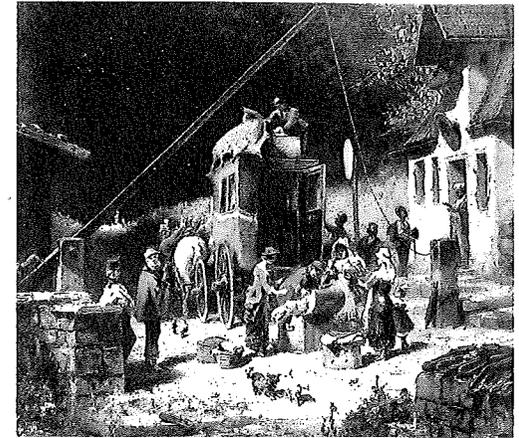
als ersten Schritt zu einem geeinten Vaterland betrachteten, gewann nun allmählich das Bild eines »deutschen Reiches« in der kleindeutschen Lösung (► 7.20) an Konturen, von dem Österreich mit seinen Sonderinteressen und fremdvölkischen Reichsteilen ausgeschlossen blieb. Die Bismarcksche Reichsgründung von 1871 begann sich abzuzeichnen.

7.14 Eisenbahn

Großbritannien war seit dem Sieg über Napoleon die führende Weltmacht unter den Großmächten und zugleich, seit den großen technischen Erfindungen am Ende des 18. Jahrhunderts (Dampfmaschine, Spinnmaschine, mechanischer Webstuhl), die erste und modernste Industriemacht der Welt. Auch die erste Schienenbahn war eine britische Erfindung, die 1825 zum Einsatz kam und schnell auch auf dem Kontinent erprobt wurde, auch in Deutschland. Dem Eisenbahnbauprojekt standen in den Staaten des Deutschen Bundes viele Kritiker gegenüber. Die meisten Fürsten lehnten Schienenwege, die über ihre Landesgrenzen hinausgingen, sofort ab, Fuhrleute protestierten, Ärzte fürchteten Gesundheitsschäden durch Rauchentwicklung und hohe Geschwindigkeiten. Einer derjenigen, die sich mit aller Kraft für einen raschen Aufbau eines bundesweiten Eisenbahnnetzes einsetzten, war der 1832 aus den USA zurückgekehrte Friedrich List (► 7.12). So wie er schon früh die Beseitigung der Zölle zwischen den deutschen Bundesstaaten als Voraussetzung für einen wirtschaftlichen und politischen Aufschwung erkannt hatte, so sah er aufgrund seiner in Amerika gemachten Erfahrungen



◀ Die zeitgenössische Lithographie stellt die Eröffnung der Eisenbahnlinie München-Augsburg 1839 dar (München, Stadtmuseum)

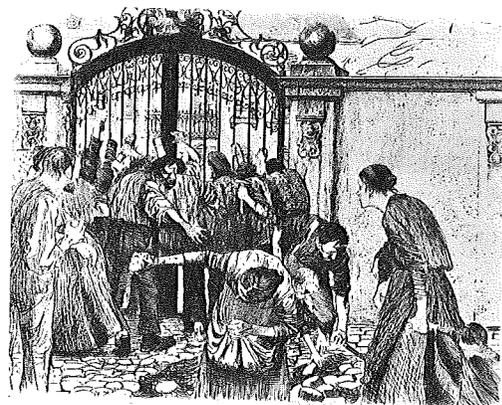


▲ Das Mitte des 19. Jahrhunderts entstandene Bild zeigt eine Zollkontrolstelle an der Grenze zweier deutscher Kleinstaaten. Die wirtschaftliche Zersplitterung Deutschlands wurde schließlich durch das Inkrafttreten der Verträge des Deutschen Zollvereins zu Jahresbeginn 1834 beendet

gen die außerordentliche Bedeutung, die im Bau eines Eisenbahnnetzes für die Zukunft lag – für die nationale Einigung, für die wirtschaftliche Erstarkeung und für den Aufschwung einer modernen Industrie.

List hatte gefordert, den Ausbau eines weit gespannten Eisenbahnnetzes als Gemeinschaftsaufgabe der deutschen Staaten, als nationale Angelegenheit zu betrachten und entsprechend planvoll vorzugehen. Der Anfang wurde mit

der kurzen Strecke zwischen Nürnberg und Fürth gemacht, wo am 7. Dezember 1835 die erste Eisenbahn fuhr – mit englischer Lokomotive und englischem Lokführer. List selbst erreichte 1837 den Start der ersten längeren Eisenbahnlinie zwischen Dresden und Leipzig. Aber alle weiteren Bauprojekte, die meist mit privatem Kapital finanziert wurden, liefen völlig planlos und ohne Abstimmung mit den benachbarten Bauvorhaben ab. Lediglich in Baden wurde 1838 die erste staatliche Bahn eröffnet. Dennoch wuchs das Schienennetz ständig, 1840 waren in Deutschland bereits Schienenstränge in einer Gesamtlänge von 549 Kilometern in Betrieb; 1850 wurden insgesamt 6044 Kilometer befahren und 1870 schon 19694 Kilometer. Diese Zahlen zeigen den stürmischen Ausbau des Eisenbahnnetzes, der dann planvoller betrieben wurde, als der preußische Generalstab in den Kriegen von 1864, 1866 und 1870/71 die Bedeutung der Eisenbahnen für den militärischen Sektor erkannte. Mit dem Bau der Eisenbahnen begann nun auch in Deutschland die *industrielle Revolution* (► 8.4). Ab 1841 hatte die Berliner Maschinenfabrik August Borsig mit der Herstellung von Lokomotiven begonnen. Borsig wurde später die größte Lokomotivfabrik auf dem europäischen Kontinent.



▲ Der schlesische Weberaufstand von 1844 wurde in der Literatur und der bildenden Kunst immer wieder als Beispiel für die Auflehnung gegen Armut und Unterdrückung dargestellt. Hier das Blatt »Sturm« aus dem von Käthe Kollwitz 1893–98 geschaffenen Zyklus »Ein Weberaufstand«

7.15 Weberaufstand

Die bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch in Deutschland einsetzende Industrialisierung drängte die unteren Schichten des Volkes für Jahrzehnte in einen Zustand völliger Abhängigkeit von Unternehmern und Fabrikherren ab, denen sie anfänglich hilflos ausgeliefert waren. Gesetzliche Bestimmungen gegen die Ausbeutung der Lohnarbeiter existierten nicht. Um ihre Lage zu verändern, blieb ihnen nur die Möglichkeit, sich zusammenschließen und sich zu wehren – obwohl Zusammenschlüsse von Arbeitern und Handwerkern verboten waren. Am 4. Juni 1844 kam es zu einem Aufstand von 3000 schlesischen Webern gegen ihre Arbeitgeber. Die schlesischen Weber waren Heimarbeiter, die ihre Webstühle im Handbetrieb bedienten. Sie waren abhängig von ihren Arbeitgebern, die ihnen die Rohstoffe lieferten und dann die fertigen Waren abnahmen. Die Konkurrenz einheimischer und britischer Waren, die bereits industriell produziert wurden – die britische Textilindustrie profitierte von der Anwendung der Spinnmaschine und des mechanischen Webstuhls sowie von einem für sie günstigen Zolltarif –, führte dazu, dass über Jahrzehnte hinweg die Arbeitsbedingungen und die Entlohnung der schlesischen Weber immer mehr verschlechtert wurden. Auch vermehrte Kinderarbeit und die Ausdehnung der täglichen Arbeitszeit konnten den Lohnverfall nicht ausgleichen. Die mit ihren Familien im Elend lebenden Weber taten sich zusammen und forderten höhere Löhne. Als diese abgelehnt wurden, drangen sie in die Häuser der Fabrikherren ein, zerstörten Einrichtungen und Maschinen. Ihr Aufstand wurde nach drei Tagen durch preußisches Militär blutig niedergeworfen. Am Vorabend der Revolution von 1848 hat dieser erste größere Aufstand von verzweifelten Arbeitern, die begannen, sich ihrer Macht bewusst zu werden, überregionale Bedeutung erlangt.

7.16 Hungersnöte und Auswanderung

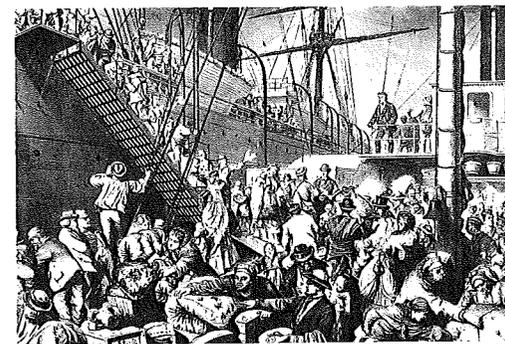
Die katastrophale Missernte des Jahres 1816 hatte besonders stark die bereits verarmte und

hungrende Bevölkerung auf dem Lande, vor allem im Westen und Südwesten Deutschlands, getroffen. Das starke Wachstum der Gesamtbevölkerung und die Umschichtung der Bevölkerungsstruktur auf dem Lande durch die Agrarreformen führten zusätzlich zu einem raschen Anwachsen der Unterschichten, die am Rande des Existenzminimums lebten und in Notzeiten unter diese Grenze sanken. So kam es schon 1816/17 zur ersten Massenauswanderung aus Deutschland, vornehmlich aus Südwestdeutschland.

Ziel der Auswanderer war schon in dieser ersten Phase hauptsächlich Nordamerika, eine kleinere Anzahl ging nach Russland. Die Verelendung der Unterschichten infolge der sich durch den Bevölkerungsdruck ausbreitenden Massenarbeitslosigkeit ließ die Auswandererzahlen nach 1830 wieder steil ansteigen. Wenn gute Ernten die Ernährungslage verbesserten, wie Anfang der 1840er-Jahre, ebte sofort auch die Auswanderungswelle wieder ab. Erneut erfolgte ein sprunghafter Anstieg mit Beginn der Hungersnot, die die in der Revolution von 1848 gipfelnde wirtschaftliche, soziale und politische Krise einleitete.

Betrug die Zahl der Auswanderer zwischen 1834 und 1845 jährlich etwa 20 000, so wanderten im folgenden Jahrzehnt von 1846 bis 1855 insgesamt 1,1 Millionen Menschen aus, im Jahr 1854 allein 239 000. Weiterhin war Nordamerika das bevorzugte Einwanderungsziel, erst in zweiter Linie Südamerika und Australien. Da sich infolge einer jetzt besser geregelten Organisation der Auswanderung – die Auswanderertransporte nahmen vor allem die Hansestädte Hamburg und Bremen vor – die Überfahrtkosten verbilligten, konnten auch die Ärmsten die Auswanderung anstreben, die zum Teil durch Auswanderervereine gefördert wurde. Auch Gemeindebehörden, die ihre sie stark belastenden Unterschichten loswerden wollten, unterstützten die Auswanderungsberedtschaft.

Der Anteil der politischen Emigranten war anfänglich gering, steigerte sich jedoch mit der Zunahme der *Demagogenverfolgungen* (► 7.8) und schwoll nach dem Scheitern der Revolution 1848/49 deutlich an. Der Verlust an politischer Substanz war besonders Anfang der 1850er-Jahre beträchtlich. Es hat offenbar Versuche gegeben, diesen Verlust an Menschen durch die Massenauswanderung aufzuhalten



▲ Gezwungen durch Hungersnöte und phasenweise auftretende Massenarbeitslosigkeit verließen im 19. Jh. Hunderttausende Menschen Deutschland. Der Stich aus dem Jahr 1874 zeigt die Einschiffung von Auswanderern im Hamburger Hafen

oder doch den Auswandererstrom in den südosteuropäischen Raum umzulenken, wobei man wohl an eine Verstärkung des deutschen Bevölkerungsteils im Habsburgerreich (Donauraum) gedacht hat. Diese Versuche sind jedoch in Ansätzen stecken geblieben. Von 1830 bis 1870 sind allein nach Übersee, vornehmlich nach Nordamerika, über 2,5 Millionen Deutsche ausgewandert.

7.17 Märzrevolution

Von den französischen Revolutionsunruhen im Februar 1848, die zur Abdankung des Königs und zur Ausrufung der Republik führten, sprang der Funke der Revolution auf die Staaten des Deutschen Bundes über. Überall kam es zu Volksversammlungen und Demonstrationen, bei denen Forderungen nach der Presse- und Vereinsfreiheit, nach Volksmiliz und der Einberufung eines bundesweiten Parlamentes erhoben wurden. Einige vor allem kleinere Staaten zeigten Entgegenkommen und beriefen Vertreter der liberalen Bewegung als Minister in ihre Kabinette.

In Wien kam es bei Demonstrationen von Studenten und Arbeitern zu Straßenkämpfen, wobei immer wieder der Rücktritt *Metternichs* (► 7.7) gefordert wurde, der dem Druck nachgab und nach Großbritannien floh. Der Kaiser versprach am selben Tage, dem 13. März, eine

Verfassung zu bewilligen. Überall in den Ländern der Donaumonarchie verlangten jetzt die Volksgruppen der Italiener, Tschechen, Ungarn nach einer Verfassung, die ihnen die Autonomie gewähren sollte.

Auch in Preußen hatte der König eine Verfassung angekündigt. Als aber bei einer Großkundgebung vor dem Berliner Schloss am 18. März plötzlich Schüsse fielen, entwickelten sich aus der entstandenen Panikstimmung heraus blutige Barrikadenkämpfe mit dem Militär, an deren Ende 254 Tote und viele Verwundete zurückblieben. Im Morgengrauen des 19. März ordnete der König den Abzug der Truppen an, wandte sich mit einem Aufruf »an meine lieben Berliner« und grüßte die Toten, die im Schlosshof aufgebahrt worden waren. Er bewilligte eine verfassungsgebende Nationalversammlung in Preußen und verkündete: »Preußen geht fortan in Deutschland auf«.

Die Einzelstaaten des Deutschen Bundes willigten nun ein, durch allgemeine und gleiche Wahlen ein gesamtdeutsches Parlament wählen zu lassen, das in Frankfurt am Main zusammentreten und eine Verfassung ausarbeiten sollte. Ein schnell und willkürlich zusammengegerufenes »Vorparlament« mit 574 Mitgliedern, das vom 31. März bis zum 3. April in Frankfurt tagte, bereitete die Einberufung der deutschen Nationalversammlung vor. Schon hier prallten die Gegensätze zwischen den Radikalen, die alle Monarchien abschaffen und eine föderative Bundesverfassung nach amerikanischem Muster mit einem frei gewählten Präsidenten an der Spitze beschließen wollten, und den Gemäßigten, die an einer monarchischen Staatsform festhielten, aufeinander.

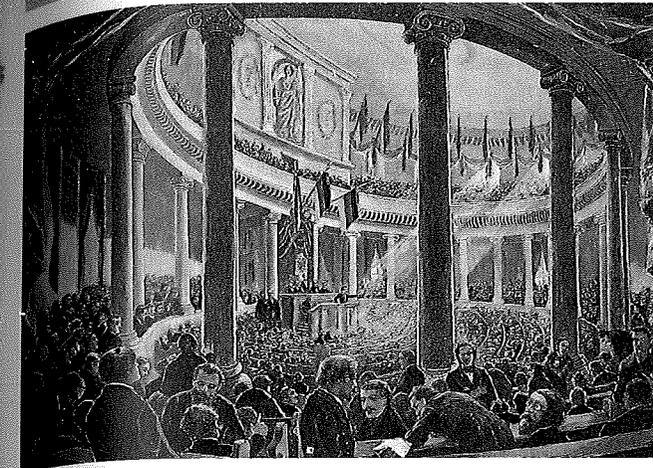
7.18 Frankfurter Nationalversammlung/ Paulskirchen-Parlament

Am 18. Mai 1848 trat das erste gesamtdeutsche Parlament in der Frankfurter Paulskirche zusammen. Im Rahmen der jeweiligen Landesverfassungen waren insgesamt 812 Abgeordnete und Stellvertreter gewählt worden. Bei einer gesetzlichen Mitgliederzahl von 649 bestand die Frankfurter Nationalversammlung aus 585 Abgeordneten, da in zahlreichen österreichischen Wahlbezirken mit nichtdeutscher Bevölkerung keine Abgeordneten gewählt wor-

den waren. Die Volksvertreter gehörten in ihrer überwiegenden Mehrheit den führenden Schichten des gebildeten Bürgertums an und entsprachen in ihrer Zusammensetzung nicht der sozialen Gliederung des Volkes. Die meisten kamen aus akademischen Berufen, waren höhere Verwaltungsbeamte, Richter, Staatsanwälte oder Rechtsanwälte sowie Universitätsprofessoren. Nur vier Abgeordnete kamen aus dem Handwerk, Arbeiter waren überhaupt nicht vertreten. Man hat deshalb auch von einem »Professoren«- oder »Honoratioren«-Parlament gesprochen.

Das Parlament wählte am 19. Mai den hessischen Liberalen und Mitbegründer der *Burschenschaft* (►7.3), Heinrich Reichsfreiherr von Gagern, zu seinem Präsidenten. Organisierte politische Parteien gab es noch nicht, doch bildeten sich sogleich politische Gruppierungen oder Klubs (benannt nach Frankfurter Gasthöfen), aus denen dann später die Parteien entstanden sind. In der Sitzordnung des Parlaments saßen die Demokraten links, die Liberalen in der Mitte, die Konservativen rechts (vom Parlamentspräsidenten aus gesehen). Als provisorische Zentralgewalt wurde die Position des »Reichsverwesers« geschaffen, der die Reichsgeschäfte bis zur endgültigen Verabschiedung der Verfassung wahrzunehmen hatte. Die Abgeordneten einigten sich auf die Person des österreichischen Erzherzogs Johann. Der deutsche Bundestag löste sich auf. Das Parlament setzte einen Verfassungsausschuss ein, der mit der Ausarbeitung der Grundrechtsbestimmungen begann.

Es stellte sich jedoch bald heraus, dass die Nationalversammlung nicht in der Lage war, die provisorische Reichsregierung mit wirklicher politischer und militärischer Macht auszustatten, mit der allein der deutsche Nationalstaat gegen die Sonderinteressen der Einzelstaaten, insbesondere der Großmächte Österreich und Preußen, hätte durchgesetzt werden können. So nahm Preußen in dem mit Zustimmung des Paulskirchenparlaments geführten Krieg gegen Dänemark – wegen der Einverleibung Schlesiens in den dänischen Reichsverband – keine Rücksicht auf die Nationalversammlung, als es unter dem Druck Großbritanniens und Russlands am 26. August 1848 mit dem Dänenkönig den unbefriedigenden Waffenstillstand von Malmö schloss; ein Votum der Nationalversammlung gegen das Abkommen blieb wir-



◀ Eröffnungssitzung der Frankfurter Nationalversammlung in der Paulskirche am 18. Mai 1848 (zeitgenössische Darstellung)

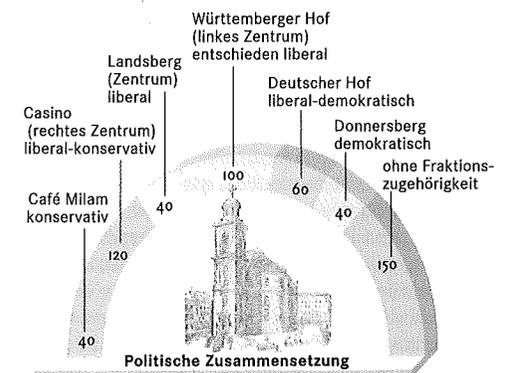
kungslos und musste später zurückgenommen werden. Im September musste die Nationalversammlung sogar preußische und österreichische Waffenhilfe gegen Aufständische in Frankfurt in Anspruch nehmen, die aus nationaler Empörung über den »Verrat von Malmö« die Parlamentarier zwingen wollten, ihre kompromissbereite Einstellung gegenüber den Fürsten aufzugeben und eine Republik anzustreben. Ein Aufstand radikaler Demokraten in Südbaden, die die deutsche Republik ausriefen, wurde von badischen Truppen niedergeschlagen.

In Österreich warfen kaiserliche Truppen nationale Aufstände der Ungarn, Tschechen und Italiener nieder. Bei der Niederschlagung des Wiener Oktoberaufstandes, in dessen Verlauf radikaldemokratische Studenten, Bürger und Arbeiter zeitweise die Stadt beherrschten, wurde von kaiserlichem Militär sogar der Abgeordnete der Frankfurter Nationalversammlung Robert Blum standrechtlich erschossen (9. November 1848).

Während die Parlamentarier in der Nationalversammlung noch über die Grundrechte, die schließlich am 27. Dezember 1848 verabschiedet wurden, diskutierten und bei der Ausarbeitung der *Reichsverfassung* (►7.19) lange über die zukünftige Gestalt des Deutschen Reiches (*großdeutsch oder kleindeutsch?* ►7.20) stritten, hatten die Bundesstaaten, vor allem die beiden Großmächte Österreich und Preußen, ihr Selbstbewusstsein wiedergewonnen, war auch die euphorische Stimmung des Frühjahrs 1848 im Lande einer Ernüchterung gewichen, nicht zuletzt wegen der Radikalisierung der Re-

volution und der blutigen Ausschreitungen in Frankreich.

Die Nationalversammlung entschied sich endlich mit Mehrheit für die kleindeutsche Reichslösung und für die Wahl des preußischen Königs zum Kaiser in dem neuen Reich. Als dieser aber am 3. April 1849 den Abgeordneten der Nationalversammlung, die ihm seine Wahl



Berufe der Abgeordneten und ihrer Stellvertreter

46 Landwirte	37 mittlere Beamte
35 Kaufleute	94 Professoren
14 Fabrikanten	30 Lehrer
4 Handwerker	39 Geistliche
44 ohne Berufsangabe	106 Advokaten
18 Offiziere	23 Ärzte
11 Diplomaten	10 Bibliothekare, Verleger, Buchhändler
110 Richter/Staatsanwälte	20 Schriftsteller
115 höhere Verwaltungsbeamte	35 sonstige Akademiker
21 Bürgermeister	

▲ Nationalversammlung in der Paulskirche

zum »Kaiser der Deutschen« mitteilten, eine Absage gab und es ablehnte, die Kaiserkrone aus der Hand der Revolutionäre entgegenzunehmen, war die Nationalversammlung endgültig gescheitert. In den Maiaufständen in Sachsen, Baden und der Pfalz versuchten radikaldemokratische Kräfte die Annahme der Reichsverfassung doch noch zu erzwingen. Sie wurden mithilfe preußischer Truppen rasch und endgültig niedergeworfen.

Etwa hundert, vornehmlich radikaldemokratische Abgeordnete bildeten in Stuttgart ein Rumpfparlament, das freilich am 18. Juni 1849 von württembergischem Militär gewaltsam aufgelöst wurde.

7.19 Frankfurter Reichsverfassung

Am 28. März 1849 war von der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche die Reichsverfassung verabschiedet worden. Sie war ein Kompromiss zwischen den Vorstellungen der monarchisch-konservativen und denen der liberal-demokratischen Abgeordneten. Die zuvor verkündeten »Grundrechte des deutschen Volkes« (27. Dezember 1848) wurden als Bestandteil in die Reichsverfassung aufgenommen.

Mit den Grundrechten waren erstmalig in der deutschen Geschichte die Freiheitsrechte des einzelnen Bürgers formuliert und in der Verfassung verankert worden, wie sie bereits in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776 und in der Menschenrechtserklärung der Französischen Revolution von 1789 ausgesprochen worden waren: Freiheit der Person, Freiheit der Meinungsäußerung, Glaubens- und Gewissensfreiheit, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit, Gleichheit aller Deutschen vor dem Gesetz, Freizügigkeit innerhalb des Reichsgebietes, Berufsfreiheit, Unverletzlichkeit des Eigentums; die Todesstrafe wurde weitgehend abgeschafft, ebenso abgeschafft wurden alle Standesvorrechte.

Die langwierigen Beratungen der Nationalversammlung drehten sich vor allem um die Frage der äußeren Gestalt und der Staatsform des neuen Reiches. Beide Verfassungsprobleme hingen voneinander ab. Die Frage *großdeutsch oder kleindeutsch?* (► 7.20), bei der es im Wesentlichen um die Einbeziehung Österreichs in

das neue Reich ging, wurde schließlich im Sinne der kleindeutschen Lösung entschieden. In der Frage der Staatsform stritten sich die Anhänger des konservativen, monarchistischen Flügels, die ein Erbkaisertum als oberste Spitze des Reiches wollten, mit den demokratischen und radikalen Abgeordneten, denen eine Volksregierung, eine demokratische Republik vorschwebte. Hier setzten sich die Konservativen mit Unterstützung der Mehrheit der liberalen Abgeordneten durch.

Nach dem Grundsatz der Gewaltenteilung sollte nun die Regierungsgewalt, die Exekutive, bei dem »Kaiser der Deutschen« liegen, zu dem in der kleindeutschen Lösung – der preußische König Friedrich Wilhelm IV. gewählt wurde, und bei den von ihm ernannten verantwortlichen Ministern. Die Legislative sollte der Reichstag bilden, der aus zwei Kammern bestand: dem Volkshaus aus den nach dem allgemeinen und gleichen Männerwahlrecht gewählten Abgeordneten und dem Staatenhaus, das je zur Hälfte von den Regierungen und den Landtagen der Einzelstaaten besetzt werden sollte.

28 Einzelstaaten erkannten die Reichsverfassung an, aber die Ablehnung der Kaiserkrone durch den preußischen König ließ das gesamte Verfassungswerk scheitern. Der erste Versuch, ein neues geeintes Deutschland zu schaffen und in diesem Staatswesen auch die Rechte des Volkes fest zu verankern, war misslungen. Die Arbeit der Paulskirchen-Parlamentarier war dennoch nicht vergebens. Die liberalen und demokratischen Freiheitsbewegungen waren nicht mehr auszulöschen. Alle Bundesstaaten, auch Österreich und Preußen, sahen sich veranlasst, nun Verfassungen zu erlassen, wenngleich diese ohne Mitwirkung des Volkes zustande kamen. Die Grundrechte der Paulskirchen-Verfassung sind zum großen Teil in die *Weimarer Verfassung* 1919 (► 10.7) aufgenommen worden.

7.20 Großdeutsch oder kleindeutsch?

Dies war die große Streitfrage, mit der sich die Verfassungsväter der Paulskirche 1848/49 lange beschäftigten. Sie hing mit der Frage zusammen, ob das zukünftige Staatsoberhaupt wie im alten, 1806 aufgelösten *Heiligen Römi-*

chen Reich deutscher Nation (► 6.8) erneut vom Hause Habsburg, also vom österreichischen Kaiserhaus, gestellt werden sollte. Diesem Gedanken standen anfänglich viele konservative Abgeordnete nahe, vor allem auch süddeutsche Preußengegner. Auch viele der republikanisch gesinnten Demokraten traten für eine großdeutsche Lösung ein. Da Österreich jedoch die Förderung stellte, mit dem gesamten Staatsverband, also auch mit den von nicht-deutscher Bevölkerung bewohnten Gebieten, in das neu zu schaffende Reich einzutreten, gingen viele bisherige Großdeutsche zur kleindeutschen Lösung über, die die Identität des Reiches mit den im *Deutschen Bund* (► 7.1) zusammengefassten deutschen Einzelstaaten unter preußischer Führung vorsah, wie sie bereits der *Deutsche Zollverein* (► 7.13) vorgezeichnet hatte. Da jedoch der preußische König es ablehnte, die ihm angebotene deutsche Kaiserkrone aus der Hand der Revolutionäre entgegenzunehmen, war auch diese Lösung zum Scheitern verurteilt. Auch in der deutschen Politik der folgenden Jahre wurde über die Frage »großdeutsch oder kleindeutsch?« weiterhin gestritten, bis sie durch Bismarcks Einigungspolitik 1866–71 im Sinne des kleindeutschen Nationalstaats unter preußischer Führung entschieden wurde.

7.21 Kommunistisches Manifest

In den verarmten Unterschichten hatte sich in den Jahrzehnten vor der Revolution von 1848 (► 7.17) noch kein Klassenbewusstsein entwickelt, das zur Ausbildung einer *Arbeiterbewegung* (► 8.8) führen konnte. Auch in den süddeutschen Staaten, die eine Verfassung erhalten hatten, war jede Art von Zusammenschluss innerhalb der sich zum Proletariat entwickelnden Unterschichten strikt untersagt. So entstanden erste politische Vereinigungen mit bewusst sozialistischen Zielvorstellungen zwangsläufig

im benachbarten Ausland, in der Schweiz, in Frankreich und in Großbritannien, überall dort, wo sich politische Emigranten zusammenfanden. Einer dieser Zusammenschlüsse war der 1837 gegründete »Bund der Gerechten« in Paris, aus dem unter dem Einfluss von *Karl Marx* (► 8.6) und Friedrich Engels 1847 der »Bund der Kommunisten« entstand. Als politisches Programm dieses Bundes veröffentlichten Marx und Engels im Februar 1848 in London das »Manifest der Kommunistischen Partei«. Es enthielt bereits die wesentlichen Grundsätze der politischen Theorie des Marxismus. Mit seinen späteren Werken, vor allem dem »Kapital«, zielte Marx dann darauf, dem politischen Kampf der Arbeiterklasse eine umfassende wissenschaftliche Grundlage zu geben.

Das Kommunistische Manifest, wie es künftig meist genannt wurde, verkündete die Lehre vom Klassenkampfcharakter der ganzen bisherigen Geschichte. Der dauernde Kampf zwischen den Besitzenden und den Besitzlosen, den Freien und Sklaven, den Unterdrückern und den Unterdrückten werde erst durch den Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie in der kommunistischen Revolution beendet werden. Sie werde der Ausbeutung der Massen durch die kleine Schicht der Herrschenden ein Ende setzen, die Diktatur des Proletariats errichten und der Bourgeoisie die Produktionsmittel entreißen. Endziel sei eine klassenlose Gesellschaft, in der die politische Gewalt des Staates überflüssig geworden sei. Der Kampf »Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!«, mit dem das Manifest schloss, wies auf die internationale Zielrichtung hin. Die deutschen Proletarier wurden von Marx aufgefordert, die bevorstehende bürgerliche Revolution in Deutschland voll zu unterstützen, da sie das Vorspiel zu der kommenden proletarischen Weltrevolution sei. In der bürgerlichen Revolution 1848/49 hat das Manifest jedoch noch keine wesentliche Bedeutung gewonnen; langfristig aber übte es einen außerordentlich starken Einfluss auf die internationale *Arbeiterbewegung* (► 8.8) aus.

Daten

8. Juni 1815	Deutsche Bundesakte
26. Sept. 1815	Heilige Allianz
5. Sept. 1816	Eröffnung des Bundestages in Frankfurt am Main
18./19. Okt. 1817	Wartburgfest
1818	konstitutionelle Verfassungen in Bayern und Baden
18. Okt. 1818	Gründung der Deutschen Burschenschaft in Jena
23. März 1819	Ermordung Kotzebues in Mannheim
20. Sept. 1819	Karlsbader Beschlüsse
8. Juli 1820	Wiener Schlussakte
1830/31	Unruhen im Gefolge der französischen Julirevolution
27.–30. Mai 1832	Hambacher Fest
28. Juni 1832	Sechs Artikel (Bundesbeschluss gegen die liberale Opposition)
3. April 1833	Frankfurter Wachensturm
1834	Deutscher Zollverein
12. Juni 1834	Sechzig Artikel (Bundesbeschluss mit weiteren Rechtsbeschränkungen)
1835–1848	Kaiser Ferdinand I. von Österreich
7. Dez. 1835	Jungfernfahrt der 1. deutschen Eisenbahn (Nürnberg–Fürth)
1840–1861	König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen
1844	Weberaufstand in Schlesien
Febr. 1848	Kommunistisches Manifest
13. März 1848	Beginn der Märzrevolution in Wien (Flucht Metternichs)
18. März 1848	Beginn der Märzrevolution in Berlin
20. März 1848	Abdankung König Ludwigs I. von Bayern
31. März–3. April 1848	Vorparlament in Frankfurt am Main
April 1848	1. republikanischer Aufstand in Baden (Hecker, Struve, Herwegh)
April–Aug. 1848	1. Deutsch-Dänischer Krieg
15. Mai 1848	2. Aufstand in Wien (gesamtösterreichischer Reichstag erzwungen)
18. Mai 1848	Zusammentritt der Frankfurter Nationalversammlung
19. Mai 1848	Heinrich von Gagern Präsident der Nationalversammlung
16. Juni 1848	Pfingstaufstand in Prag
29. Juni 1848	Erzherzog Johann von Österreich Reichsverweser
26. Aug. 1848	preußisch-dänischer Waffenstillstand von Malmö
18. Sept. 1848	Aufstand in Frankfurt am Main
21.–25. Sept. 1848	2. republikanischer Aufstand in Baden
6.–31. Okt. 1848	3. Aufstand in Wien
9. Nov. 1848	Erschießung Robert Blums
2. Dez. 1848	Abdankung Kaiser Ferdinands I.
1848–1918	Kaiser Franz Joseph I.
5. Dez. 1848	Verkündung der »oktroierten Verfassung« in Preußen
27. Dez. 1848	Verabschiedung der Grundrechte
28. März 1849	Verabschiedung der Reichsverfassung
3./28. April 1849	Ablehnung der Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm IV.
April/Mai 1849	Aufstände für die Durchsetzung der Reichsverfassung (u. a. in Dresden)
12.–16. Mai 1849	3. republikanischer Aufstand in Baden
26. Mai 1849	Dreikönigsbündnis zwischen Preußen, Hannover und Sachsen
30. Mai 1849	preußisches Wahlgesetz (Dreiklassenwahlrecht)
6.–18. Juni 1849	Rumpfparlament in Stuttgart
10. Dez. 1849	Rücktritt des Reichsverwesers Erzherzog Johann

Reaktion und Bismarckzeit (1850–1890)

8

Einführung

Die Jahre nach dem Scheitern der Revolution von 1848 werden als »Reaktionszeit« bezeichnet, d. h. als eine Phase, die durch starres Festhalten an überholten politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen geprägt ist. Tatsächlich schien es so, als ob das vorrevolutionäre Deutschland wieder hergestellt wäre: Die deutsche Nationalbewegung hatte mit der Erneuerung des Deutschen Bundes unter der Führung Österreichs eine schwere Schlappe erlitten; die liberale und demokratische Bewegung war mit der Beseitigung der Frankfurter Reichsverfassung und der Verfolgung aller, die revolutionärer Umtriebe verdächtig waren, mundtot gemacht. Dennoch hatte die Revolution tiefe Spuren hinterlassen. Selbst in Preußen gab es jetzt eine Verfassung und eine Volksvertretung, wengleich die politische Ordnung und das Dreiklassenwahlrecht keineswegs demokratischen Vorstellungen entsprachen.

Als 1858 Prinz Wilhelm von Preußen die Regentschaft für seinen nicht mehr regierungsfähigen Bruder Friedrich Wilhelm IV. übernahm, erwarteten die Liberalen eine »Neue Ära«. Wilhelm berief wirklich ein liberaleres Ministerium, und der innenpolitische Druck der Verfolgungen ließ nach. Weiter gehende Hoffnungen erwiesen sich allerdings als unbegründet. Das zeigte sich in dem Verfassungskonflikt zwischen der Krone und der liberalen Mehrheit des Abgeordnetenhauses um eine Heeresreform. Im Verlauf dieser Auseinandersetzung wurde 1862 der Konservative Otto von Bismarck zum preußischen Ministerpräsidenten ernannt.

Bismarck war in den 50er-Jahren als preußischer Gesandter am Bundestag in Frankfurt am Main mit den Schwierigkeiten eines friedlichen Dualismus zwischen Preußen und Österreich

vertraut geworden. Nachdem der Versuch Preußens, auf antirevolutionärem Wege eine Union deutscher Staaten unter preußischer Führung zustande zu bringen, mit der Olmützer Punktation von 1850 fehlgeschlagen war, hatte sich ein offener politischer und militärischer Gegensatz zwischen den beiden deutschen Großmächten herausgebildet. Bismarck, der ursprünglich die Partnerschaft mit Österreich aus monarchisch-absolutistischer Tradition als ein selbstverständliches Erbe ansah, entwickelte sich im diplomatischen Kampf um die Gleichberechtigung Preußens in der Führung des Deutschen Bundes zum entschiedenen Verfechter des preußisch-kleindeutschen Nationalstaatsgedankens, also einer Einigung Deutschlands unter Ausschluss des Vielvölkerstaats Österreich. Der preußisch-österreichische Gegensatz geriet in Bewegung, als Österreich 1859 Krieg gegen Piemont-Sardinien und Frankreich führte. Während der französische Kaiser Napoleon III. als Vorkämpfer der nationalen Einheit Italiens auftrat, verteidigte Österreich in Oberitalien nicht nationale und damit vielfach als überlebt empfundene Interessen. Trotzdem gab es viele Befürworter einer militärischen Unterstützung Österreichs durch den Deutschen Bund. Aber obwohl das österreichische Heer bei Magenta und Solferino (4. und 24. Juni 1859) blutige Niederlagen erlitt, kam es nicht zu einer positiven Entscheidung, vor allem weil Preußen aus Sorge vor einer gesamteuropäischen Ausweitung des Krieges zögerte.

Für die italienischen Staaten bildete der Krieg den Auftakt zur Entstehung des Königreichs Italien. Dieser Erfolg gab auch der deutschen Nationalbewegung Auftrieb. In Österreich führte die Niederlage zu einer verfassungsmäßigen Neuordnung: Das zentralistische und in-

nenpolitisch reaktionäre »Silvesterpatent« von 1851 wurde schrittweise durch eine liberalere Verfassung abgelöst, die auch den nichtdeutschen Nationalitäten Mitspracherechte einräumte. Nach der Niederlage Österreichs gegen Preußen kam es 1867 zur staatsrechtlichen Umwandlung der Habsburgermonarchie, die dann bis 1918/19 Österreich-Ungarn hieß.

In Preußen gab der Krieg von 1859 Anstoß zu den Heeresreformplänen, die zum Verfassungskonflikt und zum Ende der »Neuen Ära« führten. Bismarck rückte seit seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten ganz in das Zentrum der preußischen wie der deutschen Politik, so dass man die von ihm geprägte Epoche als »Bismarckzeit« bezeichnet. Wenn es auch immer etwas fragwürdig ist, einen bestimmten Zeitabschnitt nach einer einzelnen geschichtlichen Persönlichkeit zu benennen, so erscheint dies im Falle Bismarcks doch als gerechtfertigt: Er gilt nicht nur mit Recht als der eigentliche Gründer des Deutschen Reiches, dessen Verfassung mit der starken Stellung des Reichskanzlers ganz auf ihn zugeschnitten war, sondern er übte auch auf die Entwicklung der Kräfte und Strömungen seiner Zeit, denen er innerlich völlig fern stand, beträchtlichen Einfluss aus. So bediente er sich geschickt der Unterstützung des rechten Flügels der Liberalen, der sich 1867 in der Nationalliberalen Partei zusammenschloss, bei der Einigung Deutschlands »von oben«, d. h. durch die Machtmittel des preußischen Staates, wobei das eigentliche liberale Ziel, der freiheitliche Rechtsstaat, zumindest teilweise in den Hintergrund trat.

Das deutsche Kaiserreich entstand durch drei Kriege unter preußischer Führung: 1864 – noch gemeinsam mit Österreich – gegen Dänemark um Schleswig-Holstein, 1866 gegen Österreich – woraufhin als Vorläufer des Deutschen Reiches der Norddeutsche Bund gegründet wurde – und 1870/71 gegen Frankreich. Als entscheidender Akt der Reichsgründung galt die Proklamation Wilhelms I. von Preußen zum Deutschen Kaiser am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal des Versailler Schlosses. Nicht nur die führende Rolle Preußens bei der Reichsgründung und die Verklammerung von preußischer und deutscher Regierungsspitze, sondern auch das gebiets- und bevölkerungsmäßige Übergewicht Preußens machten dieses zum tonangebenden Bundesmitglied. Man hat – vor allem im Hinblick auf die zunehmende Verbreitung der

auffallendsten preußischen Tradition, der Überbewertung militärischer Tugenden auch im zivilen Bereich – von einer »Verpreußung« Deutschlands gesprochen. Andererseits ist nicht zu verkennen, dass die Herrschaft Preußens über das Reich sein allmähliches Aufgehen im Reich einleitete.

War das Deutsche Reich auch ein Bund souveräner Fürsten, kein Zusammenschluss des deutschen Volkes, so wurde die Reichsgründung doch von der überwältigenden Mehrheit der Deutschen begrüßt. Die nationale Begeisterung ließ nur allzu leicht vergessen, dass die Machtzusammenballung in der Mitte Europas den Nachbarstaaten als Gefahr für das Machtgleichgewicht erscheinen musste. Bismarck war sich dieser Tatsache stets bewusst, und er versuchte daher, durch eine betont maßvolle Außenpolitik und ein kunstvolles Bündnisssystem das auf Revanche bedachte Frankreich zu isolieren und die europäischen Interessengegensätze nach außen, besonders in die koloniale Rivalität abzuleiten. Dem von der Öffentlichkeit geforderten Erwerb deutscher Kolonien stand er lange ablehnend gegenüber. Als ihm keine andere Wahl blieb, versuchte er die Errichtung deutscher »Schutzgebiete« durch eine Verständigung mit Großbritannien abzusichern. In der Innenpolitik führte Bismarck weitaus weniger souverän und erfolgreich Regie. Vermutete er zuerst in der neu entstandenen katholischen Zentrumspartei den Hauptgegner des preußisch-protestantischen Kaiserreichs, den er durch den »Kulturkampf« in die Knie zwingen wollte, so war später die Sozialdemokratie mit ihren internationalen Verflechtungen der »Reichsfeind«, den er mit dem Sozialistengesetz (1878) bekämpfte. In beiden Fällen ist Bismarck gescheitert; Zentrum und sozialdemokratische Partei wurden zu tragenden Elementen der deutschen Politik. Angesichts der sozialistenfeindlichen Politik konnte es auch der weithin als vorbildlich gerühmten Sozialgesetzgebung der 80er-Jahre nicht gelingen, die Arbeiterschaft für den Bismarckstaat zu gewinnen.

8.1 Dreiklassenwahlrecht in Preußen

Nach dem Scheitern des ersten gesamtdeutschen Parlaments in Frankfurt am Main im Frühjahr 1849 setzte sich in den meisten

deutschen Staaten die Reaktion durch. Viele der in den Tagen der Märzrevolution errungenen Rechte gingen den Landtagen wieder verloren.

In Preußen hatte König Friedrich Wilhelm IV. die Tätigkeit der preußischen verfassungsgebenden Nationalversammlung (22. 5. bis 5. 12. 1848), die weitergehende Forderungen (u. a. Periodizität der Sitzungen, Steuerbewilligungsrecht) als die Frankfurter Nationalversammlung erhoben hatte, rigoros mithilfe des Militärs beendet. Am 5. Dezember 1848 erließ er ohne parlamentarische Mitwirkung eine Verfassung, die – da »von oben« aufgezwungen – als »oktroiierte« Verfassung bezeichnet wurde. Diese noch relativ liberale Verfassung wurde schon im Mai 1849 einer konservativen Revision unterzogen. Das neue Wahlgesetz vom 30. Mai 1849 legte für die Wahlen zur zweiten Kammer, die sich aus den gewählten Volksvertretern zusammensetzte, während die erste Kammer, das Herrenhaus, den Prinzen der königlichen Familie und dem Adel vorbehalten blieb, ein Dreiklassenwahlrecht fest.

Nach diesem Wahlrecht wurde die Bevölkerung nach ihrer Steuerleistung in drei Klassen eingeteilt. Jede dieser drei Steuerklassen hatte die gleiche Anzahl von Wahlmännern zu wählen, die dann die Abgeordneten wählten. In der 1. Klasse der am höchsten Besteuernten waren die Unternehmer und Fabrikherren, sie hatten 1849 nur 4,7% Anteil an der Gesamtbevölkerung, die 2. Klasse hatte 12,6%, während in der 3. Klasse, in der 82,6% der Bevölkerung stimmten, auch nicht mehr Wahlmänner aufgestellt werden konnten als in jeder der beiden anderen Klassen; 1908 stimmten in der 1. Klasse 4%, in der 2. Klasse 14% und in der 3. Klasse 82%, die ungleiche Verteilung der Stimmen hatte sich also nicht geändert. Dieses Wahlrecht entsprach den Vorstellungen des mit der Industrialisierung rasch zu Ansehen und wirtschaftlicher Macht aufgestiegenen Großbürgertums, der »Bourgeoisie«. Viele dieser Bürger, die anfänglich den Ereignissen der Revolution im Frühjahr und Sommer 1848 durchaus positiv gegenüberstanden hatten, waren jetzt aus Furcht vor den sozialen Konsequenzen der Revolution und der Parlamentarisierung eher bereit, die Maßnahmen des Königs zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung im Lande zu akzeptieren. Das Wahlgesetz von 1849 war in Preußen bis 1918 gültig.

8.2 Liberales Musterland Baden

Im Gegensatz zu Preußen und Österreich und den meisten Mittel- und Kleinstaaten, in denen nach dem Scheitern der Revolution und der Frankfurter Nationalversammlung (► 7.18) nahezu alle liberalen Errungenschaften in der Zeit der Reaktion wieder zurückgenommen wurden, bemühte sich das Königreich Bayern zunächst mit Erfolg, die liberale Reformpolitik fortzusetzen; auch das Großherzogtum Baden vermochte einen gemäßigten liberal-konservativen Kurs aufrechtzuerhalten.

Bereits mit seiner Verfassung von 1818, die beiden Kammern weit gehende Rechte eingeräumt hatte, und mit einem für diese Zeit fortschrittlichen Wahlgesetz, einem Dreiklassenwahlrecht, war Baden für die liberale Bewegung zu einem Vorbild geworden. Das im März 1832 erlassene Pressgesetz hob sogar die Zensur für öffentliche Erörterung innenpolitischer Fragen gegen geltendes Bundesrecht auf; es galt aber nur bis Juli 1832. Damit war nun jedoch der Weg geebnet für die Ausbildung des demokratischen Radikalismus, der sich vor und während der Revolutionsjahre 1848/49 gerade in Baden durch wiederholte Aufstände bemerkbar machte und im Sommer 1849 erst durch den Einsatz preußischer Truppen endgültig niedergeschlagen werden konnte.

Diese »Auswüchse« der Revolution führten jedoch nicht zu einer nun besonders verhärteten Reaktionspolitik der Regierung in Baden. Vielmehr wurde der liberal-konservative Regierungskurs bald wieder aufgenommen. Friedrich I., Regent des Landes seit 1852 und Großherzog seit 1856, wurde zum Garanten für eine liberale Politik, die mit Reformen in Staat und Gesellschaft das Land Baden zum »liberalen Musterland« werden ließ. Verantwortlich für diese Politik war Friedrichs politischer Berater und späterer Außenminister Franz von Roggenbach, eine der stärksten Persönlichkeiten der Zeit und entschlossener Gegner der bismarckschen Innenpolitik. – Friedrich war der Kopf der liberalen Fürstengruppe, zu der auch sein Schwager, der preußische Kronprinz, gehörte. Er befürwortete die kleindeutsche Lösung unter preußischer Führung und spielte in den Verhandlungen vor der Reichsgründung

(► 8.22) eine wichtige vermittelnde Rolle. Baden blieb der einmalige und einzigartige Fall einer beständigen Zusammenarbeit zwischen Monarchie und Liberalismus.

8.3 Preußisch-österreichischer Dualismus

Der preußische König Friedrich Wilhelm IV. hatte die ihm von einer Delegation der *Frankfurter Nationalversammlung* (► 7.18) angebotene Kaiserkrone zurückgewiesen und damit das Scheitern des Paulskirchen-Parlamentes eingeleitet. Jetzt versuchte er selbst, in Absprache mit anderen Monarchen, einen kleindeutschen Bundesstaat unter preußischer Führung aufzubauen und diese »Union« in einem erweiterten Bund mit dem Kaiserstaat Österreich zusammenzuschließen. Da jedoch Österreich sich seinen Plänen widersetzte und Russland Einspruch erhob, musste er in die Wiederher-



▲ *Der preußisch-österreichische Dualismus, der die deutsche Geschichte seit Mitte des 18. Jh. mitbestimmt hatte, endete schließlich mit der Vorherrschaft Preußens in Deutschland, die Pickelhaube wurde zum Symbol seiner Dominanz. Das Bild zeigt den zur Kürassieruniform Bismarcks gehörenden Helm (Berlin, Deutsches Historisches Museum)*

stellung des *Deutschen Bundes* (► 7.1) von 1815 einwilligen und sich noch dazu damit abfinden, dass Österreich, wie bisher, den alleinigen Vortritt innehatte.

In Preußen wurde diese Abmachung von Olmütz, die Olmützer Punktation, 1850 als schwere diplomatische Niederlage empfunden. Fortan kam es im Deutschen Bund zu einem zehnjährigen Rivalitätskampf zwischen den beiden deutschen Großmächten, bei dem Preußen immer wieder seine durch die schnelle Industrialisierung rasch wachsende wirtschaftliche Macht, die noch durch den unter seiner Regie stehenden *Deutschen Zollverein* (► 7.13) unterstrichen wurde, auszuspielen wusste.

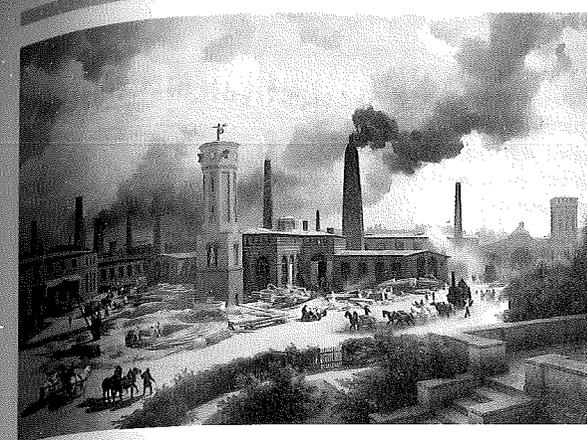
Neben diesen beiden Mächten gab es das »Dritte Deutschland«, die Mittel- und Kleinstaaten und die vier freien Reichsstädte mit zusammen 17,5 Millionen deutscher Bürger (Preußen hatte 17 Millionen Einwohner, Österreich-Ungarn 39 Millionen).

Dieses »Dritte Deutschland« bemühte sich, im Deutschen Bund als eigenständige Kraft, als das »reine« Deutschland aufzutreten und selbständige Politik zu machen. Aus Furcht vor einem Überhandnehmen der preußischen Militärmacht neigte diese Staatengruppe mehr zu einer Zusammenarbeit mit Österreich, andererseits forderten ihre wirtschaftlichen Interessen und die Attraktivität der wirtschaftlichen Verbindungen zur preußischen Industrie eine gemeinsame Politik mit Preußen.

Zunehmend zeigte sich, dass im Deutschen Bund der Gestaltungsraum für zwei sich so unterschiedlich entwickelnde Großmächte zu eng war, zumal der preußische Gesandte am Bundestag, *Otto von Bismarck* (► 8.11), entschieden für die volle Gleichberechtigung Preußens mit dem Kaiserstaat eintrat. Nachdem er preußischer Ministerpräsident geworden war (1862), betrieb er ganz gezielt eine Politik, die zwangsläufig diesen unbefriedigenden Zustand des Dualismus über kurz oder lang beenden musste. Dabei schloss er auch eine Entscheidung auf dem Schlachtfeld nicht aus. Bei Königgrätz 1866 (*Deutscher Krieg*, ► 8.14) fiel dann diese Entscheidung zugunsten Preußens.

8.4 Industrielle Revolution

Mit dem Begriff »industrielle Revolution« wird ein Entwicklungsvorgang beschrieben, der mit den bahnbrechenden Erfindungen der Dampf-



◀ *Im Verlauf der industriellen Revolution entstanden ab etwa 1830 auch in Deutschland Produktionsbetriebe in bis dahin unbekannter Größe. Das Gemälde aus dem Jahr 1847 zeigt die von August Borsig gegründete Maschinenfabrik mit Eisengießerei vor dem Oranienburger Tor in Berlin (Berlin, Verkehrsmuseum)*

maschine, der Spinnmaschine und des mechanischen Webstuhls in England gegen Ende des 18. Jahrhunderts begann, in Deutschland in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts seine ersten Auswirkungen zeigte und ab 1850 bis zum Ende des Jahrhunderts in immer schnellerem Tempo zu einer totalen Veränderung in nahezu allen Lebensbereichen führte. Die industrielle Revolution vollzog die Umwandlung der bisherigen Agrargesellschaft in die Industriegesellschaft unserer Zeit.

Vier Fünftel der deutschen Bevölkerung hatten noch 1830 in der Landwirtschaft ihren Lebensunterhalt gefunden. Fünfzig Jahre später war es nur noch knapp die Hälfte der Bevölkerung. Fabriken entstanden, Massenfertigung ersetzte die frühere handwerkliche Einzelanfertigung. In Gebieten, die über gute Rohstoffvorräte verfügten, entwickelten sich Großbetriebe, die die Massen der arbeitslos gewordenen Handwerksgehilfen, der verarmten und besitzlosen Kleinbauernsöhne anzogen. Aus winzigen Dörfern im Bereich der entstehenden Fabrikanlagen wuchsen in wenigen Jahren Arbeiterstädte empor, Industrieviertel entstanden.

Der rasche Ausbau eines Eisenbahnnetzes und die beginnende Dampfschiffahrt revolutionierten zugleich das Verkehrswesen. Jetzt erst wurde ein lohnender, umfangreicher Gütertransport möglich. Der Eisenbahnbau führte mit dem schnellen Ausbau der Bahnverbindungen zu einem stürmischen Anstieg der Eisen- und Stahlindustrie, entsprechend entwickelte sich der Bergbau. Deutsche Großfirmen wie Krupp, Klöckner, Mannesmann im Ruhrgebiet,

Borsig in Berlin errangen Weltruf. Zur Finanzierung industrieller Vorhaben, die die Möglichkeiten einzelner Unternehmer weit überstiegen, entstanden Kapitalgesellschaften, meist in der Form von Aktiengesellschaften; Großbanken wurden gegründet. Das Ruhrgebiet entwickelte sich zu einem der größten Industrieräume in Europa. Durch Erfindungen, vor allem auf dem Gebiet der Chemie, modernisierte sich auch die Landwirtschaft. Die neuen Erkenntnisse der »Agrikulturchemie« schufen mit der künstlichen Düngung wesentlich höhere Ernteerträge, sodass die Ernährung der rapide wachsenden Bevölkerung sichergestellt werden konnte. Auch die in den Anfängen der Industrialisierung und der damit verbundenen Umschichtung der Bevölkerung aufgetretene Massenarbeitslosigkeit und Massenverarmung wurde jetzt überwunden.

8.5 Die soziale Frage

Mit den durch die rasche Industrialisierung verursachten gesellschaftlichen Veränderungen, die ganze Bevölkerungsschichten aus ihren jahrhundertalten Lebenskreisen und -bindungen herausrissen, entwurzelten und in Not und Armut stürzten, entstand auch die soziale Frage. Sie stellte die Diskrepanz zwischen wirtschaftlichem Aufschwung einerseits und den krassen sozialen Missständen andererseits fest und führte zu Überlegungen und Initiativen, wie den Missständen am wirkungsvollsten und schnellsten begegnet werden könnte.

In der Phase der beginnenden Industrialisierung waren durch den gleichzeitigen Rückgang

des Handwerks Tausende von Handwerksge-
sellen arbeitslos geworden. Sie strömten in die
Fabriken und Industriestädte ebenso wie die
besitzlosen Landarbeiter und verarmten Klein-
bauern, mit denen zusammen sie das Industrie-
proletariat bildeten. Ein Teufelskreis war ent-
standen durch Bevölkerungsexplosion und
Landflucht, die das Arbeitskräfteangebot ver-
mehrten, was wiederum die Löhne drückte und
zur Ausnutzung der billigeren Frauen- und
Kinderarbeit führte. Nur die Tätigkeit mehrerer
Personen konnte einer Familie das Existenzmi-
nimum sichern. Hinzu kam für die junge deut-
sche Industrie der ausländische, v.a. britische
Konkurrenzdruck, dessen sich die Industriellen
durch rigorosen Lohndruck zu erwehren such-
ten. Die Arbeitszeiten lagen zwischen 12 und 14
Stunden, oft noch darüber. Sicherheitsmaß-
nahmen am Arbeitsplatz waren völlig ungenü-
gend, die Unfallhäufigkeit war groß. Die Folge
dieser Verhältnisse waren Armut, fehlende
Ausbildung, psychische und physische Schä-
den der Arbeiter aufgrund der mangelhaften
Arbeits- und Wohnverhältnisse; die aus dem
Boden schießenden, kasernenartigen Arbeiter-
wohnunterkünfte waren äußerst dürftig, ja
menschenunwürdig.

Der Tod des Ernährers, Krankheit, Arbeitsunfä-
higkeit durch Unfall, kurzfristige Kündigung,
Arbeitslosigkeit bei konjunkturellen Schwan-
gungen waren Ereignisse, die die Existenz gan-
zer Familien bedrohten. Hinzu kamen der Ver-
lust der sozialen Bindungen und die Umstel-
lung auf die kapitalistische Produktionsweise.
Versuche, diesen unhaltbaren Zuständen wirk-
ungsvoll zu begegnen, kamen zuerst von ein-
zelnen Persönlichkeiten, vor allem aus den Kir-
chen. Es kam zur Bildung kirchlicher Organisa-

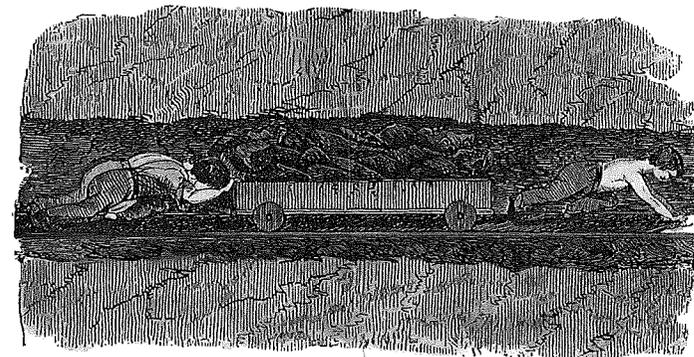
tionen und Hilfswerke. Nach und nach wurde
auch das Verbot der Kinderarbeit durchgesetz-
t. Auch einzelne Unternehmer suchten in patri-
archalischer Manier die Probleme zu lösen, sie
hatten den Wunsch, in ihren Werken einen fest-
en Stamm von Arbeitern zu beschäftigen, und
strebten eine Art Treueverhältnis an. Unter-
stützungskassen bei Krankheit und Invalidität
wurden eingerichtet, hier und da entstanden
Werkwohnungen, Konsumanstalten und
Kantinen.

Allmählich erwachten auch in der Arbeiter-
schaft Kräfte und Initiativen, diesen Zuständen
zu begegnen. Handwerkerbünde und Arbeiter-
vereine wurden gegründet, um zunächst im re-
gionalen Bereich Verbesserungen der Lebens-
und Arbeitsverhältnisse zu erzielen. Sie sind die
Anfänge der Arbeiterbewegung.

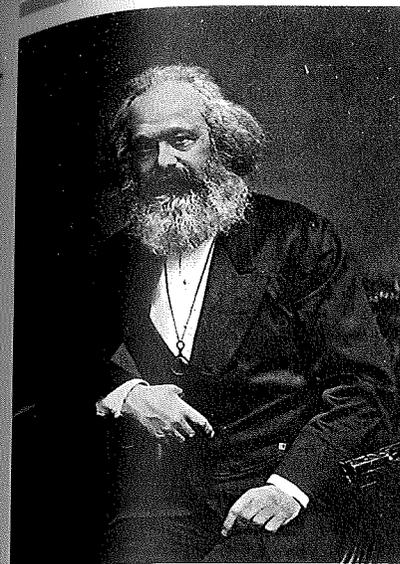
8.6 Karl Marx

Geboren am 5. Mai 1818 in Trier als Sohn einer
von Rabbinern abstammenden jüdischen Fa-
milie, die 1824 zum Protestantismus übertrat,
studierte Marx 1835 in Bonn und ab 1836 in Ber-
lin Jura, Philosophie und Geschichte und pro-
movierte 1841 an der Universität Jena. Nach
vergeblichen Bemühungen, in die Hochschula-
laufbahn übernommen zu werden, war er an
der »Rheinischen Zeitung« in Köln tätig,
musste aber bereits im März 1843 wegen seiner
kritischen Artikel zur politischen und sozialen
Situation ausscheiden. Die Zeitung wurde ver-
boten.

Im Juni 1843 emigrierte er nach Paris. Hier be-
gann seine lebenslange Freundschaft und Zu-
sammenarbeit mit dem Fabrikantensohn Fried-
rich Engels. Aus Paris auf Betreiben der preuß-



◀ Fast unmenschliche
Arbeits- und Lebens-
bedingungen kennzeich-
neten besonders die
frühe Phase der Indus-
trialisierung im 19. Jh.
Der Holzstich von 1844
zeigt Kinderarbeit in
einem englischen
Bergwerk



▲ Karl Marx. Koloriertes Foto um 1880

schen Regierung 1845 ausgewiesen, zog Marx
nach Brüssel. Hier verfasste er zusammen mit
Engels im Auftrag des Londoner Bundes der
Komunisten das im Februar 1848 veröffent-
lichte *Kommunistische Manifest* (► 7.21).
Während der Revolutionsjahre 1848/49 nach
Köln zurückgekehrt, gab er dort die »Neue
Rheinische Zeitung« heraus, die dem linken
Flügel der Demokraten nahe stand und in der er
eine einheitliche deutsche Republik und den
gemeinsamen Kampf der deutschen Staaten ge-
gen das reaktionäre Russland forderte. Nach
dem Scheitern der Revolution ging Marx im
August 1849 nach London ins Exil. Hier wid-
mete er sich seinem Hauptanliegen, einer kriti-
schen Darstellung des Kapitalismus und der ka-
pitalistischen Produktionsweise. Kern seines
wissenschaftlichen Hauptwerkes ist die 1859
veröffentlichte »Kritik der politischen Ökono-
mie« (1867 nochmals im ersten Band des
»Kapitals« vorgelegt), in der er die Produktions-
verhältnisse einer Gesellschaft in ihren Wir-
kungen auf die allgemeinen gesellschaftlichen
Verhältnisse genauer zu analysieren versucht.
Mit seinen zahlreichen Veröffentlichungen
wurde Marx zusammen mit Engels einer der
Führer der neuen Bewegung des Sozialismus.
An der am 28. September 1864 in London ge-
gründeten Internationalen Arbeiterassoziation,

der Ersten Internationale, war Marx maßgeb-
lich beteiligt.

Mit der nach 1871 sich rasch entwickelnden
deutschen Arbeiterbewegung (► 8.8) stand
Marx über persönliche und briefliche Kontakte
in Verbindung; die Entwicklung der ersten
deutschen Arbeiterpartei zur Sozialdemokratie
und ihr Gothaer Programm von 1875 kritisierte
er durch seine »Randglossen« zum Gothaer
Programm. Marx gab mit seinen theoretischen
Arbeiten der Sozialismusbewegung eine wis-
senschaftliche Grundlage, die in unterschiedli-
cher Auslegung von den überall entstehenden
sozialistischen und sozialdemokratischen Par-
teien als ideologisches Fundament übernom-
men wurde. Marx starb am 14. März 1883 in
London; der größere Teil seines Hauptwerkes
»Das Kapital« wurde von Friedrich Engels erst
nach seinem Tod veröffentlicht.

8.7 Sozialismus

Die Lehre des Sozialismus verbreitete sich vor
allem seit Beginn des 19. Jahrhunderts mit der
Durchsetzung der industriellen Produktions-
weise, dem sich mit ihr entfaltenden kapitalisti-
schen Wirtschaftssystem und der sich immer
dringlicher stellenden sozialen Frage (► 8.5).
Bereits vor dem Entstehen der industriellen Ge-
sellschaft gab es dem Sozialismus vergleichbare
oder ihn vorbereitende Lehren, so vor allem im
Frankreich des 18. Jahrhunderts, wo Kritik am
Privateigentum geübt und u.a. durch Noël Ba-
beuf Gesellschaftsutopien entwickelt worden
waren, die durchaus als Vorläufer sozialisti-
scher und kommunistischer Ordnungsvorstel-
lungen anzusehen sind.

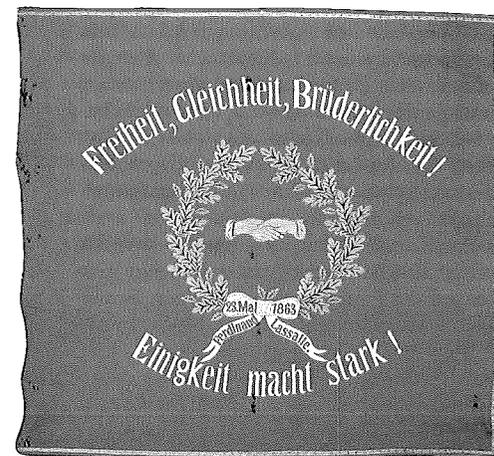
Die Kritik des Sozialismus an den bestehenden
gesellschaftlichen Verhältnissen bezieht sich
nicht auf die Funktionsfähigkeit einer Gesell-
schaft, sondern orientiert sich an den Interessen
der Bevölkerungsschichten, die an der Herr-
schaftsausübung nicht teilhaben oder dieser
Gesellschaft entfremdet sind. Der Sozialismus
klagt deshalb die jeweils bestehende Ordnung
an, die Armut, Unrecht, Abhängigkeit und Un-
terdrückung zulässt, entwickelt als Gegenmo-
dell die Utopie einer besseren Ordnung nach
dem Prinzip der sozialen Gleichheit und Ge-
rechtigkeit und der Möglichkeit, die materiellen
Bedürfnisse aller zu befriedigen, um dann den
Versuch zu unternehmen, die kritisierte Ord-
nung – wenn nötig mit Gewalt – zu stürzen.

In dem von *Karl Marx* (► 8.6) entwickelten proletarischen Sozialismus war der Arbeiterklasse die führende Rolle im Kampf um die Verwirklichung des Sozialismus, mit dem eines Tages die klassenlose Gesellschaft erreicht werden sollte, zugewiesen worden. In der bürgerlichen Revolution von 1848/49 in Deutschland spielten sozialistische Forderungen und Ideen – ganz im Gegensatz zu Frankreich – noch keine wesentliche Rolle. Erst in der letzten Phase, als die *Frankfurter Nationalversammlung* (► 7.18) bereits gescheitert war, verstärkten sich in den verschiedenen Aufstandsversuchen sozialistische Tendenzen.

Der Sozialismus war von Anfang an international. Die soziale Gleichheit aller Menschen und aller Klassen über alle Grenzen hinweg, alle Völker und Rassen einschließend, wurde eine Grundforderung des Sozialismus, wie sie Marx und Engels schon im Kommunistischen Manifest von 1848 mit dem Aufruf zur Vereinigung der Proletarier aller Länder formuliert hatten.

8.8 Arbeiterbewegung

Die katastrophale Lage, in die große Teile der Bevölkerung in Deutschland durch den mit der Industrialisierung ausgelösten Umschich-



▲ Im Mai 1863 wurde in Leipzig auf Veranlassung Ferdinand Lassalles der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet, seine Fahne wurde zum Banner der Sozialdemokratie (Fahne der Breslauer Lassalleaner; Bonn, Friedrich-Ebert-Stiftung)

tungsprozess in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts geraten waren, führte zu ersten Zusammenschlüssen der besonders Betroffenen der lohnabhängigen Arbeiter, mit dem Ziel, die völlig unzureichenden sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse zu verändern und zu verbessern. Die Hungerrevolte des schlesischen Weber 1844, der so genannte Weberaufstand, hatte gezeigt, dass die verzweifelt, ausgebeuteten und am Rande des Existenzminimums dahinvegetierenden Menschen nicht mehr bereit waren, ihre Situation als gottgewollt hinzunehmen. Da die staatlichen Behörden hinter der Revolte revolutionäre Bestrebungen vermuteten und die Ordnung gestörten, wurde der Aufstand vom preußischen Militär blutig niedergeschlagen. Zur Vorbeugung gegen ähnliche Ereignisse verboten die Polizeibehörden jede Zusammenkunft und Vereinsbildung unter den Arbeitern. So entstanden die ersten deutschen Arbeiterorganisationen von Exilgruppen im westlichen Ausland her: in der Schweiz, in Paris und London. Einer dieser Bünde war der Bund der Kommunisten mit Sitz in London, für den *Karl Marx* (► 8.6) und Friedrich Engels das Kommunistische Manifest verfasst hatten. Nach dem Scheitern der Revolution 1848/49 wurden in der Reaktionszeit alle in Deutschland vereinzelt entstandenen Zusammenschlüsse örtlicher Arbeitergruppen sofort wieder aufgelöst, während die Exilgruppen im westlichen Ausland weiterarbeiten konnten.

In Deutschland kam es daher erst Anfang der 1860er-Jahre zur Entstehung politischer Arbeiterorganisationen. 1863 gründete Ferdinand Lassalle in Leipzig den »Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein«, gleichzeitig entstand der liberal-demokratische »Vereinstag Deutscher Arbeitervereine«, aus dem 1869 in Eisenach unter Führung *August Bebel's* (► 8.29) und *Wilhelm Liebknecht's* die »Sozialdemokratische Arbeiterpartei« hervorging. Beide Organisationen lehnten den gewaltsamen Klassenkampf ab. Lassalle forderte das allgemeine und gleiche Wahlrecht und erhoffte sich davon die Integration der Arbeiter in den Staat und die Beseitigung der Klassengegensätze. Lassalle, der auch, jedoch ohne greifbares Ergebnis, mit dem preußischen Ministerpräsidenten *Otto von Bismarck* (► 8.11) verhandelt hatte, starb bereits 1864. Das Programm der Eisenacher bezog sich im Wesentlichen auf die Grundsätze der

von Marx und Engels mitgegründeten Internationalen Arbeiterassoziation (Erste Internationale). Im Mai 1875 schlossen sich beide Vereinigungen in Gotha zur »Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands« (SAPD) zusammen (► 8.28). Seit 1868 entwickelte sich aus zahlreichen einzelnen Gewerkvereinen heraus die deutsche Gewerkschaftsbewegung. Sie spaltete sich schnell in eine marxistisch beeinflusste sozialistische Richtung und eine politisch unabhängige Bewegung, die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine. Daneben entstanden konfessionell geprägte Arbeitervereine.

8.9 Politische Parteien/ Deutsche Fortschrittspartei

In den Revolutionsjahren 1848/49 hatten sich in den politischen Gruppierungen der Konservativen, der Liberalen, der Demokraten jene Kräfte herausgebildet, aus denen sich allmählich die ersten politischen Parteien entwickelten. Hinzu kamen noch die sich vorwiegend im norddeutschen Raum und in der sich anbahnenden preußisch-protestantischen Reichsbildung als eigenständige politische Kraft sammelnden Katholiken und – im Zusammenhang mit der entstehenden Arbeiterbewegung (► 8.8) – die Sozialisten.

Verlierer der bürgerlichen Revolution von 1848/49 waren in erster Linie die Liberalen. In den Jahren der Reaktion von 1849 bis etwa 1858 standen deshalb die Konservativen im Vordergrund des politischen Geschehens.

In Preußen unterstützte innerhalb der Konservativen Partei eine hochkonservativ-reaktionäre Gruppe, die bald nach ihrer das Eiserne Kreuz als Emblem im Titelblatt tragenden Zeitung »Kreuzzeitungspartei« genannt wurde, die reaktionäre Regierungspolitik. Diese Gruppierung vertrat vor allem die Interessen der ostelbischen Großagrarien. Sie lehnte jede Bindung des Staates an eine Verfassung ab, hielt an einer Ständeordnung und der religiös begründeten Verbindung von Thron und Altar fest und sah selbst in einer nationalen Bewegung zur Einigung Deutschlands eine die gottgewollte Ordnung zerstörende Strömung. 1851 spaltete sich von der Konservativen Partei ein liberal-konservativer Flügel ab, der nach seinem Presse-

organ »Preussisches Wochenblatt zur Besprechung politischer Tagesfragen« den Namen »Wochenblattpartei« annahm. Seine Vertreter hielten an der Verfassung von 1850 fest, erstrebten die Einigung Deutschlands unter preußischer Führung und bekämpften die reaktionäre Politik der ultrakonservativen Regierung. Die Partei stützte sich nicht nur auf Anhänger in der Unternehmerschaft der preußischen Westprovinzen, sondern verfügte auch über Verbindungen zum Bruder des Königs, Prinz Wilhelm. Trotz dieser Beziehungen blieb die Wochenblattpartei relativ einflusslos, als der Prinz 1858 zunächst als Regent, ab 1861 als König die Leitung des Staates übernahm. Einige ihrer Führer wurden zwar in die neue liberalere Regierung der »Neuen Ära« berufen, doch existierte die Wochenblattpartei 1858 faktisch nicht mehr.

1859 gründeten Liberale und gemäßigte Demokraten den Deutschen Nationalverein mit dem Ziel, den 1849 mit der Reichsverfassung begonnenen Weg wieder aufzunehmen und einen deutschen Bundesstaat unter preußischer Führung zu schaffen. Zwei Jahre später – am 6. Juni 1861 – gründeten viele der im Nationalverein aktiven Führungspersonlichkeiten die Deutsche Fortschrittspartei. Es war die erste Parteigründung der deutschen Geschichte mit gleichzeitig verkündetem, fest umrissenem Parteiprogramm. Ihre Arbeit war von Anfang an auf ganz Deutschland bezogen. Die Einigung Deutschlands unter preußischer Führung, Verwirklichung des Verfassungsstaates sowie die volle Verantwortlichkeit der Minister und konsequente Trennung von Kirche und Staat waren ihre Hauptziele. Einen durchorganisierten Parteiapparat nach modernem Muster besaß die junge Partei noch nicht, sie war eine Honoratiorenpartei, ihre Führer kamen aus dem kaufmännischen und industriellen Unternehmertum, dem Bildungsbürgertum und dem Kreis liberaler Großgrundbesitzer.

1862 errang die Deutsche Fortschrittspartei im preußischen Abgeordnetenhaus mit 104 Mandaten die Mehrheit der Sitze, während gleichzeitig die Konservativen erhebliche Verluste hinnehmen mussten. Sie geriet in dem sich zum Verfassungskonflikt (► 8.10) ausweitenden Streit um die vom König geforderte Budgetbewilligung für die Heeresreform in scharfen Gegensatz zu ihm und zu seinem neuen Ministerpräsidenten *Otto von Bismarck* (► 8.11), der das

Parlament ausschaltete und die Heeresreform trotz fehlendem Haushaltsgesetz durchsetzte.

8.10 Verfassungskonflikt in Preußen

Um Schwächen in der Heeresverfassung auszugleichen, planten der preußische König Wilhelm I. und sein Militärkabinett eine umfassende Heeresreform. Sie sah die Erweiterung der Heeresfriedensstärke sowie die Erhöhung der jährlichen Rekrutenzahl jeweils um ein Drittel vor. Das Abgeordnetenhaus, in dem die Liberalen über eine Mehrheit von fast zwei Drittel der Stimmen verfügten, forderte im Gegenzug, die dreijährige Dienstzeit in eine zwei-



▲ Als neuer Ministerpräsident versuchte Bismarck, die Macht der preußischen Monarchie gegen den aufkommenden Parlamentarismus zu behaupten. Die »Frankfurter Laternen« vom 30. September 1863 karikiert seine Haltung zu den brisanten innenpolitischen Fragen als wortwörtlichen Eiertanz

jährige zurückzuverwandeln und auf die in der Heeresreform vorgesehene Zurückdrängung der Landwehr aus dem Heer zu verzichten und vor allem das parlamentarische Budgetrecht zu verstärken. Der König empfand die Forderungen des Parlaments als Angriff auf die traditio-

nellen Rechte der Krone und war nicht bereit nachzugeben; das Abgeordnetenhaus lehnte daher die geforderte Erhöhung des Wehretats ab.

Da sich eine Kompromisslösung nicht anbahnte, berief der König, der bereits zugunsten seines Sohnes abdanken wollte, auf Anraten seines Kriegsministers, Albrecht von Roon, im September 1862 den preußischen Gesandten in Paris, Otto von Bismarck (► 8.11), zum Ministerpräsidenten. Bismarck war entschlossen, notfalls auch ohne Zustimmung der Volksvertretung zu regieren und die Heeresreform durchzuführen. Dem Machtanspruch der Liberalen suchte er durch seine Politik zu begegnen, den inneren preußischen Konflikt mit der europäischen Politik zu verquicken. Bismarck leitete damit die später so genannte Politik der Reicheinigung »von oben« ein. Für diesen Weg wollte er wenigstens einen Teil der Liberalen gewinnen, die für die Erreichung des nationalen Zielles der Einigung Deutschlands keineswegs eine militärische Auseinandersetzung von vornherein ausschlossen.

In den folgenden Jahren verhärtete sich die Spannung zwischen Regierung und Opposition, aber nachdem 1864 im Deutsch-Dänischen Krieg die Herzogtümer Schleswig und Holstein dem dänischen Zugriff entzogen worden waren und 1866 bei Königgrätz die Führungsfrage im Deutschen Bund eindeutig zugunsten Preußens entschieden wurde, brach die Opposition im Abgeordnetenhaus auseinander. Die Nationalliberalen gingen zu Bismarck über, eine ähnliche Entwicklung vollzog sich bei den Konservativen, wo nun die Freikonservativen die Politik Bismarcks unterstützten. Der Indemnitätsvorlage, mit der Bismarck die nachträgliche Billigung seines verfassungswidrigen Verhaltens vor vier Jahren beantragte, stimmte das Abgeordnetenhaus mit großer Mehrheit zu. Der Verfassungskonflikt war damit beendet.

8.11 Otto von Bismarck

Am 1. April 1815 auf dem elterlichen Gut Schönhausen in der Altmark geboren, studierte Otto von Bismarck in Göttingen und Berlin Jura. Nach der Referendarzeit in Aachen und Potsdam (1836–39) quittierte er den Staatsdienst und bewirtschaftete seine Güter. Durch seine Heirat mit Johanna von Puttkamer gewann er

ein sehr enges Verhältnis zum christlichen Glauben. In dieser Zeit wandte er sich auch der Politik zu. Die revolutionären Vorgänge in Berlin 1848 verurteilte er scharf. Er wurde Mitbegründer der »Kreuzzeitungspartei«, die auf dem äußersten rechten Flügel der Konservativen stand.

Von 1851 bis 1859 vertrat er Preußen als Gesandter am Deutschen Bundestag in Frankfurt. Von Anfang an setzte er sich für die Gleichberechtigung Preußens ein und lehnte den Führungsanspruch Österreichs mit Entschiedenheit ab. Das führte zu einer Verschärfung des Dualismus (► 8.3) zwischen den beiden Großmächten. Bismarck kam schon hier zu der Überzeugung, dass im Deutschen Bund der Platz für zwei Großmächte zu eng war, dass eine von beiden eines Tages zu weichen hatte. Für ihn konnte dies nur Österreich sein.

In der Epoche der »Neuen Ära« wurde Bismarck 1859–62 als Gesandter nach Petersburg versetzt, »an der Nawa kaltgestellt«, wie er diese Versetzung empfand. In dem sich allmählich verschärfenden Konflikt zwischen dem König und dem Militärkabinett einerseits und dem von einer liberalen Mehrheit beherrschten Abgeordnetenhaus um die Bewilligung eines erhöhten Wehretats zur Finanzierung der Heeresreform wurde Bismarck – nach kurzem Zwischenaufenthalt als Gesandter in Paris – vom König mit der Führung der Regierungsgeschäfte als Ministerpräsident betraut, nachdem er sich bereit erklärt hatte, die Heeresreform notfalls auch ohne Zustimmung des Parlamentes durchzusetzen.

Bismarck wollte Deutschland unter preußischer Führung einigen. Diese Einigung aber musste nach seiner Meinung »von oben« durch gemeinsamen Beschluss der Landesfürsten zustande kommen und nicht durch die liberale und nationale Volksbewegung. Diesem Ziel stand Österreich im Wege. Konsequenterweise verfolgte Bismarck daher seinen Plan, Österreich als Mitbewerber um die Führungsposition in diesem zukünftigen Deutschland auszuschalten. Das gelang in dem kurzen militärischen Feldzug 1866 in der Entscheidungsschlacht von Königgrätz (Deutscher Krieg, ► 8.14). Im Norddeutschen Bund (► 8.15) wurde die kommende Reichsbildung und -verfassung vorbereitet. Die geschickte Ausnutzung des nahezu alle Deutschen verbindenden Nationalgefühls beim Ausbruch des Krieges mit Frankreich 1870 be-



▲ Otto Fürst von Bismarck. Gemälde von Franz von Lenbach aus dem Jahr 1889 (München, Städtische Galerie im Lenbachhaus)

reitete die Reichsgründung (► 8.22) vor, die mit Zustimmung aller Fürsten noch während des Krieges am 18. Januar 1871 in Versailles vollzogen wurde. Bismarck wurde im neuen deutschen Kaiserreich der erste Reichskanzler. Durch eine kluge und ausgewogene Politik gelang es ihm, das neue Großreich in der Mitte Europas innerhalb der übrigen europäischen Großmächte zu etablieren und durch ein ausgeklügeltes Bündnissystem außenpolitisch abzusichern.

In der Innenpolitik übersah Bismarck in seinem konservativen Bestreben, die Monarchie mit allen Mitteln gegen jede liberale, demokratische und sozialistische Strömung abzusichern, die Notwendigkeit, den durch die Industrialisierung erfolgten gesellschaftlichen Veränderungen des modernen Staates Rechnung zu tragen. Im Kulturkampf (► 8.26) gegen den politischen Katholizismus musste er ebenso eine Niederlage einstecken wie in seinem Versuch, mit dem Sozialistengesetz (► 8.30) die neuen politischen

Kräfte der Sozialdemokratie (► 8.28) als Staatsfeinde einzustufen und zu vernichten.

Als Epoche machend gilt heute die Einführung der Sozialgesetze (► 8.32), die allerdings ihre werbende Wirkung auf die Arbeiterschaft infolge des Kampfes gegen die Sozialdemokratie verfehlte.

Nach dem Tod Kaiser Wilhelms I. und wenige Monate später auch nach dem Tod Kaiser Friedrichs im Jahre 1888 kam es in dem Verhältnis zwischen dem Kanzler und dem jungen Kaiser Wilhelm II. (► 9.1) zu Spannungen. Meinungsunterschiede über die politische Führungsarbeit führten im März 1890 zur Entlassung Bismarcks. Der 1871 in den Fürstenstand erhobene Altkanzler starb am 30. Juli 1898 auf seinem Gut Friedrichsruh bei Hamburg.

8.12 Frankfurter Fürstentag

Im Sommer 1863, als Preußen durch die Zuspitzung des Verfassungskonfliktes (► 8.10) in seiner Handlungsfreiheit gelähmt schien und zudem im »Dritten Deutschland«, den deutschen Mittel- und Kleinstaaten, erheblich an Sympathien verloren hatte, unternahm der österreichische Kaiserstaat, dessen Regierung seit kurzem von dem liberalen Anton von Schmerling geleitet wurde, einen diplomatischen Vorstoß und lud zu einer Fürstenversammlung nach Frankfurt ein. Hier sollte ein österreichischer Bundesreformplan besprochen und beschlossen werden.

Dem im österreichischen Bad Gastein zur Kur weilenden preußischen König Wilhelm I. überbrachte am 3. August 1863 der österreichische Kaiser Franz Joseph persönlich die Einladung zum Fürstentag in Frankfurt am 16. August. Die deutschen Bundesfürsten sollten wie 1814/15 erneut zusammentreffen, um die Verhältnisse in Mitteleuropa und im Deutschen Bund neu zu ordnen. Einzelheiten des österreichischen Reformplanes teilte der Kaiser nicht mit. Sie wurden erst am 16. August kurz vor Beginn der Verhandlungen bekannt gegeben.

Bismarck, von vornherein entschlossen, die österreichische Initiative scheitern zu lassen, erreichte nach schweren Auseinandersetzungen mit dem König, dass Wilhelm seine Teilnahme absagte.

Die österreichischen Vorschläge sahen für den Deutschen Bund ein fünfköpfiges Direktorium vor, eine neben dem Bundestag periodisch ta-

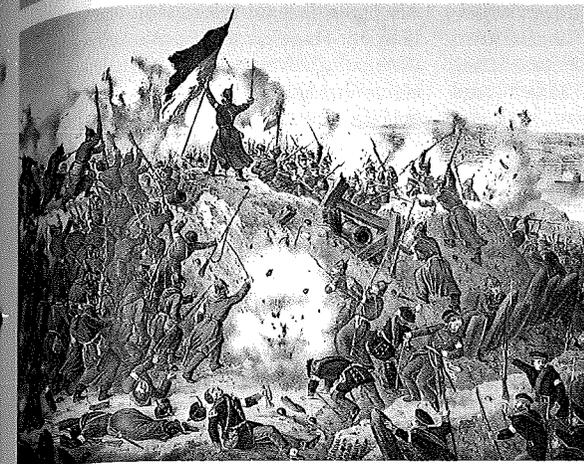
gende Fürstenversammlung, einen Bundesrat in beiden, Direktorium wie Bundesrat, sollte Österreich den Vorsitz innehaben –, eine alle drei Jahre zusammentretende Versammlung von Delegierten aller Landtage und ein oberstes Bundesgericht. Bismarck antwortete auf diese Programmpunkte mit drei Gegenforderungen: Er verlangte die volle Gleichberechtigung Preußens im Bundesvorsitz, ein Vetorecht der Großmächte – im Falle von Kriegserklärungen des Bundes – und eine Nationalvertretung aus allgemeinen und direkten Wahlen.

Besonders dieser dritte Punkt war für Österreich in jedem Fall unannehmbar; denn das hätte die nichtdeutschen Nationalitäten der Donaumonarchie zur Aufstellung gleicher Forderungen für sich bewogen und eine Zerreißprobe für den Vielvölkerstaat bedeutet. Bismarck wusste, dass Österreich deshalb den preußischen Gegenvorschlag ablehnen musste. So scheiterte der Frankfurter Fürstentag, da sich die Fürsten der Mittel- und Kleinstaaten nicht bereit fanden, ohne Preußen konkrete Beschlüsse zu fassen. Mit dem Fürstentag misslang auch Österreichs letzter Versuch, gestaltend auf die deutsche Entwicklung einzuwirken. Drei Jahre später musste das Habsburgerreich mit der Entscheidung auf dem Schlachtfeld von Königgrätz dann ganz aus der deutschen Staatengemeinschaft ausscheiden.

8.13 Schleswig-Holstein-Frage und Deutsch-Dänischer Krieg

Die besondere Situation der so genannten Elbherzogtümer Schleswig und Holstein hatte bereits in den Revolutionsjahren 1848/49 zum Krieg des Deutschen Bundes (► 7.1) und Preußens mit Dänemark und zu einem Aufwallen der nationalen Leidenschaften in Deutschland geführt, weil Dänemark widerrechtlich Schleswig annektiert hatte. Durch Einspruch der Großmächte Großbritannien und Russland mussten der Deutsche Bund und Preußen trotz militärischer Erfolge in eine internationale Regelung einwilligen, die den Status-quo-Zustand wieder herstellte. Die deutsche Nationalbewegung empfand dies als schwere Niederlage.

Ende 1863 stellte der dänische König die im 2. Londoner Protokoll 1852 getroffene Lösung



◀ Die Erstürmung der von den Dänen zur Verteidigung des Alsensunds angelegten Düppeler Schanzen durch preußische Truppen am 18. April 1864 war das herausragende Ereignis im Deutsch-Dänischen Krieg

erneut infrage. Die neue dänische Fassung bezog nämlich Schleswig in den Gesamtstaat ein und war damit eine grobe Verletzung des Londoner Protokolls. Ein Aufflammen des nationalen Protestes in Deutschland, der Liberale und Demokraten, Groß- und Kleindeutsche, miteinander verband, war die Folge. Während die Mittelstaaten die nationale Volksbewegung unterstützten und mit ihr gemeinsam den nationalen Krieg forderten, stellte Bismarck sich auf den Boden des Völkerrechts und erschien somit vor den europäischen Mächten als derjenige, der für die Wahrung des seinerzeit geschlossenen europäischen Vertrages eintrat. Auf diese Weise vermied er nicht nur die Intervention Englands und Russlands, wie sie 1848/49 gedroht hatte, sondern zwang auch Österreich zu gemeinsamen Maßnahmen mit Preußen. Die Anerkennung des Nationalitätenprinzips, wie dies die deutschen Mittelstaaten forderten, hätte für die Donaumonarchie eine Zerreißprobe bedeutet und konnte deshalb von der Wiener Regierung nicht zugelassen werden. Bismarck verlor sein Fernziel, über eine kriegerische Lösung eines Tages die Herzogtümer für Preußen zu erwerben, dabei nicht aus dem Auge. Da Holstein zum Deutschen Bund gehörte, setzten Österreich und Preußen die Bundesexekution durch, mit deren Vollzug sie auch beauftragt wurden. Nach einem relativ kurzen erfolgreichen Feldzug, bei dem vor allem der Sturm auf die Düppeler Schanzen die nationalen Leidenschaften entfachte, musste Dänemark im Friedensvertrag von Wien 1864 die Herzogtümer abtreten. Besetzung und Ver-

waltung wurden vorerst von den beiden Siegermächten im »Kondominium« (=gemeinsame Herrschaft) übernommen. Im Herbst 1865 wurde das Kondominium aufgegeben; Preußen erhielt die Verwaltung Schleswigs, Österreich die Holsteins. Zugestanden erhielt Preußen das Recht, einen Kanal durch holsteinisches Gebiet zu bauen. Bismarck, anfänglich in der aufgebrachten deutschen Öffentlichkeit als Verräter an der nationalen Sache angeprangert, konnte mit diesem Erfolg die öffentliche Meinung in Deutschland für sich einnehmen; man begann, seine Politik differenzierter zu betrachten.

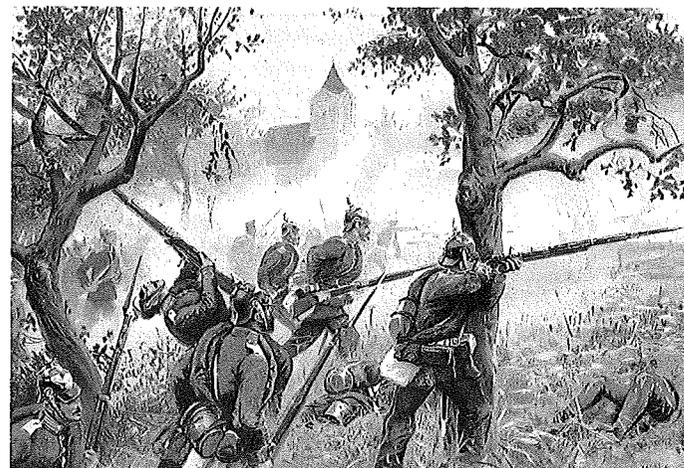
8.14 Deutscher Krieg/Königgrätz

Die jahrzehntelange Rivalität zwischen Preußen und Österreich im Deutschen Bund (Preußisch-österreichischer Dualismus, ► 8.3) hatte in der Schleswig-Holstein-Frage (► 8.13) und dem Krieg gegen Dänemark vorübergehend zu einer Kooperation der beiden deutschen Großmächte geführt. Der Streit um die Beute entzweite sie jedoch erneut und löste schließlich die kriegerische Auseinandersetzung von 1866 aus.

Bismarcks Ziel war es, in Norddeutschland die Hegemonie Preußens zu erreichen und in diesem Rahmen auch die Herzogtümer Schleswig und Holstein für Preußen zu annektieren. Österreich scheiterte mit seinem Vorschlag, das Kondominat bzw. die Verwaltung gegen Teile Schlesiens einzutauschen und verfolgte dann

den Plan, Schleswig-Holstein als neuen Mittelstaat unter einem angestammten Fürsten in den Deutschen Bund aufzunehmen. Dieser Lösung stimmten auch die deutschen Mittel- und Kleinstaaten zu.

Diesen Vorschlag musste Preußen ablehnen, und so wurde auf beiden Seiten der Krieg diplomatisch vorbereitet. Bismarck schloss am 8. April 1866 ein Bündnis mit Italien, das im Zuge seiner staatlichen Einigung Forderungen auf Herausgabe italienischer, von Österreich beherrschter Gebiete (Venetien u. a.) stellte. Die Mobilisierung der nationalen und liberalen Bewegung in Deutschland strebte er gleichzeitig durch den dem Bundestag eingereichten Bundesreformplan an, in dem erneut der für Österreich unannehmbare Vorschlag enthalten war,



◀ Mit dem Sieg der von Generalstabschef Helmuth von Moltke geführten preußischen Truppen in der Schlacht bei Königgrätz am 3. Juli 1866 war der Deutsche Krieg entschieden. Die 1890 entstandene Farblithographie zeigt die Erstürmung der im Zentrum der österreichischen Stellung gelegenen Ortschaft Chlum durch die preußische 1. Gardedivision

die bisher aus den Gesandten der einzelnen Regierungen bestehende Bundesversammlung durch ein aus allgemeinen und gleichen Wahlen hervorgegangenes Parlament zu ersetzen. Eine besondere Rolle in den Kriegsvorbereitungen spielte der französische Kaiser Napoleon III., der sowohl mit Preußen wie mit Österreich zugleich verhandelte; er wollte für die Zusage der französischen Neutralität gewisse Grenzverbesserungen oder sogar Landgewinne erzielen. Während ihn Bismarck mit vagen Formulierungen hinhalten konnte, schlossen Frankreich und Österreich ein Geheimabkommen, in dem für den Fall eines österreichischen Sieges Frankreich bindende Zusagen für Gebietsveränderungen gegeben wurden.

Als Österreich am 1. Juni 1866 die Schleswig-Holstein-Frage vor den Bundestag brachte, sah Bismarck darin einen Bruch der bisherigen Vereinbarungen und ließ Truppen in das von Österreich besetzte und verwaltete Holstein einrücken. Daraufhin beantragte Österreich die Mobilisierung der nichtpreußischen Truppenteile des Bundesheeres. Diesem Antrag stimmte die überwiegende Zahl der Bundesstaaten zu, darunter Bayern, Württemberg, Hannover, Sachsen. Bismarck erklärte daraufhin den Deutschen Bund für aufgelöst und ließ zugleich zur Sicherung des Hauptaufmarsches gegen Österreich Truppen in Hannover und in Sachsen gegen die Bundesarmee einrücken. Der Krieg dauerte nur wenige Wochen. Die Bundestruppen waren schon Ende Juni ge-

schlagen, der Zusammenstoß zwischen der preußischen und der österreichischen Hauptstreitmacht am 3. Juli bei Königgrätz endete mit einem klaren preußischen Sieg. Es war ein Sieg der mit modernen Waffen ausgerüsteten und unter Ausnutzung der neuesten technischen Errungenschaften (Eisenbahn und Telegrafie) geführten preußischen Armee über die nach veralteten Prinzipien organisierte österreichische Streitmacht.

Weltweit war der Eindruck des preußischen Sieges außerordentlich groß. Bismarcks Ziel war es nun, diesen Erfolg und den Frieden international zu sichern. Dazu musste aber der Feldzug so rasch wie möglich beendet werden und Österreich einen schnellen und fairen Frie-

den erhalten. Österreich musste auch weiterhin Großmacht bleiben und so bald wie möglich wieder als Bündnispartner zur Verfügung stehen.

In einer Erklärung gegenüber Napoleon gab Bismarck seine Kriegsziele bekannt: Auflösung des Deutschen Bundes, Ausschluss Österreichs aus Deutschland, Errichtung des Norddeutschen Bundes unter preußischer Führung (► 8.15), Anerkennung des Rechtes der süddeutschen Staaten, sich in einem Südbund zusammenzuschließen. Gegen die Zusage Preußens, mit territorialen Erwerbungen nicht über die Mainlinie hinauszugehen, akzeptierte Napoleon die Veränderungen in Mitteleuropa. Dieses mit Frankreich abgestimmte Konzept konnte Bismarck aber erst nach heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der preußischen Führung durchsetzen. König Wilhelm und seine Generale waren entschlossen, den Krieg fortzusetzen und in Wien einzumarschieren, um Österreich als Hauptschuldigen an diesem Krieg zu demütigen. Am 26. Juli 1866 kam dann der Vorfriede von Nikolsburg zustande, dem relativ schnell, am 23. August, der endgültige Friedensschluss in Prag folgte. Außer Venetien, das über Frankreich an Italien kam, brauchte Österreich keine territorialen Verluste hinzunehmen. Auf eine Teilnahme an der Neugestaltung Deutschlands verzichtete es, der Deutsche Bund war aufgelöst.

Mit der überraschend schnellen Entscheidung von Königgrätz (in Frankreich Sadowa genannt) wurde der französische Plan durchkreuzt, zwischen den Krieg führenden Parteien zu vermitteln und dafür durch Gebietsabtretungen, die Österreich zugesagt hatte, entschädigt zu werden. Die Enttäuschung über diese Fehlkalkulation war in Frankreich überaus groß und begründete den preußisch-französischen Gegensatz mit der französischen Forderung nach »Rache für Sadowa«.

8.15 Norddeutscher Bund

Als Ergebnis des Deutschen Krieges (► 8.14) entstand nördlich der Mainlinie mit dem Norddeutschen Bund ein Bundesstaat aus den 22 noch selbstständig gebliebenen Mittel- und Kleinstaaten sowie den Freien Städten Hamburg, Bremen und Lübeck. Im Gegensatz zu der schonenden Behandlung, die Österreich im Prager Frieden zuteil wurde, ging Bismarck ge-

genüber den Verbündeten Österreichs in Norddeutschland mit aller Schärfe vor. Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt am Main wurden annektiert, lediglich Sachsen blieb unangetastet, weil sowohl Frankreich wie Österreich darauf bestanden hatten. Erstmals war damit zwischen Maas und Memel ein geschlossenes preußisches Staatsgebiet entstanden.

Der Norddeutsche Bund stellte im Prozess der deutschen Einigung eine Zwischenstufe dar, die von den europäischen Mächten, und insbesondere von Frankreich, gerade noch hingenommen wurde. Das Bundesgebiet umfasste eine Fläche von rund 415 000 km² mit 30 Millionen Einwohnern. Die Hegemonie Preußens war eindeutig. Der König von Preußen wurde erblicher Präsident des Bundes. Ihm zur Seite stand der Bundesrat, bestehend aus den Vertretern der einzelnen Bundesstaaten, in dem der vom Präsidenten des Bundes ernannte Kanzler den Vorsitz einnahm. Kanzler wurde der preußische Ministerpräsident Bismarck. Der Bundesrat war das eigentliche Regierungsorgan des Bundes, von den 43 Mitgliedern hatte Preußen zwar mit 17 Delegierten den Vorrang, besaß aber nicht die Mehrheit.

An der Gesetzgebung war neben dem Bundesrat der aus allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen hervorgegangene Reichstag beteiligt. Mit der Verwirklichung dieses alten und vorrangigsten Zieles der liberalen Bewegung, der aus freien Wahlen hervorgegangenen Volksvertretung, gewann Bismarck viele der Liberalen, die bisher zu ihm in scharfer Opposition gestanden hatten. Fast gleichzeitig konnte er den seit 1862 bestehenden Konflikt mit dem preußischen Abgeordnetenhaus (*preußischer Verfassungskonflikt*, ► 8.10) um die Bewilligung des Staatshaushalts bereinigen. Mit der von ihm eingebrachten Indemnitätsvorlage gestand er den Bruch der Verfassung seit 1862 ein und erreichte die nachträgliche Billigung der Staatshaushalte durch das Parlament.

Nach langen Verhandlungen und teilweise heftigen Auseinandersetzungen wurde am 17. April 1867 mit überwältigender Mehrheit die Verfassung des Norddeutschen Bundes angenommen; am 1. Juli 1867 trat sie in Kraft. Mit den föderalistischen (Bundesrat) und liberalen Elementen (Reichstag, freie, allgemeine Wahlen) suchte Bismarck sowohl die süddeutschen Fürsten zum Beitritt zu reizen als auch die öffentliche Meinung in Deutschland für seinen

Weg der deutschen »Einigung von oben« zu gewinnen. Die Napoleon III. gegebene Zusage, mit den Einigungsbestrebungen an der Mainlinie Halt zu machen, hintertrieb Bismarck durch die mit den süddeutschen Staaten geschlossenen geheimen Schutz- und Trutzbündnisse, die im Falle einer militärischen Auseinandersetzung mit Frankreich die süddeutschen Truppen unter das Kommando des preußischen Königs stellten. Wirtschaftlich zusammengehalten wurde Deutschland durch eine Reform des *Deutschen Zollvereins* (►7.13) und durch das Zollparlament.

8.16 Spaltung des Liberalismus

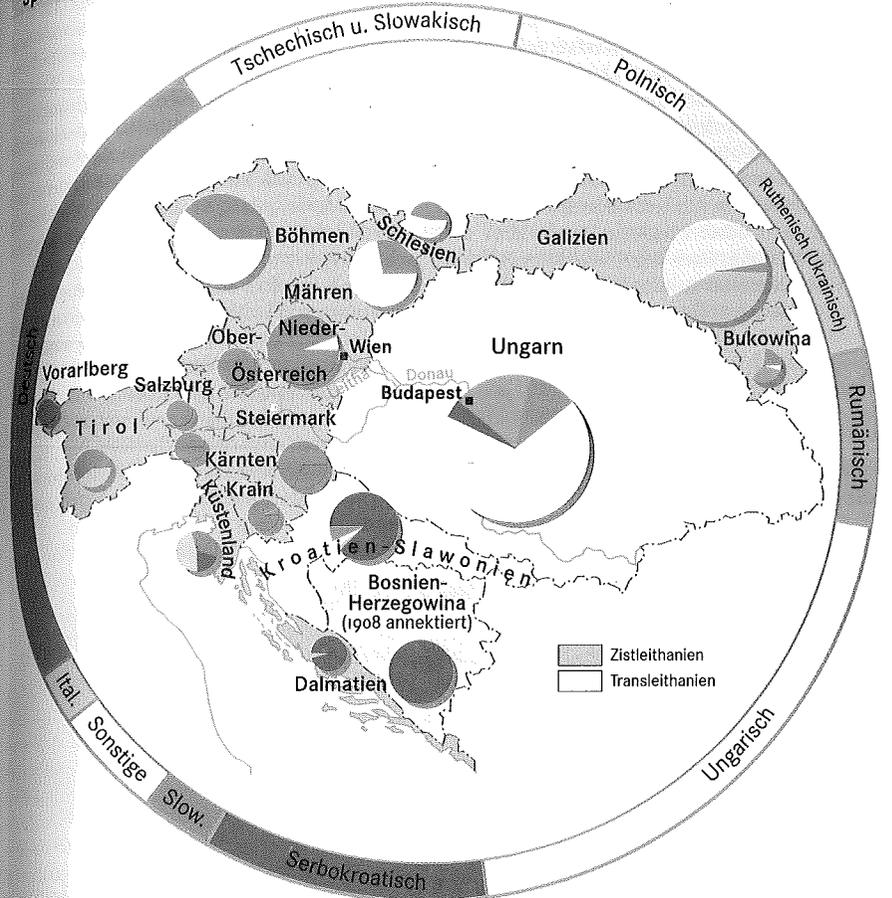
Der Ausgang des *Deutschen Krieges* (►8.14) und die Ergebnisse des Friedensschlusses führten in der öffentlichen Meinung zu einer Wandlung des Urteils über die bismarcksche Politik. Es war unzweifelhaft, dass durch die Kriege von 1864 und 1866 die deutsche Frage ein gutes Stück vorangekommen und Bismarck im Begriff war, die deutsche Einheit, den 1848 vergeblich erträumten Zusammenschluss, zustande zu bringen. Aus dem verhassten, reaktionären »Konfliktminister« war auch für viele führende Liberale ein Staatsmann von besonderem Format geworden, dessen Politik außerordentlich erfolgreich war. Es war zwar offensichtlich, dass Bismarck die Verwirklichung des deutschen Nationalstaates »von oben« durch den Zusammenschluss der Fürsten anstrebte, doch die Einbeziehung einer aus freien Wahlen hervorgegangenen Volksvertretung in die Verfassung des *Norddeutschen Bundes* (►8.15) war für die liberale Bewegung ein breites Betätigungsfeld für die Mitarbeit am Staat, das genutzt werden musste. Zudem gab der preußische Ministerpräsident mit der Einbringung der Indemnitätsvorlage (►8.15) im preußischen Abgeordnetenhaus ein weiteres Zeichen dafür, dass er gewillt war, den inneren Frieden wieder herzustellen. Aus jenen Liberalen, die sich jetzt hinter Bismarck stellten, entstand im November 1866 eine »Neue Fraktion der nationalen Partei«. Aus ihr ging im März 1867 die Nationalliberale Partei des konstituierenden Norddeutschen Reichstages unter der Führung von Rudolf von Bennigsen hervor. In sie traten auch

Männer und Gruppen aus den von Preußen annektierten Gebieten (v. a. Hannover) ein. Im Reichstag des Norddeutschen Bundes wurde die Nationalliberale Partei vor allem die Partei auf die sich Bismarck stützen konnte, sie wurde die »Reichsgründungspartei«. Während sie ihre soziale Basis im Wesentlichen im aufstrebenden Bürgertum hatte (Industrie, Bankiers, protestantisches Bildungsbürgertum), rekrutierte sie die in der Opposition verbleibende *Deutsche Fortschrittspartei* (►8.9) aus Teilen des Mittelstandes und des Kleinbürgertums. Eine Spaltung vollzog sich auch bei den Konservativen. Während die Altkonservativen zwar die außenpolitischen Erfolge und militärischen Siege begrüßten, aber jede Form von Parlamentarisierung ablehnten, löste sich von ihnen anlässlich der Indemnitätsvorlage eine Gruppe gemäßigt konservativer Abgeordneter, die sich zur Freikonservativen Partei (ab 1871 unter dem Namen *Deutsche Reichspartei*) zusammenschlossen.

8.17 Österreichisch-ungarischer Ausgleich

Der Verlust der Vormachtstellung im Deutschen Bund nach der Niederlage von 1866 (*Deutscher Krieg*, ►8.14), die den österreichischen Kaiserstaat aus der reichsdeutschen Entwicklung zum deutschen Nationalstaat ausgeschlossen hatte, zwang die Wiener Regierung, sich auf die Probleme des Vielvölkerstaates zu konzentrieren. Seit der Revolution von 1848 waren die nichtdeutschen Bevölkerungsteile unruhig und forderten Autonomie. Vor allem musste man mit den eine Sonderstellung einnehmenden Ungarn zu einem Ausgleich kommen. Nach verhältnismäßig kurzen Verhandlungen kam im Februar 1867 der österreichisch-ungarische Ausgleich zustande. Ungarn erhielt am 18. Februar wieder ein eigenes Ministerium, ebenso wurde am 27. Februar der ungarische Reichstag wieder hergestellt. Mit diesem Ausgleich wurde das Kaiserreich in zwei gleichberechtigte und weitgehend selbstständige Reichsteile aufgegliedert, die nur durch die Person des Herrschers und durch die Verwaltung der gemeinsamen Angelegenheiten – Außenpolitik, Verteidigung und Finanzen – miteinander verbunden waren. Am 8. Juni 1867 wurde Kaiser Franz Joseph auch

Sprachgruppen im Habsburgerreich 1910



Die Größe der einzelnen Flächenkreise entspricht der Bevölkerungszahl der jeweiligen Reichsteile.

Deutsch	23,9%	Ruthenisch (Ukrainisch)	7,9%
Ungarisch	20,2%	Slowenisch	2,6%
Tschechisch u. Slowakisch	12,6%	Italienisch	2,0%
Serbokroatisch	10,3%	Rumänisch	6,4%
Polnisch	10,0%	Sonstige	4,1%

zum König von Ungarn gekrönt. Damit war aus dem habsburgischen Kaiserstaat die Doppelmonarchie Österreich-Ungarn entstanden. Da die Grenze zwischen beiden Reichsteilen der Fluss Leitha bildete, hießen die Reichsteile Cisleithanien und Transleithanien. In Cisleithanien hatte das deutsche Element die Führung, obwohl auch Tschechen, Polen, Slowenen dazugehörten. In Transleithanien beanspruchten

die Ungarn alle Vorrechte, obwohl hier ebenfalls andere, vorwiegend slawische Völker sowie Rumänen und Siebenbürgendeutsche einbezogen waren. Auf Widerstand stieß der Ausgleich vor allem bei den slawischen Völkern, denn sie fühlten sich keineswegs in ihren Interessen berücksichtigt. Bei ihnen setzte sich mehr und mehr der Gedanke des Panslawismus durch, der die Vereinigung aller Slawen zum

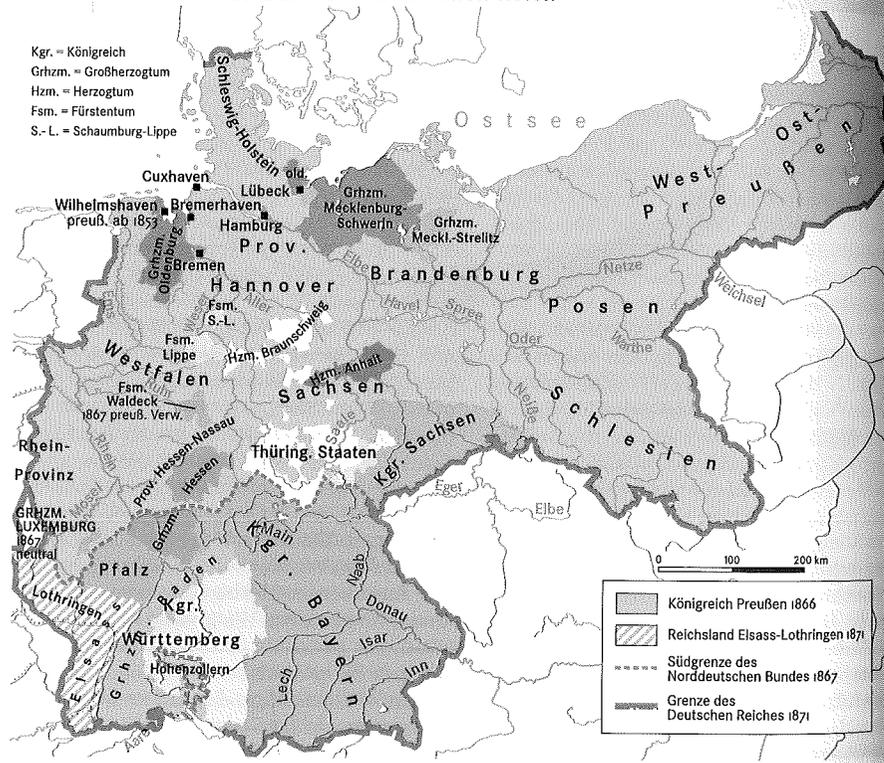
Ziel hatte und wesentlich von Russland beeinflusst war. Der Reichsteil Österreich (= Cisleithanien) erhielt im Dezember 1867 eine Verfassung, die bis zum Ende der Donaumonarchie im November 1918 in Kraft blieb. Die in der Verfassung garantierte Gleichberechtigung aller Nationalitäten hätte zu einer bundesstaatlichen Entwicklung führen können, doch waren das Festhalten an Althergebrachtem und die Autonomiebestrebungen der Völker zu große Hindernisse auf diesem Weg. Am Ende des 1. Weltkrieges brach der Vielvölkerstaat auseinander, die nichtdeutschen Gebiete wurden selbstständige Staaten.

8.18 Die süddeutschen Staaten und Bismarcks Einigungspolitik

Mit der Gründung des Norddeutschen Bundes (► 8.15) hatte Bismarck die Einheit Deutsch-

lands nördlich der Mainlinie vollzogen. Dieser Akt konnte nur eine Zwischenstufe auf dem Wege zur Einigung Gesamtdeutschlands darstellen. Aber nach dem Krieg mit Österreich besaß Preußen aufgrund seiner harten Annexionspolitik nördlich des Mains in den süddeutschen Staaten noch weniger Sympathien als vorher. Da Bismarck die süddeutschen Staaten mit den französischen Gebietsforderungen konfrontierte, gelang es ihm in Einzelverhandlungen, Schutz- und Trutzbündnisse abzuschließen (Norddeutscher Bund, ► 8.15). Bismarck erhoffte sich von der weiteren Entwicklung ein allmähliches Zusammenwachsen des Nordens mit dem Süden, einmal wegen der Anziehungskraft der Verfassung des Norddeutschen Bundes, die starke liberale Elemente in sich aufgenommen hatte und andererseits den Einzelstaaten einen ausreichenden Freiraum im Bundesrat anbot, zum anderen vertraute er auf die verbindende Kraft der wirtschaftlichen Inter-

Vom Norddeutschen Bund zum Deutschen Reich



Die Neuordnung des Deutschen Zollvereins im Juni 1867 mit der Einrichtung eines Zollbundesrates und eines Zollparlamentes, die durch Mehrheitsbeschlüsse die gesetzgeberische Arbeit im wirtschaftspolitischen Bereich zu vollziehen hatten, sollte die Zusammenarbeit zwischen dem Norddeutschen Bund und den Süddeutschen intensivieren. In den Wahlen zum Zollparlament erlitten jedoch die die preußische Politik befürwortenden Parteien in Bayern und Württemberg empfindliche Niederlagen. In Baden siegten die den Anschluss an den Norddeutschen Bund fordernden Kräfte – auch der Großherzog hatte sich für den Eintritt in den Norddeutschen Bund ausgesprochen – nur knapp über ihre Gegner, lediglich in Hessen-Darmstadt war der Sieg der propreußischen Partei eindeutig. Mit einer starken antipreußischen Fraktion traten die Süddeutschen in das Zollparlament ein, wo sie sich mit den norddeutschen Oppositionellen – bestehend aus Altkonservativen, hannoverschen Welfen, Katholiken und Polen – zu einer starken Oppositionsgruppe vereinigten. Durch das Ergebnis der Zollparlamentswahlen war der Elan der deutschen Einigungsbewegung stark beeinträchtigt worden. Erst das aggressive französische Vorgehen gegenüber Preußen in der Frage der spanischen Thronkandidatur (Emser Depesche, ► 8.20) veränderte die Situation für Preußen grundlegend. Es schuf nämlich in Deutschland ein verbindendes nationales Gemeinschaftsgefühl und ließ die Bündnisverträge wirksam werden. Die von Bismarck noch während des Krieges mit Frankreich in Verhandlungen mit den Fürsten der süddeutschen Staaten erreichte Reichsgründung (► 8.22) wurde von der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes mitgetragen.

8.19 Gewerbefreiheit und Gewerkschaften

Der Norddeutsche Bund gewann auch bei der Vereinheitlichung der Wirtschafts- und Sozialpolitik Bedeutung. Seine Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 – sie wurde 1871 als Reichsgewerbeordnung für das Deutsche Reich übernommen – führte in allen Mitgliedsstaaten die Gewerbefreiheit ein. Damit hatte nun jeder Mann und jede Frau das Recht, ein Gewerbe zu

betreiben, soweit nicht gesetzliche Ausnahmen oder Beschränkungen bestanden. Der Zwang und die Abhängigkeit des Gewerbetreibenden von behördlicher Konzession wurden aufgehoben; eine zentrale Forderung der Liberalen wurde damit verwirklicht. Die Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund hob auch alle Verbote auf, die sich gegen das Koalitionsrecht richteten. So hatte die preußische Gewerbeordnung von 1845 die Bildung von Verbindungen unter Arbeitern, Gesellen, Gehilfen oder Lehrlingen unter Geld- bzw. Gefängnisstrafe gestellt und den Streik mit Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr bedroht. Nach der Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes nun hatten Unternehmer und Arbeitnehmer das Recht, zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen Verabredungen zu treffen und Vereinigungen zu bilden. Schön im Zusammenhang mit der Revolution von 1848/49 waren einzelne gewerkschaftliche Vereinigungen gegründet worden, die sich 1848 in der »Allgemeinen deutschen Arbeiterverbrüderung« zusammenschlossen, seit den 1850er-Jahren aber von den deutschen Bundesstaaten verfolgt wurden. Einen Neuanfang bildete die Gründung des »Allgemeinen Deutschen Zigarrenarbeitervereins« 1865 und des »Deutschen Buchdruckerverbandes« 1866. Den Buchdruckern gelang es auch, 1873 den ersten Tarifvertrag abzuschließen. Bereits Ende der 1860er-Jahre waren die deutschen Gewerkschaften politisch gespalten: Den »freien«, sozialistisch orientierten Gewerkschaften standen die nach ihren Gründern benannten Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine gegenüber, die bei liberaler Grundorientierung politisch unabhängig waren; Mitte der 1890er-Jahre kamen die christlichen Gewerkschaften als dritte Richtung hinzu. Durch das Sozialistengesetz von 1878 (► 8.30) wurde die legale Gewerkschaftsarbeit zunächst zerschlagen. Nach seiner Aufhebung stellten die freien Gewerkschaften ihre Organisation auf eine neue Grundlage. Sie schlossen sich 1890 in der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zusammen, deren Vorsitzender Carl Legien wurde. Die freien Gewerkschaften wurden nun Massenorganisationen; 1913 umfassten sie über 2,5 Millionen Mitglieder (christliche Gewerkschaften: 343 000; Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine 1914: 107 000). Während die Tarifverträge ihren Einzug in Bereiche der Klein- und Mittelin-

dustrie hielten, gelang es den Gewerkschaften bis 1918 nicht, mit Großunternehmen Tarifverträge abzuschließen. Erst im Zuge der Novemberrevolution erreichten die Gewerkschaften im Abkommen über die Zentralarbeitsgemeinschaft vom 15. November 1918 ihre Anerkennung als legitime Interessenvertreter der lohnabhängig Beschäftigten.

8.20 Emser Depesche

Die öffentliche Meinung in Frankreich hatte den raschen Sieg Preußens über Österreich 1866 bei Königgrätz-Sadowa (Deutscher Krieg, ▶ 8.14) wie eine französische Niederlage empfunden. Die schnell zustande gekommene Friedensregelung zwischen den beiden deutschen Großmächten hatte es Napoleon III. unmöglich gemacht, als Vermittler tätig zu werden und als »Kompensation« linksrheinische Gebiete für Frankreich zu fordern. Sein Versuch, über den

*Grüßworte zu geben, wenn die
Gefesselten auf ihre Landstände
sich zu näherten, zu pöbeln.
Der Majestät der König hat es aber
auf abgelehnt, den Antrag, die
König zu empfangen,
und demselben... sagen
lassen, daß S. M. dem Botschafter
nichts weiter mitzuteilen habe.*

▲ Mit der Veröffentlichung der von ihm redigierten, stark gestrafften »Emser Depesche« verleitete Bismarck die französische Regierung zur Kriegserklärung an Preußen. Der Schlusssatz lautete: »Seine Majestät der König hat es darauf abgelehnt, den fran- zös(ischen) Botschafter nochmals zu empfangen, und demselben... sagen lassen, daß S. M. dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen habe.«

König von Holland das Großherzogtum Luxemburg zu erhalten, scheiterte am internationalen Einspruch. Nachdem die Luxemburg-Krise eine Zeit lang den Krieg zwischen Frankreich und Preußen/Deutschland in greifbare Nähe gerückt hatte, wurde auf der Londoner Konferenz vom 7. bis 11. Mai 1867 die Unabhängigkeit und Neutralität Luxemburgs von den Großmächten gemeinsam garantiert.

Die Beziehungen zwischen Frankreich und Preußen bzw. dem Norddeutschen Bund blieben weiterhin gespannt. Frankreich suchte durch Bündnisverhandlungen mit Österreich und Italien Preußen einzukreisen. Erheblich verschärft wurde die politische Situation ab 1869 und nochmals 1870 der katholischen Linie Hohenzollern-Sigmaringen die spanische Krone angeboten wurde. Bismarck erkannte in dem sich zuspitzenden Konflikt eine Chance, die französisch-österreichischen Bündnisverhandlungen zu hintertreiben, und setzte die Annahme der spanischen Krone durch Erbprinz Leopold durch. Anfang Juli 1870 wurde dies bekannt und ließ die französisch-preussischen Spannungen wachsen. Um die Krise nicht weiter zu verschärfen, verzichtete die Familie Hohenzollern-Sigmaringen nach Abstimmung mit dem preussischen König schließlich auf die Thronkandidatur. Frankreich verlangte nun jedoch von König Wilhelm I. eine Garantie für den Verzicht des Hauses Hohenzollern auf die Krone Spaniens für alle Zeiten. Der preussische König wies den französischen Botschafter Benedetti ab, der ihn in Bad Ems wiederholt zu einer definitiven Aussage drängte, und verweigerte eine weitere Unterredung.

Telegrafisch teilte er diese Vorgänge Bismarck mit und überließ es ihm, die Presse »in geeigneter Form« zu unterrichten. Bismarck veröffentlichte diese »Emser Depesche« in stark verkürzter Form und stellte damit die französische Regierung mit ihren überzogenen Forderungen vor aller Welt bloß. Mit der Veröffentlichung der Emser Depesche veränderte sich die psychologische Situation in Deutschland grundlegend. Die öffentliche Meinung sah die Vorgänge nicht mehr als ein dynastisches Gerangel an, sondern als eine alle Deutschen erfassende nationale Angelegenheit. Die französische Regierung musste unter dem Druck der aufgebrachtten Stimmung im eigenen Land mobilmachen und erklärte am 19. Juli 1870 Preußen den Krieg.

Aber es wurde ein Krieg gegen das ganze Deutschland, weil mit der französischen Kriegserklärung für die süddeutschen Staaten der »casus belli« gegeben war und die 1866 mit Preußen geschlossenen Bündnisverträge in Kraft traten.

8.21 Deutsch-Französischer Krieg

Mit der Veröffentlichung der von Bismarck verkürzten und damit im Ton verschärften Emser Depesche (▶ 8.20) und der daraufhin ausgesprochenen französischen Kriegserklärung an Preußen war das von Bismarck durchaus einkalkulierte Ereignis eingetreten, mit dem die letzte Phase des deutschen Einigungsprozesses eingeleitet werden konnte. Für die süddeutschen Staaten war der Bündnisfall aufgrund der Verträge von 1866 gegeben. Unter preußischem Oberbefehl standen jetzt nicht nur die preussisch-norddeutschen Armeen, sondern ebenso die bayerischen, württembergischen und badischen Truppen. Das nationale Solidaritätsgefühl vereinigte nicht nur die Soldaten, sondern auch die Bevölkerung.

Frankreich war international isoliert, teils durch eigenes Verschulden infolge seines aggressiven, taktisch ungeschickten Vorgehens, teils durch Bismarcks diplomatisch meisterhaftes Spiel, durch das das französische Kaiserreich in seinem Streben nach Machterweiterung vor der Welt bloßgestellt worden war. So waren die Sympathien der europäischen Völker zunächst auf preußisch-deutscher Seite; die Großmächte – beschäftigt mit eigenen inneren Problemen – blieben neutral.

Die mit der französischen Kriegserklärung vom 19. Juli 1870 begonnene militärische Auseinandersetzung verlief in zwei voneinander sehr verschiedenen Phasen ab. Die erste gipfelte nach einer Serie von teilweise verlustreichen, aber für die deutschen Armeen erfolgreichen Angriffsschlachten in der Kapitulation des Hauptteils der französischen Armee am 1. September 1870 in Sedan, bei der auch Napoleon III. in Gefangenschaft geriet. Die zweite begann mit der Ausrufung der Republik am 4. September 1870 und dem von der französischen Bevölkerung geführten Volkskrieg, der die Sympathien der neutralen Staaten für sich gewinnen konnte. Bismarck musste daher den

Krieg ebenso wie 1866 möglichst schnell beenden und dies gegen den Widerstand des Militärs durchsetzen. Der französische Widerstand, der sich vor allem gegen die geforderte Abtretung des Elsass und eines Teiles von Lothringen richtete, wurde erst durch die Belagerung und Beschließung von Paris gebrochen. Am 28. Januar 1871 wurde der Waffenstillstand, am 26. Februar 1871 der Vorfriede von Versailles geschlossen. Der endgültige Friede mit den Bestimmungen über den Umfang des abzutretenden Gebietes, des zukünftigen Reichslandes Elsass-Lothringen (▶ 8.24), und das Ausmaß der Kriegsschädigung – 5 Milliarden Francs – wurde am 10. Mai 1871 in Frankfurt am Main unterzeichnet.

Die französische Niederlage und vor allem der Verlust Elsass-Lothringens belasteten die Beziehungen zwischen dem neuen Deutschen Reich und Frankreich in den folgenden Jahrzehnten schwer und verhinderten die Aussöhnung zwischen den beiden Völkern.

8.22 Reichsgründung

Die französische Kriegserklärung an Preußen am 19. Juli 1870 ließ in Deutschland ein verbindendes Gefühl des gemeinsamen nationalen Schicksals entstehen, das sich im Kriegsverlauf zum Patriotismus steigerte.

Bismarck konnte nun die deutsche Nationalbewegung in seine Einigungspläne mit einbeziehen. Noch während der Kampfhandlungen nahm er Gespräche mit den süddeutschen Staaten über deren Beitritt zum Norddeutschen Bund (▶ 8.15) auf. Es gelang ihm, die Delegationen der süddeutschen Staaten voneinander zu isolieren und mit jedem Staat getrennt über die Gestaltung des zukünftigen Deutschen Reiches zu verhandeln, wobei er vor allem Bayern weit gehende Zugeständnisse hinsichtlich der Hoheitsrechte machte. Erst nachdem in zähen Verhandlungen Bayern und Württemberg eine Reihe von Reservatrechten (Militärhoheit im Frieden, eigene Post- und Eisenbahnverwaltung) zugesprochen worden waren, fand sich der bayerische König bereit, den offiziellen Antrag an den preussischen König zu richten, aus der Hand aller deutschen Fürsten die Kaiserkrone entgegenzunehmen.

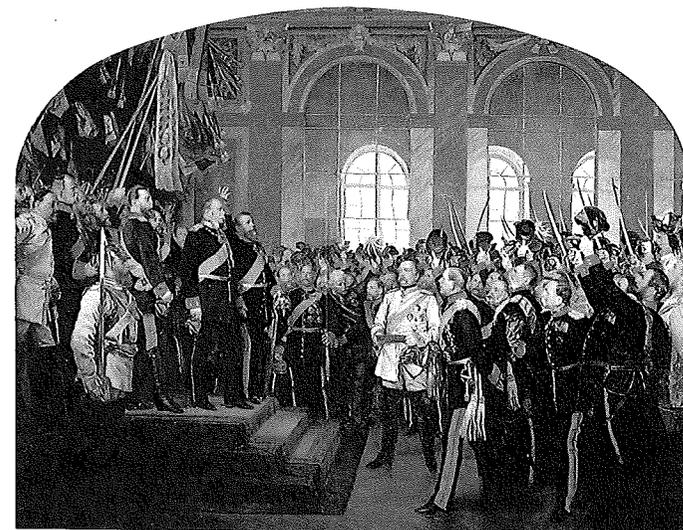
Mit der Wiederaufnahme des Kaisertitels ging Bismarck auf die nationalen Gefühle des Bürgertums ein, das seit 1848/49 die deutsche Ein-

heit mit dem Kaisertum verband. Gleichzeitig hatte der Titel »Deutscher Kaiser«, den der bayerische König Ludwig in seinem Brief benutzte, für Bismarck den Vorteil, dass die empfindlichen eigenstaatlichen Gefühle vor allem der Bayern geschont wurden und die preußische Vormachtstellung in dem neuen Reich verhüllt wurde. Der preußische König allerdings musste erst dazu überredet werden, die Kaiserkrone und den nach seiner Meinung nichts sagenden Titel »Deutscher Kaiser« anzunehmen. Für ihn war das preußische Königtum das gewachsene und von Gott verliehene Herrscheramt, dessen Glanz nicht durch den neuen Titel verdeckt werden sollte. Am 18. Januar 1871 fand im Spiegelsaal des Versailler Schlosses die Kaiserproklamation statt, während noch die deutschen Armeen vor Paris standen. Der Maler Anton von Werner hat das Ereignis in einem Monumentalgemälde festgehalten. Es zeigt den Augenblick der Ausrufung des preußischen Königs zum Deutschen Kaiser durch den Großherzog Friedrich von Baden, nachdem Bismarck gerade (in weißer Kürassieruniform) die Proklamation verlesen hatte. Das Bild gibt sehr deutlich den Charakter der Reichsgründung wieder. Es ist eine Versammlung von Fürsten und hohen Generalen, die ebenfalls anwesende Delegation von Abgeordneten des Norddeutschen Reichstags erscheint im Bild nicht. Bismarck hatte mit der Reichsgründung weitgehend die Wünsche der meisten national ge-

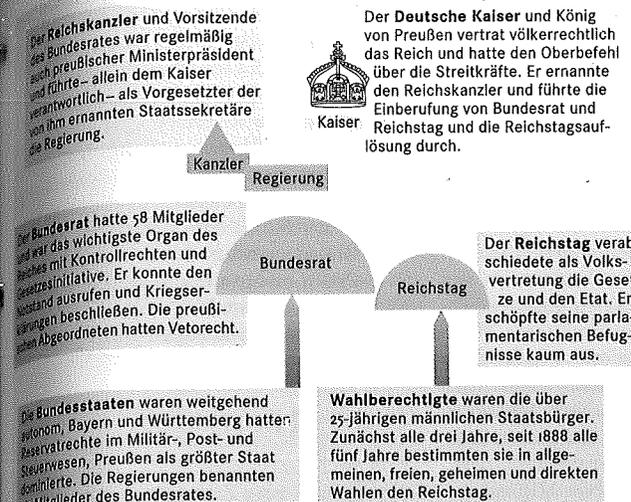
sinnten Deutschen erfüllt, aber er vollzog diesen Akt ohne aktive Teilnahme der Volksvertretung.

8.23 Reichsverfassung

Die Reichsverfassung entsprach im Wesentlichen der Verfassung des Norddeutschen Bundes (► 8.15), abgesehen von einigen Änderungen, die vor allem die Sonderrechte der süddeutschen Staaten betrafen. Die preußische Führungsspitze blieb weiterhin ungeschmälert bestehen; der Kaiser, zugleich König von Preußen, führte den Vorsitz im Bundesrat. Bismarck blieb als Reichskanzler auch preußischer Ministerpräsident und Außenminister. Die Verfassung stattete den Kaiser mit dem Recht aus, den Reichskanzler zu ernennen (und auch zu entlassen) sowie den Reichstag einzuberufen, er konnte ihn auch wieder auflösen. Außerdem war er in Kriegszeiten der Oberbefehlshaber der Streitkräfte des Reiches. In dem ihm zur Seite stehenden Bundesrat wurde die Tradition des Bundestages des Deutschen Bundes (► 7.1) fortgesetzt. In ihm saßen die Vertreter der Landesfürsten und der drei Freien Städte. Dem Bundesrat nach war das neue Reich ein Fürstenbund wie der Deutsche Bund von 1815. Aber ihm gegenüber stand der aus allgemeinen und gleichen Wahlen hervorgegangene Reichstag als echte Vertretung der Gesamtheit des Volkes. Der überwiegenden



◀ Die Proklamation Wilhelms I. zum Deutschen Kaiser am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles wurde in diesem mehrfach wiederholten Historien-gemälde von Anton von Werner im offiziellen Prunkstil der Gründerzeit in Szene gesetzt (Baden-Baden, Neues Schloss)



◀ Die Verfassung des Deutschen Reiches 1871–1918

Mehrheit der Bürger erschien deshalb die Reichsverfassung als ein wesentlicher Fortschritt im Vergleich mit dem bisherigen Zustand im Deutschen Bund, obwohl dem Parlament außer der Teilnahme an der Gesetzgebung durchgreifende Entscheidungsfunktionen vorbehalten blieben. Diese monarchisch-konservative, konstitutionelle Reichsverfassung wurde bis in die letzten Wochen des 1. Weltkrieges beibehalten. Erst im Oktober 1918 (mit der so genannten Oktoberverfassung) erfolgte die Bindung des Reichskanzlers und der Staatssekretäre der Reichsämer an das Vertrauen des Parlamentes, aber diese Änderung kam zu spät, sie wurde schon wenige Wochen später durch die Revolution vom 9. November 1918 (► 10.1) abgelöst.

8.24 Reichsland Elsass-Lothringen

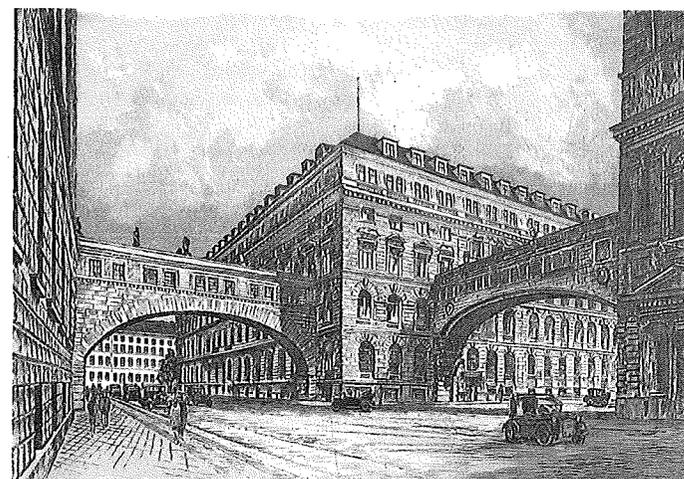
Erst im Laufe der Kampfhandlungen während des Deutsch-Französischen Krieges (► 8.21) und zunehmend mit den militärischen Erfolgen entstand in Deutschland die Forderung, im zukünftigen Frieden müsse das besiegte Frankreich Gebiete an das Deutsche Reich abtreten. Die Blicke richteten sich auf das Elsass und auf Lothringen. Die Generale führten Sicherheitsüberlegungen ins Feld, der Erwerb des elsässi-

schen Gebietes würde die süddeutschen Grenzen sicherer machen, die nationale Bewegung verlangte die Rückkehr der erst vor rund 200 Jahren zu Frankreich gekommenen deutschsprachigen Länder. Bismarck folgte mit der Annexion Elsass-Lothringens im Friedensvertrag 1871 in Frankfurt den strategischen Überlegungen des Militärs, dass der Besitz der rheinwärts gelegenen Höhen der Vogesen und der Festungen Metz und Straßburg künftig die Bedrohung Süddeutschlands unmöglich machen würde. Er hatte bei dieser territorialen Forderung aber auch die deutsche Nationalbewegung im Auge und versprach sich eine endgültige Überwindung der unterschwellig noch immer vorhandenen anti-preußischen Einstellung in der süddeutschen Bevölkerung. Die Elsässer und Lothringer ihrerseits wollten lieber bei Frankreich bleiben, nur wenige begrüßten die Annexion als Heimkehr in das gemeinsame Vaterland. Staatsrechtlich erhielt das Reichsland nicht die gleiche bundesstaatliche Stellung wie die deutschen Fürstenstaaten, sondern wurde zunächst wie eine preußische Provinz verwaltet. Es gelang der Verwaltung indes nicht, die Bevölkerung in ihrer Mehrheit zu integrieren, vielmehr versteifte sich die Protesthaltung der Bevölkerung zunehmend. Außenpolitisch wurde mit der Annexion Elsass-Lothringens der Grund zu einem neuen

Krieg gelegt. Frankreich betrachtete die annektierten Gebiete als Teil der französischen Nation und vermochte den Verlust nicht zu vermeiden. Sein Bestreben war es, einen neuen Waffengang vorzubereiten, dann aber mit starken Bündnispartnern an seiner Seite.

8.25 Gründerjahre

Die ersten Jahre nach der *Reichsgründung* (► 8.22) und der Beendigung des *Deutsch-Französischen Krieges* (► 8.21) waren im neu entstandenen Deutschen Reich gekennzeichnet durch einen außerordentlichen Wirtschaftsaufschwung. Ausgelöst wurde diese Entwicklung vor allem durch die nach Deutschland einströmenden fünf Milliarden Francs aus der französischen Kriegsentschädigung. In relativ kurzer Zeit bezahlt, überschwemmten die französischen Milliarden – ein Mehrfaches der in den deutschen Ländern umlaufenden Geldmenge – den deutschen Finanzmarkt. Hinzu kamen der durch die Reichsgründung gewonnene Großwirtschaftsraum, der einen weiteren Zollabbau ermöglichte, frühe Maßnahmen des neuen Staates wie einheitliche Handelsgesetzgebung, Vereinheitlichung des Münzwesens, der Maße und Gewichte und die Gründung der Reichsbank. Diese stürmische wirtschaftliche Entwicklung der Gründerjahre beschleunigte den Ausbau der Industrie und des Eisenbahnnetzes und intensivierte den Aufschwung der Großbanken und des Handels. Eine rege Bautätigkeit setzte



◀ Die so genannten Gründerjahre sahen in Deutschland eine rasante wirtschaftliche Entwicklung, die sich u. a. in einer Expansion des Bankwesens und in einer nicht zu bremsenden Bautätigkeit widerspiegelte. Als Symbol hierfür kann dieses Bild des 1889/91 erstellten Neubaus der Deutschen Bank in Berlin gelten

ein und steigerte sich rasch in ein regelrechtes »Baufieber«. Der Geldüberhang auf dem deutschen Kapitalmarkt verursachte ein Überschäumen der Spekulation und löste ein hemmungsloses Gewinnstreben aus. In kurzer Zeit wurden über 850 neue Aktiengesellschaften neben anderen zahlreichen Firmen gegründet. Nicht wenige unter ihnen waren unsolide Unternehmungen. Schon 1873 führte eine allgemeine Weltwirtschaftskrise zu einem Kurssturz an der Börse zum Zusammenbruch von Banken und vielen Firmengründungen. Eine mehrere Jahre anhaltende Depression löste die Hochkonjunktur der so genannten Gründerjahre ab.

8.26 Kulturkampf

Bald nach der Gründung des Deutschen Reiches kam es zum Zusammenstoß mit der katholischen Kirche, genauer mit dem politischen Katholizismus. Eine katholische Parteigruppierung hatte es bereits 1848 in der *Frankfurter Nationalversammlung* (► 7.18) gegeben. 1870 entstand im preußischen Abgeordnetenhaus aus der katholischen Fraktion das Zentrum (► 8.27), das 1871 als zweitstärkste Fraktion in den Reichstag einzog.

Bismarck stand der neuen konfessionellen Partei mit großem Misstrauen gegenüber. Für ihn stand sie als katholische Gruppierung von vornherein in Opposition zu dem neuen Staat und seinem evangelischen Kaisertum. In ihr sammelten sich nach seiner Meinung die »Be-

siegten von 1866«, die Gegner der kleindeutschen Reichsbildung, die hannoverschen Welten, die Polen aus den östlichen preußischen Provinzen, später auch die Elsässer. Bismarck befürchtete immer eine Verbindung der katholischen Zentrumsparterie zu den katholischen Mächten Frankreich und Österreich. Im Juli 1871 wurde als erste Maßnahme die katholische Abteilung im preußischen Kultusministerium geschlossen. In dem sich allmählich verschärfenden »Kulturkampf« – diesen Begriff prägte der Führer der Fortschrittspartei, Rudolf Virchow, in einem Wahlauftritt – wurde im Dezember 1871 der so genannte Kanzelparagraph als Reichsgesetz eingeführt. Danach waren Geistliche, die bei der Ausübung ihres Amtes von der Kanzel herab staatliche Angelegenheiten »in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise« kommentierten, mit Amtsentlassung und Gefängnis bedroht. Mit dem Schulaufsichtsgesetz vom März 1872 wurde der Kirche die geistliche Aufsicht über die Schulen entzogen und in Preußen durch die staatliche Schulaufsicht ersetzt.

Bundesrat und Reichstag beschlossen 1872 das Verbot des Jesuitenordens innerhalb des Reichsgebiets. Weitere Maßnahmen dehnten das staatliche Aufsichtsrecht aus und schränkten die kirchliche Disziplinargewalt ein. Der Staat behielt sich ein Einspruchsrecht bei der Anstellung von Geistlichen vor (1873); so mussten Geistliche vor Amtsantritt z. B. ein »Kulturexamen« ablegen, das ein Studium an einer deutschen Universität voraussetzte. 1875 wurde die Zivilehe als allein gültige Ehe eingeführt und alle geistlichen Orden mit Ausnahme reiner Krankenpflegeorden verboten. Weitere Gesetze sperrten die staatlichen Geldzuwendungen an die katholische Kirche und beteiligten die Altkatholiken am kirchlichen Vermögen. Zeitweise waren ein Viertel der Pfarreien und alle Bistümer nicht besetzt, da viele Priester ihrer Ämter enthoben, verhaftet oder ins Ausland geflohen waren.

Die Absicht Bismarcks, mit diesen kirchenpolitischen Maßnahmen das Zentrum zu zerschlagen, schlug fehl. Der Kulturkampf führte im Gegenteil zu einem stärkeren Zusammenschluss der katholischen Bevölkerung mit ihrer in Not geratenen Geistlichkeit. Bei den Reichstagswahlen 1874 konnte die Zentrumsparterie ihre Stimmzahl mehr als verdoppeln. So führte der Kulturkampf zu einer schweren in-

nenpolitischen Niederlage Bismarcks und der liberalen Bewegung. Er strebte deshalb, als 1878 Papst Pius IX. starb und sein Nachfolger Leo XIII. Anzeichen von Kompromissbereitschaft erkennen ließ, die Beendigung des Kulturkampfes an. Die meisten Maßnahmen wurden wieder aufgehoben, bestehen blieben der Kanzelparagraph (bis zu seiner Aufhebung durch den Deutschen Bundestag 1953), die Zivilehe, die staatliche Schulaufsicht und bis 1917 die Jesuitengesetze.

8.27 Zentrum

Katholische Gruppen saßen bereits in den Landtagen und im Parlament der Paulskirche 1848/49. Sie hatten ihren Platz meist in der Mitte zwischen den konservativen auf der rechten, den liberalen und demokratischen Gruppierungen auf der linken Seite. Die Notwendigkeit, sich zu einer starken und dauerhaften Partei zur Vertretung der katholischen Interessen zusammenzuschließen, wurde in dem Augenblick als besonders dringlich angesehen, als sich mit der Bildung des *Norddeutschen Bundes* (► 8.15) die Entstehung eines Deutschen Reiches unter der Vorherrschaft des preußischen Protestantismus ankündigte.

Das Zentrum als politische Partei bildete sich 1870 aus der katholischen Fraktion im preußischen Abgeordnetenhaus und wurde bereits bei den ersten Reichstagswahlen 1871 mit 63 Mandaten hinter den Nationalliberalen die zweitstärkste Partei. Ihr Programm beschränkte sich auf das Eintreten für die Rechte der Kirche und einen föderativen Aufbau des Reiches mit garantierten Rechten der Bundesländer. Mit diesen Punkten geriet das Zentrum zwangsläufig in Frontstellung zu Bismarck und seinen kleindeutschen Plänen. Obwohl die Partei nicht ausdrücklich die Beschränkung auf die katholischen Bevölkerungsteile betonte, wurde sie doch vorwiegend ein Sammelbecken der Katholiken in Deutschland. Da in ihr Unternehmer und Arbeiter, Gutsbesitzer, Bauern und Landarbeiter Aufnahme fanden, war sie zugleich die erste echte Volkspartei. Zu ihr stießen auch die Polen aus den östlichen preußischen Provinzen und später die Elsässer. Ihr unumstrittener Führer wurde als brillanter Redner und Gegenspieler Bismarcks im *Kulturkampf* (► 8.26) und im Reichstag der frühere hannoversche Justizminister und Kronanwalt

Ludwig Windthorst, der Bismarck an Uner-schrockenheit und rednerischer Begabung durchaus gewachsen war.

Aus dem Kulturkampf ging die Zentrums-partei erheblich gestärkt hervor. Sie konnte ihren Stimmenanteil in der Reichstagswahl von 1874 gegenüber 1871 beträchtlich steigern und 91 Sitze gewinnen. Sie blieb eine der bedeutendsten Parteien des Kaiserreiches und der Weimar-er Republik. Nach dem Abklingen des Kultur-kampfes unterstützte sie Bismarcks Schutzzoll-politik 1879 und seine Sozialgesetzgebung. Das *Sozialistengesetz* (► 8.30) lehnte das Zentrum 1878 in Erinnerung an den Kulturkampf trotz seiner antisozialistischen und antiliberalen Ein-stellung zunächst ab und blieb – auch nach der Zustimmung durch einen Teil der Reichstags-fraktion 1880 – später einer der heftigsten Kriti-ker des Gesetzes.

Nach 1890 trat die konfessionelle Ausrichtung der Zentrums-partei zurück. Verbunden mit dieser Tendenz verstärkte sich jedoch die Flü-gelbildung innerhalb der Partei. Ihr bestes Wahlergebnis erreichte die Partei bei den Reichstagswahlen 1907, als sie 105 Mandate ge-winnen konnte. Einer kurzen Zeit der Opposi-tion 1906–1908 folgte das Zusammengehen mit den Konservativen, das die Reichstags-mehrheit in den Jahren bis zum 1. Weltkrieg be-stimmte.

8.28 Sozialdemokratie

Die politische Organisierung der Arbeiterbe-wegung in Deutschland begann am 23. Mai 1863 mit der Gründung des »Allgemeinen Deut-schen Arbeitervereins« durch Ferdinand Las-salle in Leipzig, der die schon vorher regional entstandenen Arbeiterbildungs- und Unter-stützungsvereine zusammenfasste. Lassalles Ziele waren die Gründung einer selbstständigen politischen Partei, allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht und die Einrichtung von Arbeiter-Produktionsgenossenschaften mit Unterstützung des Staates.

Ebenfalls 1863 entstand in Eisenach der liberal-demokratische »Vereinstag deutscher Arbeiter-vereine«, der zum Kern der 1869 in Eisenach ge-gründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpar-tei wurde. Ihre Organisation war streng demo-kratisch aufgebaut und hatte im Programm so-wohl Gedanken von *Karl Marx* (► 8.6) als auch von Ferdinand Lassalle. Sie betrachtete sich als

den deutschen Zweig der Internationalen Ar-beiterassoziation, der am 28. September 1864 in London gegründeten Ersten Internationalen. Beide Organisationen vereinigten sich 1875 in Gotha zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP). Schon in dieser frühen Phase der Parteientwicklung waren revolutionäre Strömungen marxischer Prägung und re-formerische, aus dem Gedankengut Lassalles hervorgegangene Ideen nebeneinander wirk-sam.

Im Gegensatz zu den anderen Parteien wurde die Sozialistische Arbeiterpartei, die sich 1890



▲ Wandteller zur Erinnerung an den Gründungskongress der Sozialisti-schen Arbeiterpartei Deutschlands im Mai 1875 in Gotha. Die Bilder zeigen oben August Bebel und Wilhelm Liebknecht, in den Medaillons Ferdinand Lassalle und Karl Marx, der das Gothaer Programm im Übrigen heftig kritisierte

in Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) umbenannte, schon früh eine Massen-partei mit fester Mitgliedschaft und straffer Or-ganisation. Die Partei, als national unzuverlässig und staatsfeindlich angesehen, wurde für die Arbeiter zur politischen Heimat und ent-wickelte eine eigene Subkultur als Emanzipati-ons- und Kulturbewegung. Von großer Bedeu-tung für die politische Emanzipation der Ar-beiter wurden die zahlreichen sozialen und kultu-rellen Einrichtungen, die die SPD als Partei-mittrag und teilweise gemeinsam mit der Ge-

werkschaftsbewegung (► 8.19) gründete. Sol-che Einrichtungen waren Kindergärten, Sport- und Gesangsvereine, Bestattungs- und andere Unterstützungskassen, Konsumvereine und deren Läden sowie die Spar- und Bauvereine. Die den bürgerlichen Staat ablehnenden und auf die Weltrevolution mit dem Sieg der Ar-beiterklasse setzenden Kräfte innerhalb der Partei konnten sich in den Jahren der politischen Ver-folgung durch das bismarcksche *Sozialisten-gesetz* (► 8.30) durchsetzen, wie das Erfurter Programm von 1891 zeigte, das freilich in sei-nem 2. Teil Forderungen für eine praktische Politik enthielt.

Die Tätigkeit der Reichstagsfraktion der Partei blieb während der Dauer des Sozialistengeset-zes ungestört, von 1878 bis 1890 konnte die Par-tei trotz der Behinderungen und Verbote in den Reichstagswahlen ihre Stimmenzahl auf 1,5 Millionen fast verdreifachen. Mit etwa 20 % der Wählerstimmen wurde sie zur relativ stärksten deutschen Partei, was sich jedoch wegen des Mehrheitswahlrechts und der gegen sie gerichteten bürgerlichen Koalition nicht im gleichen Maße auf die Zahl der Mandate auswirkte.

8.29 August Bebel

Geboren am 22. Februar 1840 als Sohn eines Unteroffiziers in Köln-Deutz, erlebte Bebel nach dem frühen Tod seines Vaters bittere Jahre der Armut. Er erlernte in Wetzlar, dem Ge-burtsort seiner Mutter, das Drechslerhandwerk und ließ sich 1864 als Drechslermeister in Leip-zig nieder. 1861 trat er dem »Leipziger gewerbli-chen Bildungsverein« bei, dessen Vorsitzender er 1865 wurde. Im gleichen Jahr lernte er Wil-helm Liebknecht kennen. Nach der Gründung der Sächsischen Volkspartei 1866 zusammen mit Liebknecht wurde er 1867 Vorsitzender des Verbandes Deutscher Arbeitervereine und im gleichen Jahr zum Mitglied des norddeutschen Reichstages gewählt.

Liebknecht bewog ihn, sich 1868 mit der Mehr-heit des Verbandes Deutscher Arbeitervereine der Internationalen Arbeiterassoziation anzu-schließen, der in London 1864 unter Mitwirk-ung von Karl Marx entstandenen Ersten Inter-nationale, 1869 war Bebel gemeinsam mit Wil-helm Liebknecht in Eisenach maßgeblich an der Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiter-partei beteiligt, deren Vorsitzender er bald da-rauf wurde. Nach der Reichstagswahl 1871 zog

Bebel als Abgeordneter der Sozialdemokrati-schen Partei in den Reichstag ein. In seiner ers-ten Rede im Reichstag am 25. Mai 1871 wies er auf das aktuelle Ereignis, den Aufstand der Pari-ser Kommune gegen die bürgerliche Regierung, hin und nannte die Vorgänge »ein kleines Vor-postengefecht« im Kampf der Proletarier gegen die bestehende gesellschaftliche Ordnung, dem weitere, größere Aktionen folgen würden. Schon als Abgeordneter im Reichstag des *Nord-deutschen Bundes* (► 8.15) hatte Bebel zusam-men mit Liebknecht gegen die Bewilligung von Kriegskrediten bei Ausbruch des *Deutsch-Französischen Krieges* (► 8.21) gestimmt; ebenso protestierte er leidenschaftlich gegen die geplante und dann vollzogene Annexion *El-sass-Lothringens* (► 8.24). Das brachte ihm und seiner Partei in der allgemeinen nationalen Hochstimmung und Kriegsbegeisterung den Ruf ein, »Reichsfeinde« und national unzuver-lässig zu sein.

In einem Leipziger Hochverratsprozess 1872 wurden Bebel und Liebknecht zu zwei Jahren Festungshaft verurteilt. Bebel forderte vom Staat nicht nur die Herstellung der politischen Freiheit, sondern auch »die Herstellung der ökonomischen Gleichheit«. Im Reichstag war er einer der schärfsten Kritiker der bismarck-schen Politik. Besonders nach dem Erlass des Reichsgesetzes »wider die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie« 1878, dem so genannten *Sozialistengesetz* (► 8.30), wurde Bebel zum Hauptankläger der Regierung. Er warf ihr vor, Tausende von Sozialdemokraten lediglich ihrer Gesinnung wegen ins Gefängnis zu werfen und so ihre Existenz zu ruinieren. Konsequenterweise setzte Bebel sich für das allgemeine und gleiche Wahlrecht in den Bundesstaaten ein, das auch den Frauen zustehen sollte. Bebel war maßgeblich an der Ausarbeitung des Erfur-ter Programms der SPD 1891 beteiligt. Trotz sei-ner Überzeugung, dass der Sozialismus bald über die »absterbende bürgerliche Gesellschaft« siegen würde, war Bebel ein Vorkämpfer für die friedliche Durchsetzung der Ziele seiner Partei und Gegner einer revolutionären Bewegung. Diese Haltung brachte ihn später in deutlichen Gegensatz zum linken Flügel der Sozialdemo-kratie, wie er z. B. von Rosa Luxemburg reprä-sentiert wurde. Trotz aller innerparteilichen Gegensätze blieb er bis zu seinem Tod am 13. August 1913 der anerkannte Führer der Sozi-aldemokratischen Partei.

8.30 Sozialistengesetz

Der Zulauf, den Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein und Sozialdemokratische Arbeiterpartei (*Sozialdemokratie*, ► 8.28) seit der Wirtschaftskrise 1873 zu verzeichnen hatten, ihre Vereinigung 1875 zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) und deren sich deutlich steigernde Wahlerfolge bei den Reichstags-



▲ Wie dieses baumwollene Transparent aus dem Jahr 1888 zeigt, ließen sich die Sozialdemokraten durch das im Oktober 1878 erlassene Sozialistengesetz nicht einschüchtern (Berlin, Deutsches Historisches Museum)

wahlen 1874 und 1877 beunruhigten die Reichsregierung und die bürgerlichen Parteigruppierungen im Reichstag. Bismarck konnte wegen der kompromissbereiten Haltung Papst Leos XIII. den seit Jahren geführten *Kulturkampf* (► 8.26) gegen die katholische Kirche und den politischen Katholizismus allmählich abbrechen und sich dieser neuen Gefahr einer heranahenden sozialistischen Revolution zuwenden.

Als Vorwand für sein Vorgehen gegen die sozialistische Arbeiterpartei dienten ihm zwei Attentate auf Kaiser Wilhelm I. 1878. Beide Anschläge schlugen fehl, die Attentäter standen auch mit der Sozialdemokratie nicht in Verbindung, dennoch wurde von der Regierung ein Zusammenhang zwischen den Attentaten und den angeblichen sozialdemokratischen Umsturzplänen behauptet.

Am 21. Oktober 1878 wurde das Reichsgesetz »wider die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie« erlassen. Die sozialdemokratischen und sozialistischen Vereine wurden verboten, ebenso Veranstaltungen, Umzüge, Feste und Versammlungen, ihre Zeitungen mussten ihr Erscheinen einstellen. Personen, die die Ordnung gefährdeten, konnten ausgewiesen oder ins Gefängnis geworfen werden. Mit dem Sozialistengesetz sollten sowohl die Parteiorganisation als auch die Gewerkschaften zerschlagen werden. Das Gesetz wurde im Reichstag mit den Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen angenommen, während das Zentrum, die Fortschrittspartei und die Fraktion der Sozialdemokraten gegen die Annahme stimmten. Es wurde gegen den Wunsch der Regierung auf zweieinhalbjährige Befristung, aber regelmäßig bis 1890 verlängert, ab 1880 auch mit den Stimmen von Teilen des Zentrums (► 8.27).

Trotz aller Verbote und Verhaftungen, Verteilungen und Ausweisungen waren die Organisationen der Partei und der Gewerkschaften mit dem Gesetz nicht mehr zu zerstören. Die Solidarität der Arbeiter führte zu einem Anwachsen der Partei von 1878 bis 1890 von 415 000 auf 1 427 000 Wähler. 1912 wurde die SPD mit 110 Abgeordneten zur stärksten Fraktion im Reichstag.

Ab 1890 wurde das Sozialistengesetz nicht mehr verlängert. Es verhinderte nachdrücklich die seinerzeit von Ferdinand Lassalle angestrebte Versöhnung zwischen der Arbeiterschaft und dem Staat. In seinen Nachwirkungen hielt es die Integration der Sozialdemokraten in die bürgerliche Gesellschaft am Ende des Jahrhunderts auf.

8.31 Genossenschaftswesen

Mit der technischen Fortentwicklung in der *industriellen Revolution* (► 8.4) und der dazu parallel laufenden unbeschränkten Entfaltung des

freien Wettbewerbs war die Masse der »kleinen Leute«, der wirtschaftlich Schwachen, gegenüber dem Druck der Unternehmer, der Fabrikherren und Großgrundbesitzer, außerordentlich ins Hintertreffen geraten. Handwerker, kleine Gewerbetreibende, aber auch Bauern gehörten neben der Masse der Lohnabhängigen zu dieser Schicht.

Um dieses wirtschaftliche und soziale Ungleichgewicht einigermaßen auszugleichen, entstand um die Mitte des 19. Jahrhunderts die Genossenschaftsbewegung. Sie war der Veranschaulichung des im Mittelalter in Städten und Dorfgemeinschaften bewährten solidarischen Genossenschaftsgedanken wieder zu beleben.

Die ersten Genossenschaften bildeten sich aus Selbsthilfeorganisationen des Handwerks und der kleinen landwirtschaftlichen Betriebe, aus Vereinskassen und Wohltätigkeitsvereinen heraus. Ihre Väter waren vor allem der Sozialpolitiker und spätere Reichstagsabgeordnete der Deutschen Fortschrittspartei Hermann Schulze-Delitzsch, Friedrich Wilhelm Raiffeisen und Wilhelm Haas. Raiffeisen und Haas bemühten sich vor allem um Hilfsvereine im ländlichen Bereich und lehnten dabei auch Finanzhilfen des Staates nicht ab. Schulze-Delitzsch dagegen setzte sich für das Kleingewerbe ein und bevorzugte das Prinzip der Selbsthilfe.

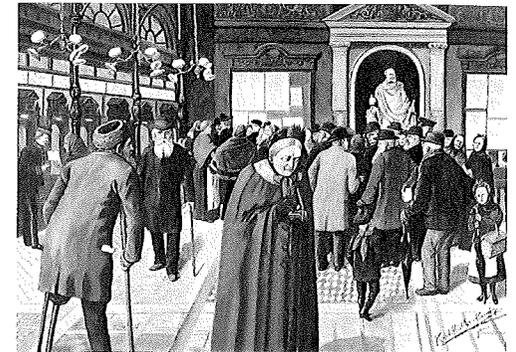
1865 bewirkte Schulze-Delitzsch die Gründung der deutschen Genossenschaftsbank und konnte 1867 das preußische Genossenschaftsgesetz veranlassen. Doch blieben die Genossenschaften zunächst relativ schwach; erst als mit dem Reichsgesetz über die Genossenschaften von 1889 eine Beschränkung der Haftpflicht eingeführt wurde, konnten sich die Genossenschaften entwickeln. Mit dem Gesetz von 1889 wurde auch die Zwangsrevision der Genossenschaften eingeführt, die über die ordnungsgemäße Geschäftsführung wachte.

8.32 Sozialgesetze/ Arbeiterversicherung

Seit der unerbittlichen Bekämpfung der Sozialdemokratie (► 8.28) und ihrer Organisationen mit den Bestimmungen des Sozialistengesetzes (► 8.30) vom Oktober 1878 plante Bismarck eine positive staatliche Sozialpolitik. Seine Absicht war es, mit konstruktiven staatlichen Maßnahmen die soziale Lage der Arbeiterschaft

zu verbessern und sie damit nicht nur für den Staat zu gewinnen, sondern gleichzeitig auch ihre politische Organisation, die Sozialdemokratische Partei, zu schwächen.

In einer kaiserlichen Botschaft wurde am 17. November 1881 im Reichstag ein sozialpolitisches Programm angekündigt. Vorgesehen waren eine Versorgung der Arbeiter für Unfall, Krankheit, Invalidität und Alter. Im Juni 1883 wurde als erstes Gesetz die Krankenversicherung der Arbeiter geregelt. Die Beiträge zur Krankenversicherung sollten je zur Hälfte von den Arbeitgebern und den Arbeitern gezahlt werden. Unter der Vielzahl bereits existierender Kranken-, Innungs- und Knappschaftskassen, die weiter bestanden, wurde die genossenschaftliche Organisation der Ortskrankenkassen die typische Arbeiterkrankenkasse. Die Leistungen bestanden in freier ärztlicher Behandlung und einem Krankengeld, das vom 3. Tage an bis zu höchstens 13 Wochen gezahlt wurde.



▲ Als positive Antwort auf die Entwicklung der Sozialdemokratie in den 1870er-Jahren begründete Bismarck in den 1880er-Jahren die staatliche Sozialpolitik in Deutschland. Abgeschlossen wurde das entsprechende Gesetzeswerk im Juni 1889 mit der Alters- und Invaliditätsversicherung. Holzschnitt »Rentenauszahlung, Hamburger Hauptpostamt« aus dem Jahr 1898

Am 27. Juni 1884 folgte das Gesetz über die Unfallversicherung. Hier übernahm die Berufsgenossenschaft der Unternehmer die Zahlungen bei Unfall eines Arbeiters in voller Höhe – die Arbeiter brauchten keinen Anteil zu leisten –

und zahlte bei tödlichem Unfall eine Hinterbliebenenrente. Die Unfallversicherung trat nach Ablauf der Krankenversicherung, also nach der 14. Woche, ein. Sie trug auch die Kosten eines Heilverfahrens sowie für die Dauer der gesamten Zeit der Erwerbslosigkeit zwei Drittel des letzten Arbeitsverdienstes. Abgeschlossen wurde das Gesetzeswerk am 22. Juni 1889 mit der Alters- und Invaliditätsversicherung. Sie sicherte jedem Arbeiter eine Altersrente nach dem 70. Lebensjahr zu sowie eine Invalidenrente bei Arbeitsunfähigkeit, für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer je zur Hälfte Beiträge abzuführen hatten. Hier wurde auch der Gedanke des Reichszuschusses aufgegriffen. Bismarck wollte ursprünglich, dass die Arbeiter keine eigenen Beiträge für die Versicherungen leisten mussten, da diese Beiträge das Einkommen schmälern und Unverständnis bei den Arbeitern hervorrufen mussten.

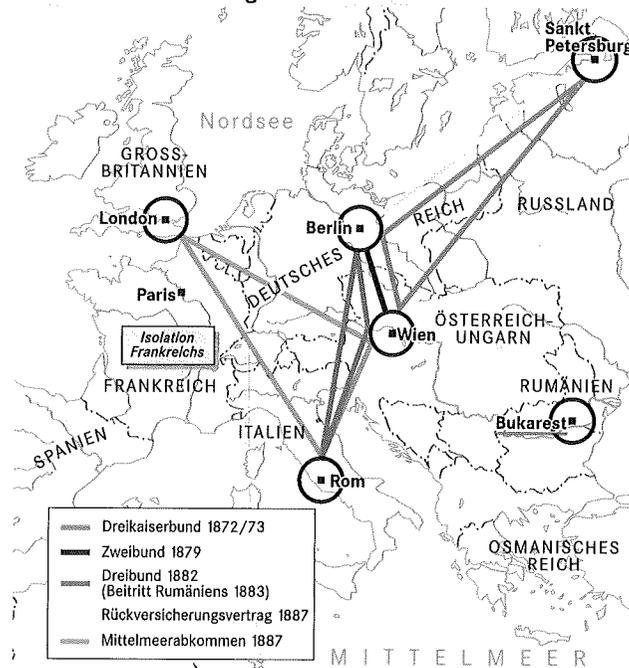
Die Wirkung, die Bismarck sich mit dieser Gesetzgebung erhofft hatte, nämlich die Arbeiter für den Staat zu gewinnen und sie der Sozialdemokratie und ihren Organisationen zu entfremden, wurde jedoch nicht erreicht. Die Arbeiter-

schaft scharte sich vielmehr, zumal auch die Verfolgungen durch das bis 1890 immer wieder verlängerte Sozialistengesetz (► 8.30) weiterhin, solidarisch um die Führer der Sozialdemokratischen Partei, die bei den Reichstagswahlen 1890 knapp 20 % der Stimmen erhielt. Von der sozialdemokratischen Führung wurde die bismarckschen Gesetze und die sich daraus ergebenden Leistungen für die einzelnen Arbeiter als völlig unzureichend kritisiert. Dennoch ist das Deutsche Reich mit dieser Sozialgesetzgebung allen anderen Staaten der Welt vorangeschritten und lange Zeit Vorbild gewesen.

8.33 Bismarcks Bündnispolitik

Mit der Gründung des Deutschen Reiches und dem Sieg über Frankreich hatte sich das Kräfteverhältnis im europäischen Staatensystem verschoben. Es kam nun alles darauf an, die anderen europäischen Großmächte zu überzeugen, dass die erweiterte Großmacht Preußen

Bismarcks Bündnisgeometrie



Deutschland keine Bedrohung darstellte und das neue Deutsche Reich keine Ansprüche erhob, eine europäische Vormachtstellung zu erlangen. Bismarck erklärte deshalb auch bald öffentlich, dass Deutschland »saturiert« sei. Die von Bismarck als Reichskanzler bis 1890 geleitete Außenpolitik des Deutschen Reiches wurde entscheidend bestimmt von seiner Einstellung zu Frankreich, das seine Niederlage und den Verlust Elsass-Lothringens (► 8.24) nicht verwunden konnte und jede sich bietende Gelegenheit nutzen würde, um gegen Deutschland einen Revanchekrieg zu führen. Bismarcks Bestreben war es deshalb, Frankreich möglichst isoliert zu halten. Zeitweise gelang es ihm, das französische Interesse auf koloniale Ziele abzuwenden, wobei er gleichzeitig hoffte, dass Frankreich sich dabei die Gegnerschaft Englands zu ziehen würde.

1872 wurde mit dem Abschluss des Dreikaiserabkommens zwischen Deutschland, Österreich und Russland die monarchische Tradition der Heiligen Allianz (► 7.2) von 1815 wieder aufgenommen. Mit dieser Verständigung der drei Monarchen – ein formeller Vertragsabschluss erfolgte nicht – setzte Bismarck die traditionelle Freundschaft zu Russland fort und erreichte durch die Einbeziehung des österreichischen Kaisers, dass die Gegensätze zwischen dem Zarenreich und Österreich-Ungarn in der Balkanpolitik noch einmal überspielt werden konnten. 1878 verhinderte der Berliner Kongress (► 8.34), bei dem Bismarcks Führungsrolle in der europäischen Politik deutlich wurde, einen kriegerischen Zusammenstoß zwischen Österreich-Ungarn und Russland sowie zwischen Großbritannien und Russland. Beide Länder fühlten sich in ihren Interessen bedroht, als die Russen nach dem Russisch-Türkischen Krieg von 1877/78 das Schicksal der von der türkischen Herrschaft befreiten Balkanvölker eigenmächtig in die Hand nehmen wollten.

1881 gelang es Bismarck noch einmal, ein Dreikaiserbündnis mit Russland und Österreich-Ungarn zustande zu bringen, das aber schon kurz nach seiner Verlängerung 1884 an den unüberbrückbaren Gegensätzen scheiterte.

1879 hatte das Deutsche Reich mit Österreich-Ungarn ein Bündnis geschlossen, in dem beide Mächte sich verpflichteten, bei einem Angriff Russlands einander Hilfe zu leisten, bei einem Angriff einer anderen Macht wohlwollende Neutralität zu wahren. Dieser »Zweibund

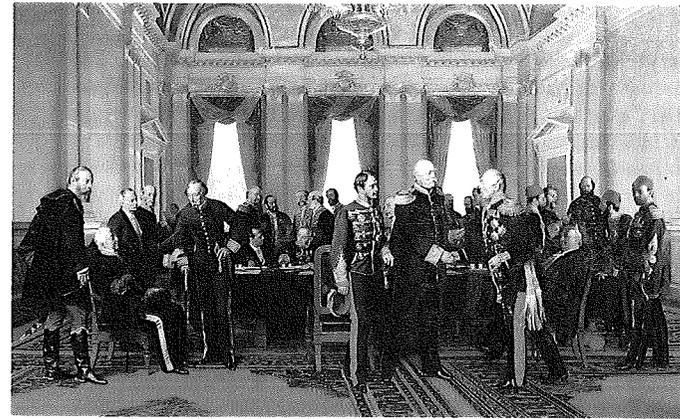
wurde in Deutschland und in Österreich-Ungarn sehr begrüßt und als teilweise Erfüllung der 1848/49 entwickelten Ideen von einem engeren Zusammenschluss der Deutschen angesehen. Dieser Bund hat bis zum 1. Weltkrieg gedauert. Bismarck hat jedoch, anders als seine Nachfolger, die Schwäche des Habsburgerreiches in seiner Eigenschaft als Vielvölkerstaat klar gesehen und immer nach weiteren Bündnispartnern Ausschau gehalten.

Italien trat am 20. Mai 1882 dem Zweibund bei, als Frankreich gerade Tunis besetzt und eigene italienische Pläne durchkreuzt hatte. Dies gab dem jetzt zum Dreibund gewordenen Bündnis eine Frontstellung gegen Frankreich und setzte voraus, dass Großbritannien dem Dreibund wohlwollend gegenüberstand. Bismarck bemühte sich stets, mit Großbritannien in gutem Einvernehmen zu bleiben, und wies deshalb den Erwerb von Kolonien von sich. Als das Dreikaiserabkommen infolge der nicht mehr zu überbrückenden Gegensätze zwischen Russland und Österreich nicht mehr aufrechterhalten werden konnte, gelang Bismarck am 18. Juni 1887 der Abschluss eines geheimen Neutralitätsabkommens mit Russland, der von ihm selbst so genannte Rückversicherungsvertrag (► 8.35). Mit diesem Vertrag konnte noch einmal die von Bismarck befürchtete Annäherung Frankreichs an Russland mit der dann näher rückenden Gefahr eines Zweifrontenkrieges verhindert werden.

8.34 Berliner Kongress

Der Russisch-Türkische Krieg 1877/78 hatte mit einem triumphalen Sieg der Russen über den »kranken Mann am Bosphorus« geendet. In dem von Russland diktierten Frieden von San Stefano verlor das Osmanische Reich seine letzten Besitzungen auf dem Balkan. Gegen den Machtzuwachs Russlands erhoben Großbritannien und Österreich Protest. Um eine Ausweitung des Krieges zu verhindern, schaltete sich das Deutsche Reich ein und lud die Mächte zu einem europäischen Kongress nach Berlin. So kam es im Juni/Juli 1878 zu einem Treffen der europäischen Staatsmänner auf dem Berliner Kongress, auf dem Bismarck als Gastgeber auch den Vorsitz führte.

Da Deutschland auf dem Balkan nicht interessiert war, konnte Bismarck sich unparteiisch – als »wehrlicher Makler« – um einen Ausgleich der gefährlichen Gegensätze zwischen den Groß-



◀ Auf dem Berliner Kongress regte Bismarck als »wehrlicher Makler« einen Ausgleich der Balkaninteressen unter den Großmächten an. Darstellung der Schlusssitzung in der Berliner Reichskanzlei am 13. Juli 1878 im Gemälde von Anton von Werner (Berlin, Deutsches Historisches Museum)

mächten bemühen. Auf die meisten Eroberungen hatte Russland schon bei Vorverhandlungen in London wieder verzichten müssen. In der Berliner Kongressakte vom 13. Juli 1878 verzichtete Russland auf das Protektorat Großbulgariens, das in ein dem Osmanischen Reich tributpflichtiges unabhängiges Fürstentum und in eine osmanische Provinz Ostrumelien geteilt wurde. Russland erhielt dafür von Rumänien Teile von Bessarabien, Rumänien selbst wurde ebenso wie Serbien und Montenegro unabhängig. Österreich-Ungarn erhielt das Zugeständnis, Bosnien und die Herzegowina okkupieren zu dürfen; Großbritannien erhielt Zypern. Diese Balkanordnung führte jedoch zu neuen Spannungen; die österreichisch-russische Rivalität wurde verschärft, und die nationale Frage auf dem Balkan blieb weiterhin ungelöst. Der Berliner Kongress war ein Triumph Bismarcks, der deutsche Reichskanzler stand auf dem Höhepunkt seines Ansehens. In Russland aber war man enttäuscht, dass Bismarck sich nicht stärker für die russischen Belange eingesetzt hatte als Dank für die neutrale Haltung Russlands 1866 und 1870/71. Eine deutliche antideutsche Stimmung breitete sich am Zarenhof und in der russischen Öffentlichkeit aus, die sich mit dem zur politischen Kraft entwickelnden Panslawismus verband.

8.35 Rückversicherungsvertrag

1881 war noch einmal ein Dreikaiserabkommen zwischen dem Deutschen Reich, Österreich-

Ungarn und Russland zustande gekommen. Bismarck hatte es erreicht, die in die vielfältigen Interessen und Gegensätze der Balkanvölker unheilvoll verstrickten Großmächte Österreich-Ungarn und Russland in einem Bündnis zusammenzubringen. 1884 war der Vertrag zwar verlängert worden, aber in der Bulgarienkrisis 1885/86 endgültig auseinander gebrochen.

In dieser Situation gelang Bismarck der Abschluss eines Geheimbündnisses mit Russland, das am 18. Juni 1887 unterzeichnet wurde. Mit diesem Vertrag wurde die von Bismarck seit langem befürchtete Gefahr einer Annäherung Frankreichs an Russland ausgeschaltet. Der Rückversicherungsvertrag bestand eigentlich aus zwei Teilen: dem geheimen, defensiv ausgerichteten Hauptvertrag und einem »ganz geheimen«, offensiven Zusatzprotokoll. Er verpflichtete den Vertragspartner zur Neutralität, falls das Deutsche Reich von Frankreich oder Russland von Österreich-Ungarn unprovokiert angegriffen würde. Das Zusatzprotokoll erkannte die russischen Interessen in Bulgarien an und widersprach damit im Grunde dem deutsch-österreichischen Zweibund, dem Dreibund und den Mittelmeerabkommen. Für Bismarck hatte der Vertrag jedoch den Zweck, Russland aus seiner Isolierung in der Orientfrage zu lösen und damit Großbritannien zu Stützung der österreichischen und italienischen Orientpolitik zu zwingen. In seiner Bedeutung wurde der Rückversicherungsvertrag oft überschätzt, weil nicht sicher war, ob Russland tatsächlich im Orient, vor allem an den Dardanellen und damit dem Zugang

zum Schwarzen Meer, aktiv werden würde. Letztlich diente der Vertrag der Erhaltung des Status quo und konnte eine französisch-russische Annäherung nicht verhindern. Als nach Bismarcks Entlassung 1890 (► 8.37) der Vertrag nicht verlängert wurde, kam das russisch-französische Bündnis schnell zustande.

8.36 Deutsche Kolonien/ Bismarcks Kolonialpolitik

Am 6. Dezember 1882 wurde in Frankfurt am Main der »Deutsche Kolonialverein« gegründet. Hauptziel des Vereins war es, den kolonialen Gedanken in der Öffentlichkeit zu verbreiten und populär zu machen. Anfang 1884 entstand in Berlin die »Gesellschaft für deutsche Kolonisation«; sie trat dafür ein, deutsche Kolonialgesellschaften zu unterstützen, die deutsche Auswanderung in geeignete Gebiete zu fördern und die »deutsch-nationalen Interessen zu fördern«. Beide Gesellschaften vereinigten sich 1887 zur Deutschen Kolonialgesellschaft, die sich die Aufgabe stellte, deutsche Übersee-Unternehmungen zu fördern und zu unterstützen.

Bismarck selbst stand allen Kolonialplänen lange Zeit ablehnend gegenüber. Er sah die Gefahren, die im Erwerb überseeischer Gebiete lagen. Im Konfliktfall konnten die Kolonien vom Reich nicht ausreichend geschützt werden, zudem stellten sie eine zusätzliche außenpolitische Gefährdung dar, weil es unweigerlich zu Interessenkollisionen mit Großbritannien oder auch Frankreich kommen

musste. Die Lage Deutschlands in der Mitte Europas bot schon Konfliktmöglichkeiten genug.

1884 gab Bismarck dann aber doch seine Zustimmung, dass die von wagemutigen Kaufleuten (vor allem F. A. Lüderitz und K. Peters) erworbenen Besitzungen zu »Schutzgebieten« des Deutschen Reiches erklärt wurden, so Deutsch-Südwestafrika, das heutige Namibia, Togo und Kamerun, später Deutsch-Ostafrika sowie Nordost-Neuguinea und die Marshall-Inseln im Pazifik. In dieser Zeit schien sich auch eine deutsch-französische Annäherung anzubahnen. Die deutsch-französische Interessengemeinschaft bestand jedoch nur kurze Zeit; mit Großbritannien kam es nach anfänglichen Reibereien zu einem Arrangement. Großbritannien erkannte schließlich die deutschen kolonialen Erwerbungen an.

In seinen letzten Regierungsjahren kehrte Bismarck zu seiner distanzierten Einstellung gegenüber der Kolonialpolitik zurück. Einem Anhänger des kolonialen Gedankens erklärte er im Dezember 1888: »Hier liegt Russland und hier liegt Frankreich, und wir sind in der Mitte; das ist meine Karte von Afrika.«

8.37 Bismarcks Entlassung

Am 9. März 1888 starb Kaiser Wilhelm I. im einundneunzigsten Lebensjahr. Sein liberal eingestellter und mit einer Tochter der britischen Königin Victoria verheirateter Sohn, der nun als Kaiser Friedrich III. den Thron bestieg, war bereits todkrank und konnte die in ihn gesetzten Hoffnungen, er würde das Reich nach englischem Vorbild in eine parlamentarische



◀ Nach der Reichsgründung setzten auch in Deutschland Bemühungen ein, Kolonialbesitz zu erwerben. Den Anfang machten vor allem Kaufleute wie hier Vertreter der Bremer Faktorei in Togo. Erst ab 1884 wurden die Niederlassungen unter den Schutz des Reiches gestellt



▲ Den erzwungenen Rücktritt Bismarcks im März 1890 fasst die englische Satirezeitschrift »Punch« in das Bild des Lotsen, der durch den jungen Kaiser Wilhelm II. von Bord des Staatsschiffs geschickt wird

Monarchie umgestalten, nicht mehr erfüllen. Er starb am 15. Juni 1888.

Der neue Kaiser, der neunundzwanzigjährige Wilhelm II. (► 9.1), verehrte Bismarck als Großvater des Reiches und Gestalter der Reichspolitik. Aber da er selbstbewusst war und voller Tatendrang selbstständige Politik machen wollte, kam es bald zu Kontroversen, anfangs über Nebensächlichkeiten, dann über grundsätzliche Differenzen in der Sozial- und in der Außenpolitik. So sprach sich der Reichskanzler für eine Verlängerung des Rückversicherungsvertrages aus, um den »Draht nach Russland« nicht abreißen zu lassen, und in der sich verschärfenden Arbeiterfrage befürwortete er die Verlängerung des Sozialistengesetzes. Wilhelm II. veranlassete Bismarck schließlich, sein Rücktrittsgesuch einzureichen. Seine Entlassung erfolgte am 20. März 1890.

Seit seiner Berufung zum preußischen Ministerpräsidenten 1862 hatte Bismarck der deutschen Politik seinen Stempel aufgedrückt. Mit »Eisen und Blut«, aber auch mit diplomatischem Geschick hatte er die Gründung des Deutschen Reiches 1871 herbeigeführt, dessen innere Verfassung freilich noch ungefestigt war, wie die Auseinandersetzungen mit dem politischen Katholizismus und der Arbeiterbewegung zeigten. Die Reichsgründung hatte die Kräfteverhältnisse in Europa verschoben; die »Erbfeindschaft« mit Frankreich hatte sich verfestigt. Der gefährdeten Lage Deutschlands in der Mitte Europas trug Bismarck nach 1871 durch eine maßvolle und kluge Außenpolitik Rechnung. Seine Nachfolger zerstörten in ihrem Streben nach Weltgeltung sein Werk.

Daten

20. März–29. April	1850	Erfurter Unionsparlament
1. Sept. 1850		Wiedereröffnung des Frankfurter Bundestages
29. Nov. 1850		Ölmützer Punktation
31. Dez. 1851		Silvesterpatent (»Neoabsolutismus« in Österreich)
1853/54–1856		Krimkrieg
1858–1861		Regentschaft Wilhelms (I.) von Preußen (»Neue Ära«)
1859		Sardinisch-Französisch-Österreichischer Krieg
1861–1888		König Wilhelm I. von Preußen
1861		Gründung der Deutschen Fortschrittspartei
23. Sept. 1862		Bismarck wird preußischer Ministerpräsident
1862–1866		preußischer Verfassungskonflikt
1863		Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins
16. Aug. 1863		Frankfurter Fürstentag
1. Febr.–1. Aug. 1864		2. Deutsch-Dänischer Krieg
30. Okt. 1864		Friede von Wien
14. Aug. 1865		Gasteiner Konvention
15. Juni–26. Juli 1866		Deutscher Krieg
3. Juli 1866		Schlacht bei Königgrätz
23. Aug. 1866		Friede von Prag (Auflösung des Deutschen Bundes)
3. Sept. 1866		Annahme der Indemnitätsvorlage
20. Sept. 1866		preußische Annexionen (Hannover, Kurhessen, Nassau, Frankfurt)
1867		Gründung der Nationalliberalen Partei
1867		österreichisch-ungarischer Ausgleich
17. April 1867		Verfassung des Norddeutschen Bundes angenommen
1869		Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
13. Juli 1870		Emser Depesche
19. Juli 1870 bis		Deutsch-Französischer Krieg
26. Febr. 1871		Schlacht bei Sedan
2. Sept. 1870		Kaiserproklamation Wilhelms I. in Versailles
18. Jan. 1871		Verfassung des Deutschen Reiches
16. April 1871		Friede von Frankfurt am Main
10. Mai 1871		Wirtschaftskrise (»Gründerkrach«)
1873		Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands
1875		Berliner Kongress
13. Juni–13. Juli 1878		Sozialistengesetz
21. Okt. 1878		Zweibund
7. Okt. 1879		Dreikaiserabkommen
18. Juni 1881		Dreibund
20. Mai 1882		Krankenversicherungsgesetz
1883		Unfallversicherungsgesetz
1884		Rückversicherungsvertrag
18. Juni 1887		Kaiser Friedrich
9. März–15. Juni 1888		Kaiser Wilhelm II.
1888–1918		Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz
1889		Entlassung Bismarcks
20. März 1890		

Wilhelminische Zeit (1890–1918)

Einführung

Der Zeitabschnitt von 1890, dem Jahr der Entlassung Bismarcks, bis zum Ende des Ersten Weltkrieges 1918 wird in den Geschichtsbüchern das »Zeitalter des Imperialismus« genannt. Daneben findet sich auch die Bezeichnung »Wilhelminisches Zeitalter«. Welche Formulierung man für zutreffender hält, hängt allein vom Standpunkt des Betrachters ab. Der Imperialismusbegriff erscheint aus weltgeschichtlicher Sicht zweifellos angebrachter. Er deutet auf das diese Epoche charakterisierende Streben der europäischen und der neuen, außereuropäischen Großmächte (USA, Japan) hin, im Wettlauf miteinander sich durch den Erwerb überseeischer Kolonien eine Weltmachtposition aufzubauen. Aus deutscher Sicht ist auch die mit dem Namen des Kaisers verbundene Bezeichnung gerechtfertigt.

Der letzte deutsche Kaiser, Wilhelm II., war sicher nicht die überragende Persönlichkeit wie der souverän die politische Szene beherrschende große Kanzler, der der vorhergehenden Epoche seinen Stempel aufgedrückt hatte. Aber der Lebensstil, den der Kaiser in seiner romantisch-altmodischen, spätabolutistischen Auffassung vom Amt des Herrschers entwickelte und in seinem Auftreten, seinem Gebaren und seinen Äußerungen praktizierte, war zugleich der Lebensstil der Gesellschaft in diesem kaiserlichen Deutschland der Jahrzehnte um die Jahrhundertwende. Die Gesellschaft, das waren die alten und neuen Machteliten, die Großagrarier, Bankiers und Großindustriellen, natürlich das Offizierskorps und die höhere Beamtschaft sowie die Mehrzahl der Hochschulprofessoren. Dazu gehörte auch die überwiegende Mehrheit des durch Wirtschaftswachstum und industrielle Entwicklung zu Wohlstand gelangten Bürgertums. Glanz und Gloria, Garderegimen-

ter und Kaisermanöver, Stapelläufe und Flottenparaden, Galauniformen bei jedem gesellschaftlichen Ereignis: Der Nimbus deutscher Weltmachtstellung und Weltgeltung lag überall, erzeugte ein bisher nie gekanntes Wertgefühl. Wahrhaftig, einen Aufstieg ohnegleichen hatte das Deutsche Reich in den knapp fünfundsiebzig Jahren seit seiner Gründung vollzogen! Ein Hauch dieses neuen deutschen Wertgefühls war bis in die kleinbürgerlichen Wohnstuben in den entferntesten Provinzstädten spürbar, wo das Kaiserbild den bevorzugten Platz über dem Sofa einnahm, gleich neben den Erinnerungsfotos aus der Militärzeit des Familieneroberhauptes. Überhaupt beherrschte das vom Kaiser so bevorzugte Militär das Leben im damaligen Deutschland. Ebenso wie der Kaiser trugen auch die hochrangigen Beamten, alle Reichskanzler und Minister, obwohl sie Zivilisten waren, im Reichstag und bei öffentlichen Anlässen Uniform. Jeder Zivilist in gehobener Stellung, ob Beamter oder Rechtsanwalt, ob Apotheker, Lehrer oder Geschäftsmann, war in der Gesellschaft ein angesehener Mann erst, wenn er »gedient« hatte und als Reserveoffizier in das Zivilleben zurückgekehrt war. Diese Haltung führte zu grotesken und oftmals peinlichen Situationen. Der Glaube an den Kaiser, an durch Amt oder Uniform verliehene Autorität war im Preußen-Deutschland des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts so ausgeprägt wie nie zuvor.

Der Kaiser selbst, der gern sein eigener Kanzler sein wollte, war nicht die Persönlichkeit, um die Lücke auszufüllen, die mit dem Abgang Bismarcks von der politischen Bühne in der Reichsführung entstanden war. Er war oberflächlich und sprunghaft in seinen Entscheidungen. Im Grunde unsicher, ließ er sich oft von Meinungen

seiner Berater und Freunde beeinflussen und zu plötzlichen und unausgereiften Entschlüssen hinreißen. Das »persönliche Regiment« des Monarchen war in Wirklichkeit eine Herrschaftsform, in der verschiedene, oft miteinander rivalisierende Mächtigkeitsgruppen und Kräfte auf den Kaiser einwirkten und den Kurs der Politik bestimmten. Vertreter einflussreicher Interessensverbände oder auch einzelne starke Persönlichkeiten wie der Marinestaatssekretär von Tirpitz oder später – im Kriege – der Generalstabschef Ludendorff. Die Politik der Reichsregierung bekam auf diese Weise einen unsteten Zug, der keine klare Linie erkennen ließ, zumal auch die Kanzler der Zeit nicht das Format besaßen, um souverän gegenüber dem Monarchen einen geraden Regierungskurs zu steuern. Am Anfang sah es so aus, als könnte der Kaiser in der Innenpolitik mit dem propagierten »Neuen Kurs« tatsächlich neue Akzente setzen, indem er das brennendste Problem der Zeit, die soziale Frage, aufgriff. Aber als sich zeigte, dass die Arbeiterschaft nicht so einfach für die Regierung zu gewinnen und von der Sozialdemokratischen Partei zu trennen war, ließ er rasch seine Reformpläne fallen und kehrte zu der verhärteten Politik bismarckscher Prägung zurück. Das böse Wort von den »waterlandslosen Gesellen« fiel, es machte seine wahre Einstellung zur Arbeiterfrage offenkundig. Er besaß in Wirklichkeit kein Gespür für die drängenden sozialen Probleme der Arbeiterschaft, wie er auch den unaufhaltsam sich vollziehenden gesellschaftlichen Wandlungsprozess, den der Übergang vom Agrar- zum Industriestaat in Gang gesetzt hatte, kaum zur Kenntnis genommen hat.

Der Aufstieg der Sozialdemokratie zur stärksten Reichstagsfraktion 1912 trotz aller Beeinträchtigungen durch den Staatsapparat, durch Polizei und Bürokratie, beunruhigte die Machteliten zutiefst und bestärkte sie in ihrem Vorhaben, durch eine betont aggressive Außenpolitik sichtbare außenpolitische Erfolge einzubringen. Auf diese Weise wollte man die innenpolitische Opposition zum Schweigen bringen, so wie seinerzeit Bismarck in der Situation des Verfassungskonflikts mit dem Erfolg seiner Einigungskriege die oppositionellen Kräfte überwunden hatte. Die Außenpolitik des Reiches in den letzten Vorkriegsjahren war weitgehend von dieser Haltung durchdrungen, die Risikobereitschaft maßgeblicher Führungskräfte in der Julikrise 1914 entstammte dieser Einstellung.

»Der Lotse verlässt das Schiff«, so hatte vieldeutig die britische Zeitung »Punch« den Sturz Bismarcks in einer berühmten Karikatur kommentiert. Die Kündigung des von Bismarck mit Russland geschlossenen Rückversicherungsvertrages und der fast gleichzeitige Abschluss des Helgoland-Sansibar-Tauschgeschäftes mit Großbritannien 1890 ließen vermuten, dass das Reich auch in der Außenpolitik neue Wege zu gehen entschlossen war. Logisch wäre es nun für die Reichspolitik gewesen, sich intensiv um eine feste Verbindung mit Großbritannien zu bemühen, um die verhängnisvollen Folgen der Vertragsauflösung auszugleichen; denn prompt erfolgte die Annäherung der über die deutsche Haltung enttäuschten Russen an Frankreich.

Die von Bismarck stets befürchtete, aber mit seinem kunstvollen Bündnissystem geschickt verhinderte Entwicklung war Wirklichkeit geworden. Das auf Revanche sinnende, bisher isolierte Frankreich gewann einen Bündnispartner, die Gefahr eines Zweifrontenkrieges war für das Reich nun nicht mehr auszuschließen.

Aber weder der Kaiser noch die Reichsregierung trafen Anstalten, nun auf die britische Karte zu setzen. Von der eigenen Machtposition überzeugt, glaubte man abwarten zu können; Großbritannien müsse seiner schwerwiegenden Differenzen in Übersee mit Frankreich und Russland wegen eines Tages selbst die Anlehnung an die stärkste Kontinentalmacht, das Deutsche Reich, suchen. Aber nun setzte der forcierte Ausbau der Flotte ein, vehement von Wirtschaft, Industrie und nationalen Verbänden gefordert zur Absicherung des überseeischen Besitzes; er musste die führende Seemacht Großbritannien tief beunruhigen. Wäre diese Flottenpolitik diplomatisch vorbereitet worden und im Einvernehmen mit den Briten unter Einhaltung gewisser Beschränkungen erfolgt, hätte die Trübung des Verhältnisses zu den Vettern jenseits des Kanals durchaus vermieden werden können. Aber von Anfang an erhielt der Flottenausbau, vornehmlich durch die Hauptakteure um den Admiral von Tirpitz, eine deutliche Spitze gegen Großbritannien. Der bald einsetzende ungebremsende Rüstungswettlauf wurde auf beiden Seiten von einem aufwendigen Propagandafeldzug begleitet, der in der Bevölkerung beider Nationen eine emotional aufgeladene Feindstimmung hervorrief.

Der Kaiser tat das Seine dazu, durch großsprecherische und ungeschickte Äußerungen die Briten vor den Kopf zu stoßen. Das Verhalten der deutschen Delegation auf den Haager Friedenskonferenzen war vom gleichen Geist geprägt und ließ erkennen, dass der Kaiser nicht bereit war, für die Sache des Friedens und der Verständigung in seiner Flottenrüstung Konzessionen zu machen. Der Anschluss Großbritanniens an die französisch-russische Entente war die logische Folge des deutschen Fehlverhaltens.

So blieb dem Deutschen Reich als einziger Bündnispartner nur der habsburgische Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn, aber gerade die unglückselige Verstrickung der Donaumonarchie in die hochexplosiven Balkankonflikte riss das Reich nach dem Mord von Sarajewo in die Strudel der unentwirrbaren Interessengegensätze und nationalen Leidenschaften, aus denen schließlich, von niemandem gewollt, von allen Großmächten aber einkalkuliert, der große Krieg entstand. Die Deutschen hatten zum Schließenplan keine Alternative entwickelt. Sie begannen den Krieg und nahmen mit der Neutralitätsverletzung Belgiens fast schon fatalistisch die Kriegserklärung Großbritanniens in Kauf. Der Kaiser, der als »Oberster Kriegsherr« eigentlich hätte führen müssen, trat mehr und mehr in den Hintergrund.

Die Begeisterung, mit der der Krieg in allen beteiligten Völkern begrüßt worden war, erlosch sehr bald im Grauen der Materialschlachten. Der von den Parteien im Reichstag verabredete Burgfrieden hielt nur bis zum Frühjahr 1916. Er zerbrach an der unterschiedlichen Einstellung zum Kriegsgeschehen und zu den heftig umstrittenen Kriegszielen. Die Rechtsgruppierungen bis in das Zentrum hinein unterstützten die diktatorisch auch in die Innenpolitik eingreifende 3. Oberste Heeresleitung Hindenburg/Ludendorff und ihre Kriegführung, auch den uneingeschränkten U-Boot-Krieg. Sie stellten immer neue, maßlos übersteigerte Kriegszielorderungen auf. Die parlamentarische Linke forderte Anstrengungen zur Beendigung des Krieges ohne Vorbedingungen und verlangte die Einlösung des Versprechens, den Parteien im Parlament Mitspracherechte zuzubilligen. Mit dem Kriegseintritt der USA und dem politisch-militärischen Zusammenbruch Russlands wurde das Jahr 1917 Krise und Wendepunkt des Ersten Weltkrieges. Der dem revolu-

tionären Russland diktierte Friede von Brest-Litowsk brachte für die Westfront nicht die erhoffte Entlastung, ein Entscheidungssieg im Westen war nun vollends illusionär geworden. Aber erst nachdem der Versuch, mit der Frühjahrsoffensive 1918 doch noch die militärische Entscheidung zu erzwingen, gescheitert war, gab Ludendorff die Aussichtslosigkeit der Fortsetzung des Kampfes zu, verlangte jetzt plötzlich die sofortige Aufnahme von Waffenstillstandsverhandlungen und verordnete selbst die seit Kriegsbeginn überfällige Parlamentarisierung der Verfassung. Mit dieser »Revolution von oben« sollte den ungeliebten Parteien die undankbare Aufgabe zugeschoben werden, den Waffenstillstand auszuhandeln. »Diese Art von Revolution«, urteilte der Historiker Arthur Rosenberg ironisch, »ist in der ganzen Weltgeschichte ohne Beispiel.«

Aber es gab nichts mehr zu verhandeln, die Chance, einen Frieden auf der Basis der 14 Punkte des amerikanischen Präsidenten Wilson zu erhalten, war vertan. In Berlin wurde die Republik ausgerufen, der Kaiser ging ins Exil nach Holland, die Sozialdemokratie übernahm die Regierungsverantwortung, die Militärs hielten sich abwartend im Hintergrund, die Machteliten blieben. In Compiègne unterschrieb der deutsche Delegationsführer, der Zentrumspolitiker Matthias Erzberger, den Waffenstillstandsvertrag, der einer politischen und militärischen Kapitulation gleichkam. An allen Fronten schwiegen die Waffen, der mörderischste Krieg, den die Weltgeschichte bisher erlebt hatte, war zu Ende. Dass ein Politiker der Parteienkoalition, die den neuen, demokratischen Staat zu tragen bereit war, seinen Namen unter diesen Waffenstillstandsvertrag gesetzt hatte, sollte der jungen Republik, wie sich bald herausstellte, noch teuer zu stehen kommen.

9.1 Wilhelm II.

Geboren am 27. Januar 1859 als ältester Sohn des preußischen Kronprinzen Friedrich Wilhelm, des späteren Kaisers Friedrich III., kam der Prinz als Kaiser Wilhelm II. mit 29 Jahren 1888 nach dem Tode seines Großvaters Wilhelm I. und seines Vaters auf den Thron. Obwohl er als junger Mann den Gründer des Reiches und Gestalter der deutschen Politik, Otto von Bismarck (► 8.11), glühend verehrt hatte, führte die Zusammenarbeit des jungen und selbstbewussten

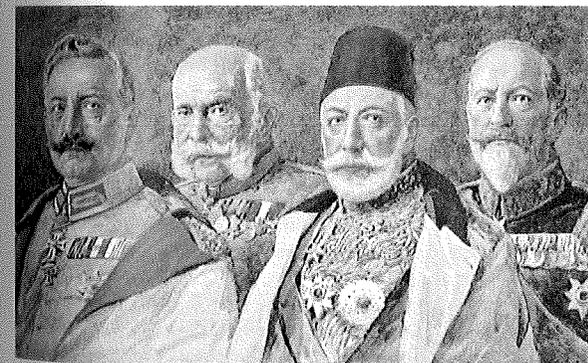
Monarchen mit dem greisen Kanzler bald zu Reibereien, die mit Bismarcks Entlassung im März 1890 endeten. Der Kaiser war entschlossen, selbst zu regieren und dem neuen Kanzler nicht mehr die Handlungsfreiheit einzuräumen, die Bismarck bei seinen Vorgängern bekommen hatte. Da er jedoch im Grund unsicher war und dazu neigte, unter dem Einfluss seiner Berater spontane Entscheidungen zu treffen, ohne vorher die Meinung erfahrener Experten und Diplomaten einzuholen, erhielt die deutsche Politik bald den Anstrich des Unstetigen und Unberechenbaren.

Anfänglich erschien der junge Kaiser den Zeitgenossen als ein Repräsentant einer neuen Zeit. Er war den Entwicklungen der modernen Technik gegenüber aufgeschlossen, schien von sozialen Ideen erfüllt und wandte sich zunächst engagiert der Frage des erweiterten Arbeiterschutzes zu, um die Arbeiterschaft für die Monarchie zu gewinnen. Der angekündigte »Neue Kurs« (► 9.2), mit dem die innenpolitische Stagnation der letzten Jahre überwunden werden sollte, wurde allgemein begrüßt; das Sozialistengesetz (► 8.30) wurde nicht mehr verlängert. Aber das echte Verständnis für die soziale Problematik und die Situation der Arbeiterschaft fehlte ihm dennoch.

Wilhelm II. besaß eine geradezu grotesk-altmodische, romantische Vorstellung von seiner Herrscheraufgabe, die sich bei ihm mit dem Bewusstsein paarte, anderen überlegen zu sein. Seine Vorliebe für Prunk und militärisches Gepränge, für Paraden und Manöver führte in der deutschen Gesellschaft zu einer krassen Überschätzung des Soldatentums und brachte dem Deutschen Reich den Ruf ein, eine Hochburg des Militarismus (► 9.5) zu sein. Zu dieser Ein-

schätzung trugen das Auftreten und die forschigen Reden Wilhelms II. bei, in denen oft ein kriegerischer und säbelrasselnder Ton vorherrschte, obwohl er im Grunde seines Herzens ein friedliebender Mensch war. Mit der ihm besonders am Herzen liegenden Flotte und ihrem durch Alfred von Tirpitz betriebenen, vom Kaiser gedeckten immensen Ausbau zog sich Deutschland schließlich in seiner gefährlichen Mittellage zwischen den bereits verbündeten Mächten Frankreich und Russland auch noch die Feindschaft Englands zu. In der Julikrise 1914 (► 9.14) ermunterte er Österreich-Ungarn, gegen Serbien als Hort der Verschwörung mit äußerster Schärfe vorzugehen, versuchte dann aber, als sich die Ausweitung zum großen Krieg anbahnte, noch verzweifelt über die »Verwandtschaft der Throne« die Entwicklung zu stoppen.

Während des 1. Weltkrieges trat der Kaiser immer mehr in den Hintergrund, besonders seit 1916 die 3. Oberste Heeresleitung (► 9.21) von den erfolgreichen Heerführern Paul von Hindenburg (► 10.29) und Erich Ludendorff (► 9.30) übernommen worden war. Bei Ausbruch der Novemberrevolution 1918 (9. November 1918, ► 10.1) riet ihm der letzte kaiserliche Reichskanzler zurückzutreten, um die Monarchie zu retten. Aber erst als die im Hauptquartier versammelten Armeeeoberbefehlshaber ihm deutlich machten, dass das Frontheer nicht mehr hinter ihm stehen würde und nicht gewillt sei, unter seinem Kommando gegen die Revolutionäre in der Heimat zu marschieren, entschloss er sich abzudanken und nach Holland ins Exil zu gehen. Hier lebte er bis zu seinem Tod am 4. Juni 1941, ohne auf die Entwicklung in Deutschland noch einmal Einfluss zu



◀ Postkarte aus dem Ersten Weltkrieg, die Wilhelm II. (links) zusammen mit den verbündeten Monarchen zeigt. Neben dem Deutschen Kaiser Franz-Joseph I. (Österreich-Ungarn), Sultan Mohammed V. Reschad (Osmanisches Reich) und Zar Ferdinand I. (Bulgarien)

nehmen. Auf Geheiß Hitlers wurde Wilhelm II. in Doorn mit militärischen Ehren beigesetzt.

9.2 »Neuer Kurs«

Als Wilhelm II. im März 1890 den Reichskanzler Otto von Bismarck (► 8.11) entlassen hatte, verkündete er, er werde den bewährten Kurs fortsetzen. Aber es kam dann doch sowohl in der Innen- wie in der Außenpolitik zu grundlegenden Veränderungen, die als »Neuer Kurs« bezeichnet wurden und die im Zusammenhang mit dem von Wilhelm II. (► 9.1) angestrebten »persönlichen Regiment« standen.

Ursprünglich war die Bezeichnung »Neuer Kurs« vor allem auf innenpolitische Maßnahmen bezogen, die im Gegensatz zur Innenpolitik Bismarcks neue Wege anzeigten und eine Politik der Versöhnung mit der Arbeiterschaft sowie mit anderen Gruppen der Gesellschaft anstrebten, die zu Bismarck in schroffer Opposition gestanden hatten. Das Sozialistengesetz (► 8.30) wurde nicht wieder verlängert. Mit einer umfangreichen Arbeiterschutzversicherung sollte die Masse der Industriearbeiter von der Sozialdemokratie (► 8.28), die in der Reichstagswahl vom 20. Februar 1890 soeben die stärkste Partei geworden war, getrennt und mit dem Staat versöhnt werden: generelles Verbot der Sonntagsarbeit für Kinder und der Fabrikarbeit für Kinder unter 13 Jahren, Begrenzung der Arbeitszeit für Frauen auf elf Stunden täglich, für Jugendliche unter 16 Jahren auf zehn Stunden. Gewerbergerichte sollten zukünftig betrieblichen Streit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern schlichten. Als es nicht gelang, die Arbeiterschaft der Sozialdemokratischen Partei zu entfremden und die Sozialdemokratie ihre Opposition gegen die Regierung nicht aufgab, verlor Wilhelm II. bald sein Interesse an dem sozialen Programm und ging wieder zu der repressiven Politik Bismarcks über.

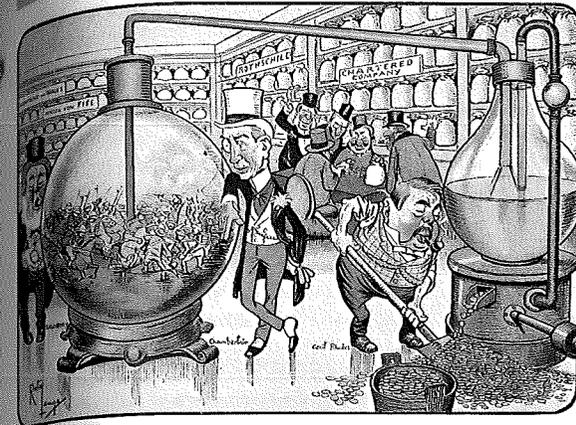
Die im »Neuen Kurs« besonders von dem Nachfolger Bismarcks, Reichskanzler Graf Leo von Caprivi, betriebene Handelspolitik schuf mit der Öffnung der Auslandsmärkte für die deutsche Industrie bei gleichzeitiger Auflockerung der bisherigen Schutzzollbestimmungen die Voraussetzung für den Aufschwung der deutschen Wirtschaft, rief aber auch den heftigen Protest der Großgrundbesitzer hervor, die im 1893 gegründeten »Bund der Landwirte« eine mächtige konservative Interessenvertretung besaßen.

Verhängnisvoll wirkten sich die im »Neuen Kurs« vorgenommenen Veränderungen in der deutschen Außenpolitik aus, vor allem die Nichtverlängerung des Rückversicherungsvertrages (► 8.35) mit Russland. Die neue Regierung glaubte, der Rückversicherungsvertrag mit Russland widerspreche den mit Österreich-Ungarn geschlossenen Vereinbarungen und schütze das Deutsche Reich nicht vor einem französischen Angriff. Der Kaiser schloss sich dieser Ansicht an. Obwohl Russland zu Zugeständnissen bei der Neufassung des Vertrages bereit war, beharrte die deutsche Seite auf der Ablehnung, die zudem noch in undiplomatisch schroffer Form mitgeteilt wurde. Der fast zeitgleich ausgehandelte Tauschvertrag zwischen Deutschland und England, in dem das Deutsche Reich gegen die Abtretung ostafrikanischer Gebiete (u. a. auch die Anerkennung des englischen Einflusses auf Sansibar) die Insel Helgoland erhielt (1. Juli 1890), schien Russland ein deutlicher Beweis dafür zu sein, dass die neue deutsche Reichsregierung jetzt die britische Freundschaft der russischen vorzog. Da zwischen Russland und Großbritannien erhebliche Spannungen wegen ihrer Interessengegensätze im Vorderen Orient und in Ostasien bestanden, verstärkte Petersburg jetzt seine Kontakte zu Paris. Damit war das kunstvoll geknüpft bismarcksche Bündnisystem zerbrochen; mit der Verbindung zwischen Russland und Frankreich war für das Deutsche Reich die Gefahr des Zweifrontenkrieges akut geworden. Dem Kaiser und der Regierung gelang es jedoch nicht, die Verbindung zu Großbritannien zu intensivieren und Großbritannien für ein Bündnis mit Deutschland zu gewinnen.

Als im Juli 1893 ein drohender Konflikt zwischen Großbritannien und Frankreich um Siam friedlich beigelegt und der Besuch eines russischen Geschwaders in Toulon im Oktober des gleichen Jahres ohne britischen Protest verlief, musste die Reichsregierung erkennen, dass ihre Außenpolitik gescheitert war. Der Versuch, sich über wirtschaftliche Zugeständnisse wieder an Russland anzunähern, scheiterte ebenfalls.

9.3 Imperialismus

Die Zeit vom letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bis zum Ausbruch des 1. Weltkrieges wird



◀ Die Politik der imperialistischen Mächte wurde in Deutschland auch kritisch gesehen, wie diese Karikatur der britischen Vorgehensweise zeigt. »Krieg und Kapitalismus oder die Verwandlung von Menschenblut in Gold« stand unter dem in der Zeitschrift »Der wahre Jacob« vom 5. Dezember 1899 veröffentlichten Farbdruck

allgemein als die klassische Epoche des Imperialismus bezeichnet. In dieser Zeit begannen die europäischen Großmächte, unterentwickelte, meist überseeische Gebiete als Kolonien in ihren Machtbereich einzubeziehen und auf diese Weise Weltmächte zu werden. Standen am Anfang der Kolonialpolitik wirtschaftliche Interessen im Vordergrund (durch den Erwerb von Kolonien sollten die eigene Rohstofflage verbessert und zusätzliche Absatzmärkte für die heimische Industrie gewonnen werden), so spielten in dem bald einsetzenden Wettlauf der Nationen um den »Platz an der Sonne« auch vorrangig strategische Gesichtspunkte eine entscheidende Rolle. In diesen Wettstreit griffen gegen Ende des Jahrhunderts auch die neuen Großmächte USA und Japan ein.

Die Aufteilung der Erde auf Kosten der nichtweißen Bevölkerung wurde in Europa und den USA durch pseudowissenschaftliche Thesen (v. a. den Sozialdarwinismus, der das Recht des Stärkeren vertrat) gestützt und gerechtfertigt. Deutschland beteiligte sich ab 1890 intensiv am imperialistischen Weltmachtstreben. Allerdings konnten die in dieser Phase erworbenen Kolonien in Ostasien und im Pazifik in ihrer Bedeutung den Vergleich mit den kolonialen Erwerbungen der Bismarckzeit nicht aufnehmen. Träger der neuen deutschen Kolonialpolitik waren vor allem die Deutsche Kolonialgesellschaft, der Alldeutsche Verband (► 9.4) und der Flottenverein, die mit einem gewaltigen Propagandaaufwand die Flottenpolitik (► 9.6) des Kaisers und seines Marinestaatssekretärs Alfred von Tirpitz massiv unterstützten. Dass sich das Deutsche Reich mit seinem Welt-

machtstreben und seiner hastigen Flottenrüstung die Feindschaft Großbritanniens zuziehen musste, wollte man nicht sehen, und so hingen sowohl der Kaiser wie die Verantwortlichen in der Reichsregierung, aber auch die Mehrheit des imperialistischen Politikers mittragenden konservativen Bürgertums dem irrigen Glauben an, dass Großbritannien wegen seiner Gegnerschaft zu Russland und Frankreich das Bündnis mit Deutschland suchen müsste.

9.4 Alldeutscher Verband

Als Reaktion auf den am 1. Juli 1890 mit Großbritannien abgeschlossenen Helgoland-Sansibar-Vertrag, durch den das Deutsche Reich im Tausch gegen ostafrikanische Gebiete die Nordseeinsel Helgoland erhielt, entstand in Deutschland die überparteiliche, nationalistische Bewegung der Alldeutschen, die sich 1891 im Alldeutschen Verband eine einflussreiche Organisation schufen. Sie forderten die Stärkung des deutschen Nationalbewusstseins in enger Verbindung mit völkischen und imperialistischen Zielen, eine wesentlich aggressivere deutsche Kolonialpolitik und den raschen Ausbau der Flotte als dem Instrument, mit dem am wirkungsvollsten deutsche Weltmachtstellung demonstriert werden konnte.

Der radikal-chauvinistische Alldeutsche Verband blieb zwar in seinen Mitgliederzahlen relativ begrenzt – die höchste Mitgliederzahl betrug etwa 40 000 –, verfügte aber über einflussreiche Verbindungen zur Regierung und zu den engsten Beratern des Kaisers. Mit seiner vom Sozialdarwinismus geprägten politischen

Grundeinstellung, die dem Recht des Stärkeren über den Schwächeren absoluten Vorrang einräumte, war von Anfang an ein rassistisch begründeter Antisemitismus verbunden. Im 1. Weltkrieg waren es vor allem die Alldeutschen, die mit weit überzogenen *Kriegszielvorstellungen* (► 9.20) die Atmosphäre vergifteten und so von vornherein jede Möglichkeit ausschlossen, mit der Gegenseite zu einem Verständigungsfrieden zu kommen. Ihre Forderungen nach deutschem *Lebensraum* (► 11.30) und Zurückdrängung fremden Volkstums kehren im Programm der *Nationalsozialisten* (► 10.35) und in *Adolf Hitlers* (► 11.2) Buch »Mein Kampf« wieder.

9.5 Militarismus

Das Schlagwort »Militarismus«, entstanden in Frankreich um 1860, bedeutet eine Überbewertung militärischen Denkens auch im nicht militärischen, zivilen Lebensbereich, eine Überbetonung militärischer Formen in nahezu allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens, vor allem auch in der Erziehung und Ausbildung der jungen Generationen. Schließlich bezeichnet »Militarismus« die Vorherrschaft des Militärs und militärähnlicher Institutionen in einem Staatswesen im Unterschied zu zivil ausgerichteten Demokratien, in denen dem vorhandenen Militär eine begrenzte und gesetzlich verankerte Funktion zugewiesen ist.

In Preußen-Deutschland hatte das Militär schon aus langer Tradition eine bevorzugte Stellung inne. Auch in den anderen Staaten Europas, die sich jetzt im Zeitalter des ausgeprägten Nationalismus und Imperialismus um einen vorderen Platz in der Weltrangordnung bemühten, spielten das Militär, Uniformen und Paraden eine große Rolle. Aber erst Kaiser *Wilhelm II.* (► 9.1) verhalf durch seine Vorliebe für militärische Schauspiele jeder Art, durch die Bevorzugung militärischer Umgangsformen, durch sein persönliches Auftreten in der Öffentlichkeit in immer wieder neuen Uniformen, dem Soldatenstand zu einer Spitzenstellung in der Rangordnung der Nation, die ihresgleichen in der Welt nicht hatte. Der Militärdienst wurde zur »Schule der Nation« aufgewertet. Wer gedient hatte, galt mehr in der Gesellschaft, wer in seiner beruflichen Laufbahn vorankommen wollte, musste natürlich Reserveoffizier sein. Hinzu kam die große Leiden-

schaft des Kaisers, die allerdings von der überwiegenden Mehrheit des Volkes mitgetragen wurde, für die kaiserliche Marine, des Kaisers »liebste Kind«. So hat sich bei ausländischen Besuchern und kritischen Beobachtern der Eindruck festgesetzt und in der Welt verbreitet, dass die politische Kultur des Deutschen Reiches in der Wilhelminischen Zeit – und darüber hinaus – in besonderem Maße vom Militarismus geprägt war.

9.6 Flottengesetze – Flottenbau

Der vom »Neuen Kurs« (► 9.2) der Reichsregierung unter der Regie Kaiser *Wilhelms II.* (► 9.1) seit 1890 betriebene Übergang der deutschen Politik zur Weltmachtpolitik und die auf Weltweit Expansion zielende deutsche Handelspolitik ließen beim Kaiser, seiner Regierung und



▲ Die Absicht Deutschlands, im Wettstreit der imperialistischen Mächte ebenfalls einen »Platz an der Sonne« zu erringen, setzte die Fähigkeit voraus, als Seemacht zu agieren. Admiral Tirpitz, auf dem Bild als Poseidon vor Helgoland karikiert, baute ab 1898 die deutsche Flotte zur zweitstärksten der Welt nach demjenigen Englands aus

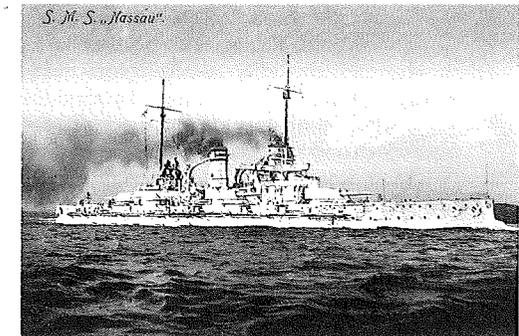
den Führern in Wirtschaft und Großindustrie bald die Überzeugung reifen, dass zur Absicherung einer angestrebten politischen und wirtschaftlichen Weltmachtstellung eine starke deutsche Kriegsflotte unerlässlich war.

Diese Überlegungen wurden zu einem konkreten Flottenbauprogramm, seit 1897 Admiral Alchesin von Tirpitz Staatssekretär im Reichsmarineneamt geworden war. Besessen von der Idee, als sichtbarbares Zeichen deutscher Weltmachtstellung eine starke Flotte aufzubauen, machte Tirpitz das Reichsmarineneamt zur Propagandazentrale für seine Flottenpläne. Mit Vorträgen, Veranstaltungen und Werbeschriften wurde eine Werbekampagne gestartet, an der sich Universitätsprofessoren, Marineoffiziere und der von Tirpitz mitgegründete »Deutsche Flottenverein« beteiligten, und eine Marinebegeisterung in der Bevölkerung entfacht, die mit dazu beitrug, dass das von Tirpitz eingebrachte Flottengesetz und die zum Ausbau der Schlachtflotte benötigten erheblichen Etatgelder vom Reichstag bewilligt wurden.

Begründet wurde das Gesetz mit dem Argument, die deutschen Handelsinteressen in der Welt müssten durch eine starke Flotte geschützt werden. Für Tirpitz selbst war jedoch England der eigentliche Gegner des Deutschen Reiches, der seinem Streben nach Weltgeltung im Wege stand. Schon 1900 legte er mit dem zweiten Flottengesetz ein weiteres beträchtliches Ausbauprogramm vor. Die in dieser Zeit laufenden deutsch-britischen Verhandlungen über eine Abstimmung der Flottenstärken scheiterten vor allem an der deutschen Überheblichkeit. In der Propaganda, vor allem betrieben vom »Deutschen Flottenverein« und vom *Alldeutschen Verband* (► 9.4), kam jetzt zunehmend ein englandfeindlicher Ton auf. England wurde als habgierige Macht dargestellt, die eifersüchtig darauf bedacht sei, ihren Vorsprung als erste Seemacht der Welt nicht zu verlieren. Umgekehrt breitete sich in der englischen Publizistik ein hochgradiger Deutschenhass aus.

Die zur »Entente cordiale« führenden britisch-französischen Bündnisabsprachen 1904 wirkten in Deutschland wie ein Schock, da weder der Kaiser noch der Reichskanzler (von 1900 bis 1909 Fürst Bülow) eine Verständigung zwischen den beiden Mächten wegen ihrer kolonialen Gegensätze für möglich gehalten hatten. England forcierte seine Flottenrüstung mit dem

Bau schneller, gepanzelter und mit schwerer Artillerie bestückter Großkampfschiffe der »Dreadnought«-Klasse (»Fürchtenichts«, benannt nach einem 1905/06 gebauten großen britischen Linienschiff). Die Deutschen zogen nach, 1906 wurden vom Reichstag weitere enorme Ausgaben für den Bau der superschwe-



▲ Die deutsche Flotte war nicht nur »des Kaisers liebste Kind«, sondern auch ein wichtiges Element in der Rivalität der Großmächte. Ihr Bau trug wesentlich zur Gegnerschaft zwischen dem Deutschen Reich und Großbritannien und damit letztlich zur Isolierung Deutschlands bei. Das Bild zeigt das 1908 vom Stapel gelaufene Linienschiff »Nassau«

ren Schlachtschiffe bewilligt, für die der Nord- und Ostsee verbindende »Kaiser-Wilhelm-Kanal« sowie der Kriegshafen Wilhelmshaven ausgebaut werden mussten.

Dennoch gab es von beiden Seiten wiederholt Versuche, den Rüstungswettlauf zu beenden und eine Absprache über die Flottenstärken zu erreichen, vornehmlich seit auf deutscher Seite im Reichskanzleramt Theodor von Bethmann-Hollweg Fürst Bülow abgelöst hatte (ab 1909). Der neue Kanzler setzte in der Außenpolitik auf einen Ausgleich mit England und versuchte, seine Flottenbegrenzungspläne durchzusetzen. Von britischer Seite wurde 1912 noch einmal ein Verständigungsversuch unternommen mit dem Besuch des kompromissbereiten Kriegsministers Haldane in Berlin. Auch diese letzte Ausgleichschance wurde vertan, scheiterte am gegenseitigen Misstrauen, vor allem aber, weil der Kaiser es strikt ablehnte, über »seine Flotte« überhaupt zu verhandeln.

9.7 Bagdadbahn

Im Zuge des wirtschaftlichen *Imperialismus* (► 9.3) waren gegen Ende des 19. Jahrhunderts deutsche Banken in Zusammenarbeit mit der deutschen Schwerindustrie in den Eisenbahnbau im türkischen Kleinasien eingestiegen und hatten 1899 die »Anatolische Eisenbahngesellschaft« gegründet. Neben anderen Wirtschaftsaufträgen erhielt die Gesellschaft vom türkischen Sultan die Konzession zum Bau einer Eisenbahnlinie, die von Konstantinopel bis Bagdad reichen und später bis zum Persischen Golf verlängert werden sollte. Mit diesem Projekt stieß das deutsche Wirtschaftsunternehmen jedoch auf britische und russische Interessen im Vorderen Orient. Die amtliche deutsche Politik stand deshalb anfänglich dem Bau der Eisenbahnlinie zurückhaltend gegenüber und unterstützte ihn kaum.

Der im Jahre 1903 begonnene Bau der Bagdadbahn wurde dennoch zu einem Politikum. Hier aber hat die deutsche Regierung, anders als in der Flottenpolitik, erstaunliches Augenmaß bewiesen und sich erfolgreich bemüht, die unvermeidlichen Spannungen mit Russland und Großbritannien in Grenzen zu halten. Zwar hatte die Orientreise des Kaisers 1908 anfänglich den Eindruck erweckt, das Deutsche Reich sei nun im Begriff, die Schutzherrschaft über die 300 Millionen Muslime zu beanspruchen. Aber es gelang dann der um Ausgleich bemühten Politik der Reichsregierung doch, trotz des Weiterbaues der Bahn und der Betonung der traditionellen Freundschaft mit der Türkei, 1911 ein Abkommen mit Russland über den Anschluss der russischen Bahn in Persien an die Bagdadbahn zu schließen. Und mit Großbritannien wurde die in den Balkankriegen 1912/13 praktizierte Zusammenarbeit zur Friedenssicherung noch im Juni 1914 mit einem Vertragsabschluss über den Weiterbau der Bahn von Basra bis zum Golf unter britischer Regie fortgesetzt. Dieses Abkommen konnte jedoch infolge des Kriegsausbruches nicht mehr ratifiziert werden.

9.8 Schlieffenplan

Dieser von dem Chef des Generalstabes der preußischen Armee, Alfred Graf von Schlieffen, 1905 entwickelte Strategieplan für den Fall



▲ Alfred Graf von Schlieffen, 1891–1905
 Chef des preußischen Generalstabs,
 Schöpfer des nach ihm benannten
 deutschen Kriegsplans für den Fall
 eines Zweifrontenkrieges

eines Krieges ging von der Annahme eines Zweifrontenkrieges aus, in den das Deutsche Reich durch die verbündeten Mächte Frankreich und Russland verwickelt werden könnte. Der Plan berücksichtigte die schwierige Situation der deutschen Mittellage, die die deutschen Militärs zwingt, mit dem Großteil der deutschen Streitkräfte in der ersten Kriegsphase durch einen überfallartigen Überraschungsschlag die Armeen Frankreichs auszuschalten, um dann die gesamte Heeresmacht dem russischen Aufmarsch entgegenwerfen zu können. Der Plan, neben dem es eine Alternative nicht gab, war militärtechnisch und strategisch genial, in seinen Auswirkungen aber fatal. Er setzte voraus, dass der deutsche Angriff so früh wie möglich erfolgte, um Frankreich gegenüber den Überraschungseffekt voll auszunutzen. Dazu kalkulierte er von vornherein die Verletzung der Neutralität Belgiens ein. Im ersten Falle bedeutete dies, dass in der auf den Krieg zusteuern Krisensituation die Militärs die Politiker drängen würden, den Krieg zu beginnen, noch laufende Verhandlungen abzubrechen, damit die Angriffsoperationen so früh wie möglich gestartet werden konnten. Im Falle

der Neutralitätsverletzung Belgiens aber würde Großbritannien mit Sicherheit an der Seite Frankreichs in den Krieg eintreten. Beide negativen Auswirkungen des Planes haben sich in der Julikrise (► 9.14) vor Ausbruch des 1. Weltkrieges eingestellt: Die deutsche Politik war nicht mehr Herr ihrer Entschlüsse, weil die Generale zum Losschlagen drängten. So wurde das Reich, indem es Russland am 1. August, Frankreich am 3. August als erste Macht den Krieg erklärte, vor der Weltöffentlichkeit zum Aggressor. Die Verletzung der belgischen Neutralität löste erwartungsgemäß den Kriegseintritt Englands aus (4. August). Auch der Überraschungsschlag gelang schließlich nicht, die französischen Armeen konnten vielmehr, unterstützt durch britische Divisionen, den deutschen Vormarsch in der *Marneschlacht* (► 9.16) stoppen und damit zugleich das ganze Konzept des Schlieffenplanes zum Einsturz bringen.

9.9 Haager Friedenskonferenzen

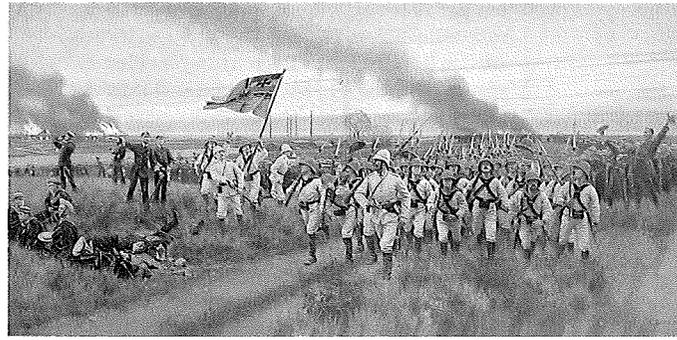
Auch in den Jahrzehnten vor dem 1. Weltkrieg, die durch ein allgemeines Wettrüsten gekennzeichnet sind, gab es bereits eine internationale Friedensbewegung, die besonders in den westlichen Ländern eine breite Anhängerschaft besaß. Auf Initiative des russischen Zaren Nikolaus II. kam die erste Haager Friedenskonferenz zustande, an der 26 Staaten, darunter neben allen europäischen auch China, Japan, Siam, Mexiko und die USA, teilnahmen (18. Mai bis 29. Juli 1899). Gemessen an den hohen Erwartungen war das Ergebnis enttäuschend. Man diskutierte u. a. die Einrichtung eines ständigen internationalen Schiedsgerichtshofes, der zukünftig Streitfälle der Staaten auf dem Verhandlungswege regeln sollte, aber keine der Großmächte war bereit, sich in ihrer Souveränität durch eine neutrale Schiedsstelle einschränken zu lassen. Angenommen wurden schließlich drei Abkommen: 1. Abkommen zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle, 2. Abkommen über die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges, 3. Abkommen über die Anwendung der Grundsätze der Genfer Konvention vom 22. 8. 1864 auf den Seekrieg. Diese Abkommen wurden auf der zweiten Haager Friedenskonferenz, an der nahezu alle Staa-

ten der Erde (45) vom 15. Juni bis 18. Oktober 1907 teilnahmen, ergänzt. Der Versuch der britischen Regierung, die Begrenzung der Flottenrüstung auf die Tagesordnung der Konferenz setzen zu lassen, wurde in den Vorverhandlungen von der deutschen Regierung in so schroffer Form zurückgewiesen, dass sich nun der Eindruck festsetzte, dass das Deutsche Reich und vorrangig auch der Kaiser der Flotte zuliebe jede internationale Friedens- und Abrüstungsinitiative torpedieren würden – zumal sich schon auf der ersten Konferenz besonders die Deutschen in dem Widerstand gegen die geplante Schiedsstelle hervorgetan hatten. Schließlich wurden von der Konferenz 13 Abkommen angenommen, von denen aber nur zwölf auch tatsächlich ratifiziert wurden. Problematisch und umstritten blieb die Übereinkunft über die Gesetze und Gebräuche des Seekrieges, die erst 1909 in der Londoner Seerechtsdeklaration verabschiedet, aber nie ratifiziert wurde.

Den Haager Friedenskonferenzen kommt trotz ihrer geringen Erfolge eine historische Bedeutung zu: Die Staatengemeinschaft hatte begonnen, sich über gewisse Bereiche des Völkerrechts Gedanken zu machen. Die Frage der Rüstungsbeschränkung war erstmals ernsthaft angesprochen worden (durch Russland). Die Forderungen nach Abrüstung und Völkerverständigung sind seitdem nicht mehr verstummt. Die Bemühungen, zur Sicherung des Friedens in dieser Richtung Fortschritte zu erzielen, reichen von den Haager Friedenskonferenzen über den *Völkerbund* 1919 (► 10.27) und die Vereinten Nationen 1945 bis zu den Genfer Verhandlungen der Supermächte in unseren Tagen.

9.10 Daily-Telegraph-Affäre

Der deutsche Kaiser hatte schon mehrfach durch spontane öffentliche Äußerungen außenpolitischen Ärger und innenpolitische Verstimmung verursacht, so mit der Krüger-Depesche im Burenkrieg 1896, in der er dem Präsidenten der Südafrikanischen Republik, P. Kruger, zur Abwehr des Einfalls bewaffneter britischer Siedler gratuliert hatte und damit Großbritannien vor den Kopf stieß, oder mit der unseligen »Hunnenrede« während des so genannten Boxeraufstandes in China 1900, in der er die Soldaten des deutschen Expeditionskorps auf-



◀ Das im Rahmen der internationalen Streitmacht zur Niederschlagung des Boxeraufstands in China eingesetzte deutsche Expeditionskorps führte nach dem Kommando »Germans to the front« einen wichtigen Entlastungsangriff durch

rief, gegen die aufständischen Chinesen grausam und rücksichtslos wie Hunnen vorzugehen. Dieser Vergleich deutscher Soldaten mit Hunnen wurde im 1. Weltkrieg von der Kriegspropaganda der Alliierten weidlich gegen die deutsche Kriegführung ausgeschlachtet.

Die Daily-Telegraph-Affäre wurde ausgelöst durch ein Interview des Kaisers, das aus Gesprächen mit einem britischen Offizier anlässlich eines privaten Urlaubs in England zusammengestellt und am 28. Oktober 1908 in der britischen Zeitung »The Daily Telegraph« veröffentlicht wurde. Sie führte in Deutschland zu einer Krise des monarchischen Systems. In dem Interview stellte der Kaiser sein ständiges Bemühen um ein freundschaftliches Verhältnis zu Großbritannien heraus, mit dem er im deutschen Volk jedoch nahezu allein dastünde. Die deutsche Flottenrüstung sei nicht gegen England gerichtet, sondern allein zum Schutz des deutschen Welthandels. England werde vielleicht noch eines Tages froh sein, sich bei seinen Unternehmungen in Ostasien auf die Hilfe der deutschen Flotte stützen zu können. Im Burenkrieg habe er einen Bund der Kontinentalmächte gegen England verhindert und für seine Großmutter, die britische Königin Viktoria, einen Feldzugsplan entworfen, der offensichtlich dem britischen General als Vorlage gedient habe.

In Großbritannien empörte man sich über die Anmaßung des Kaisers, er habe gewissermaßen den Burenkrieg entschieden, sein Liebeswerben um England wurde mit Hohn und Spott überschüttet und als unaufrichtig abgetan, da er durch seine Flottenaufrüstung Großbritannien zu übermäßig hohen Ausgaben gezwungen habe. Auch in Deutschland war die Entrüstung bei allen Parteien groß, weil sich der

Kaiser als allein verantwortlicher Leiter der deutschen Politik hingestellt habe. Mit seinen naiv-offenen Enthüllungen und teilweise selbstgefälligen Taktlosigkeiten habe er dem Ansehen des Reiches und der deutschen Monarchie Schaden zugefügt. Zwei Tage, am 10. und 11. November 1908, debattierte der Reichstag über die Affäre. Der Kaiser saß gewissermaßen auf der Anklagebank. Auch die konservativen Parteien verlangten, dass sich der Kaiser in Zukunft zurückhalte und Abschied vom »persönlichen Regiment« nehme. SPD und Freisinnige Partei versuchten die Stunde der Kritik zu einer Verfassungsänderung zu nutzen, um eine Parlamentarisierung nach westeuropäischem Vorbild durchzusetzen. Aber dafür war die Zeit noch nicht reif.

9.11 Marokkokrisen/ »Panthersprung«

Die deutsche Reichsregierung war bisher in ihrer Politik davon ausgegangen, die weltpolitischen Interessengegensätze zwischen Großbritannien und Frankreich sowie zwischen Russland und Großbritannien seien so unüberwindlich, dass das Deutsche Reich jederzeit seinen jeweiligen tagespolitischen Interessen entsprechend die Akzente seines Handelns einmal in Richtung Großbritannien, einmal in Richtung Russland stärker setzen könne. Doch Großbritannien und Frankreich verständigten sich 1904 über ihre kolonialen Ansprüche. Der Abschluss dieser »Entente cordiale« (»herzliches Einverständnis«) zerstörte jäh alle Illusionen in Berlin. Man begann zu ahnen, dass Großbritannien im Begriff war, ganz in das Lager der Feinde Deutschlands überzugehen.

Marokko war im britisch-französischen Kolonialabkommen zum Interessengebiet Frankreichs erklärt worden. Auf die im Sommer 1904 begonnene »friedliche Durchdringung« des Landes durch Frankreich glaubte die deutsche Reichsregierung zur Wahrung ihrer Handelsinteressen in dieser Region reagieren zu müssen. Reichskanzler Fürst von Bülow inszenierte den Besuch des Kaisers in Tanger am 31. März 1905, um dadurch die Souveränität des Sultans von Marokko zu unterstreichen. Der Kaiserbesuch erregte beträchtliches Aufsehen. In Frankreich befürchtete man, Deutschland sei zum Krieg entschlossen, die günstige Situation auszunutzen, da Russland, der Bündnispartner Frankreichs, in dieser Zeit in Ostasien in einen Krieg mit Japan verwickelt war. Die französischen Versuche, sich mit dem Deutschen Reich über einen Interessenausgleich zu arrangieren, lehnte der Reichskanzler ab und setzte eine internationale Konferenz durch, auf der Frankreichs Ausdehnungsdrang in Marokko Schranken gesetzt werden sollten. Aber auf der im Sommer 1906 in Algier stattfindenden Konferenz war nicht Frankreich, sondern das Deutsche Reich mit seinem Vorhaben isoliert und musste eine diplomatische Niederlage hinnehmen. Frankreich blieb in Marokko mit Vorrechten ausgestattet, die deutschen Handels- und Wirtschaftsrechte erkannte Frankreich jedoch in einem zweiseitigen Abkommen im Februar 1909 ausdrücklich an.

Im Frühjahr 1911 nahm Frankreich Unruhen im Lande zum Anlass, mit der militärischen Besetzung Marokkos zu beginnen. Jetzt reagierte die Reichsregierung mit der Entsendung des Kanonenbootes »Panther« nach dem marokkanischen Hafen Agadir. Das war Politik hart am Rande des Krieges. Das Deutsche Reich war an sich bereit, Marokko den Franzosen zu überlassen, es forderte aber für dieses Entgegenkommen das französische Kongogebiet. Frankreich blieb jedoch unnachgiebig und lehnte die deutsche Forderung, gestützt auf die Rückendeckung durch Großbritannien, ab. Nach zähen Verhandlungen musste sich das Reich mit einem Teilgebiet des französischen Kongo zufriedengeben. In der deutschen Öffentlichkeit wurde das Ergebnis als schwere diplomatische Niederlage angesehen, im Reichstag wurde der Reichskanzler beschuldigt, eine schwächliche Haltung an den Tag gelegt und »gekniffen« zu haben.

9.12 Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn/ Balkankriege

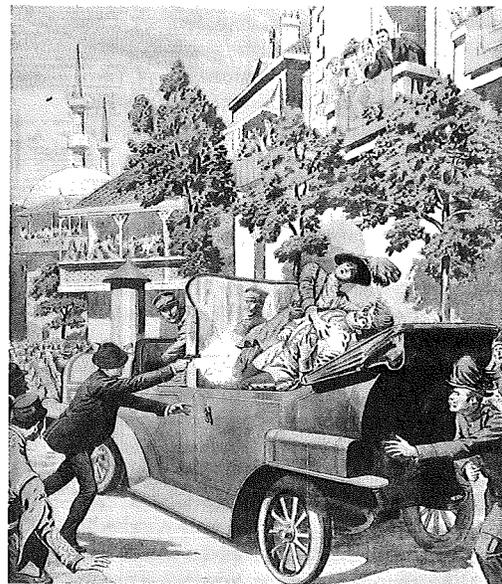
Der Zweibund zwischen dem Deutschen Reich und dem Habsburgerreich, das sich seit dem Ausgleich mit Ungarn 1867 (► 8.17) Kaiser- und Königreich Österreich-Ungarn nannte, bestand seit 1879 als Kernpunkt des bismarckschen Bündnissystems (► 8.33). Aber der Reichsgründer und erste Reichskanzler Bismarck hatte auch sehr deutlich die Schwierigkeiten gesehen, auf die die Doppelmonarchie in einer Zeit zuzuging, in der die einzelnen Nationalitäten immer lauter ihre Rechte forderten, und weitere Absicherungen für das Deutsche Reich in seiner Bündnispolitik über den Zweibund hinaus geschaffen. Dieses System war unter seinen Nachfolgern auseinander gefallen. Österreich-Ungarn war als einzige Macht ein verlässlicher Bündnispartner Deutschlands geblieben, aber es war ein Vielvölkerstaat, der sich stark im südosteuropäischen Raum engagiert hatte. Mit der Annexion der ehemaligen türkischen Provinzen Bosnien und Herzegowina 1908, nachdem bereits der Berliner Kongress 1878 (► 8.34) dem Habsburgerstaat das Recht zuerkannt hatte, die beiden slawischen Länder zu verwalten, verstrickte sich die Wiener Regierung immer tiefer in die ungelösten Probleme des Krisenherdes Balkan und stieß dort auf die russischen Interessen und den von Petersburg geschürten Panlawismus. Der Schritt Österreich-Ungarns gefährdete die südslawische Sammlungsbewegung des russischen Verbündeten Serbien, das bestrebt war, einen Zugang zur Adria zu erreichen.

In den Balkankriegen 1912 und 1913, in denen die Balkannationen weitgehend die Auflösung des europäischen Herrschaftsgebietes der Türkei erzwangen, dann aber auch übereinander herfielen, als sie sich nicht über die Aufteilung Montenegros einigen konnten (2. Balkankrieg 1913), stand auch die Existenz der europäischen Großmacht Österreich-Ungarn auf dem Spiel. Es zeigte sich erneut mit aller Deutlichkeit, wie problematisch es für das Deutsche Reich war, mit der von inneren Nationalitätenkämpfen geschüttelten und von außen durch den Panlawismus bedrohten Donaumonarchie so eng verbündet zu sein. Die konstruktive Zusam-

menarbeit zwischen Berlin und London bei der Ausarbeitung von Kompromissen zum Erhalt des Friedens konnte aber den Ausbruch des großen Krieges zwischen den Bündnissystemen noch einmal verhindern.

9.13 Attentat von Sarajewo

In die über ganz Europa lastende gewitterschwüle Atmosphäre, die seit den *Balkankriegen* (► 9.12) durch lautstarke, kriegerische Töne anschlagende Pressekampagnen entstanden war, platzten am 28. Juni 1914 die Schüsse eines serbischen Freischärlers, die in Sarajewo den österreichischen Thronfolger, Erzherzog Franz Ferdinand, und seine Frau töteten. Politische Attentate auf führende Staatsmänner und gekrönte Häupter waren in dieser Zeit nichts Außergewöhnliches. Dieser Mord aber besaß eine besondere Brisanz, denn er brachte die zwischen dem Kaiserstaat und Serbien als dem Förderer der südslawischen Freiheitsbewegung entstandenen Spannungen zur Entladung und



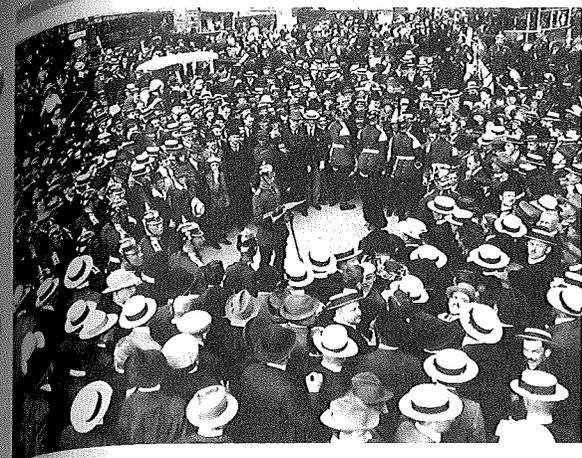
▲ Zeitgenössische Darstellung des Attentats von Sarajewo, das als Auslöser des Ersten Weltkriegs gilt. Der österreichische Erzherzog Franz Ferdinand und seine Frau sinken von Pistolenkugeln getroffen im Wagen zusammen

bedrohte damit die Donaumonarchie in ihrer Existenz. Hinter dem Attentäter stand eine slawische Geheimorganisation, deren Kommandostelle in Serbien vermutet wurde.

Erzherzog Franz Ferdinand war für die Gleichberechtigung der slawischen Völker im Habsburgerreich entsprechend dem Ausgleich mit Ungarn eingetreten. Hätte er nach seiner Thronbesteigung diese föderalistischen Pläne durchgesetzt, wäre den panslawistischen Freiheitsbestrebungen die Grundlage für ihre Agitation entzogen worden. Nach der Ermordung des Thronfolgers lag die Initiative zunächst in Wien, wo eine Kriegspartei unter dem Generalstabschef Franz Conrad von Hötzendorf auf einen raschen Schlag gegen Serbien drängte. Dazu benötigte man aber die deutsche Rückenbedeckung gegen Russland, die die deutsche Reichsregierung dem Bündnispartner ohne Zögern bei dem für notwendig gehaltenen sofortigen und energischen Vorgehen gegen Serbien zusagte. Man ging in Berlin davon aus, dass mit einem schnellen Vergeltungsschlag gegen die in Serbien vermuteten Urheber der Verschwörung der Konflikt lokalisiert und der Ausbruch eines europäischen Krieges vermieden werden könnte. Bei energischer Unterstützung Österreich-Ungarns, so kalkulierte man in Berlin, würde Russland seinen serbischen Verbündeten nicht zu Hilfe kommen, andernfalls, so glaubte man, würden Großbritannien und Frankreich nicht wegen Serbien Krieg führen, sondern Russland im Zaum halten. Die Einbindung der einzelnen europäischen Großmächte in die beiden sich seit langem feindlich gegenüberstehenden Bündnissysteme führte dann aber in der *Julikrise* (► 9.14) folgerichtig in den 1. Weltkrieg, nachdem Deutschland dem österreichischen Verbündeten freie Hand gegen Serbien gegeben hatte.

9.14 Julikrise 1914/ Kriegsbeginn

Österreich-Ungarn war entschlossen, die Ermordung seines Thronfolgers, des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Frau, im *Attentat von Sarajewo* (► 9.13) am 28. Juni 1914 schon aus Prestige Gründen mit einem sofortigen, energischen Vorgehen gegen Serbien, in dessen Militär- und Geheimdienstkreisen man die Rätselsführer vermutete, zu ahnden. Kaiser Wil-



◀ Ein Offizier verliert am 31. Juli 1914 in Berlin »Unter den Linden« die Verkleidung des »Zustands drohender Kriegsgefahr«, am 1. August erfolgt die deutsche Generalmobilmachung

helm II. und die Reichsregierung sagten am 6. Juli der österreichischen Regierung ihre volle Unterstützung zu. Diese Zusage ist als Ausstellung eines »Blankoschecks« bezeichnet und später heftig kritisiert worden. In Berlin glaubte man aber, mit einer raschen Aktion gegen Serbien könnten vollendete Tatsachen geschaffen werden und so der Konflikt lokalisiert bleiben. Man wollte im Prinzip einen größeren Krieg vermeiden, schloss ihn aber auch nicht von vornherein aus. Der Kaiser begab sich traditionsgemäß auf seine Nordlandreise, ebenso gingen die Verantwortlichen in Urlaub oder zur Kur. Die Presse erhielt Anweisung, nicht die Gefahr möglicher kriegerischer Verwicklungen herauszustellen.

Das österreichische Ultimatum wurde wegen der Anwesenheit Poincarés in Petersburg erst am 23. Juli in Belgrad übergeben. Dies war ein notwendiger Zeitverlust, doch war man in Wien unschlüssig, wie man sich verhalten solle, und hatte sich erst auf mehrfaches Drängen der deutschen Reichsregierung zu einer Aktion gegen Serbien entschlossen. Das auf 48 Stunden befristete österreichische Ultimatum stellte teilweise fast unannehmbare Forderungen; es verlangte die rigorose Strafverfolgung der Verschwörer, auch aller Hintermänner, und die Teilnahme österreichischer Dienststellen an den Nachforschungen. In Wien rechnete man mit der Ablehnung aus Belgrad, worauf dann die Kriegserklärung erfolgen sollte. Aber die Regierung in Belgrad erkannte am 25. Juli die Forderungen in weiten Teilen an. Die Welt atmete auf. Kaiser Wilhelm II. stellte erleichtert

fest, dass nun jeder Kriegsgrund hinfällig geworden sei. Österreich hielt die serbische Antwort dennoch für ungenügend, brach am 25. Juli die diplomatischen Beziehungen zu Belgrad ab und begann mit der Mobilmachung; am 28. Juli wurde die Kriegserklärung ausgesprochen und am 29. Juli mit der Beschließung Belgrads begonnen.

Damit war eine entscheidende Veränderung der diplomatischen und moralischen Situation für die Mittelmächte eingetreten. Bisher hatte Großbritannien sich bemüht, den österreichisch-serbischen Konflikt vor ein internationales Schiedsgericht zu bringen, das war nun nicht mehr möglich. Der deutsche Reichskanzler Th. von Bethmann Hollweg drängte in der Nacht vom 29. zum 30. Juli die österreichische Regierung zu direkten Verhandlungen mit Russland, um eine Begrenzung des Konfliktes mit Serbien zu erreichen; doch am 30. Juli erfolgte die Mobilmachung der russischen Streitkräfte, anfangs eine Teilmobilisierung, dann aber zur Generalmobilmachung erweitert. Sie löste eine Welle von Kriegsvorbereitungen aus, die nun nicht mehr aufzuhalten war.

Zwar bewirkte der beschwörende Appell Wilhelms II. an den Zaren noch einmal für Stunden einen Stopp der Mobilisierungsmaschinerie, aber der Zar vermochte sich nicht gegenüber seinen Generalen durchzusetzen. Nachdem am 31. Juli die russische Generalmobilmachung endgültig bekannt war, drängten die deutschen Generale die Reichsregierung, schnell klare Verhältnisse zu schaffen, damit der deutsche Aufmarsch nach dem *Schlieffenplan* (► 9.8) in

Gang gesetzt werden konnte. So erfolgte am Abend des 1. August, nachdem von Petersburg die deutsche Forderung nach Aufhebung der Mobilmachungorder abgelehnt worden war, die deutsche Kriegserklärung an Russland. Eine Anfrage in Paris sollte die Haltung Frankreichs klären, die an sich eindeutig war; da sich aber die Franzosen geschickt zurückhielten, erklärte die unter dem Druck des Militärs stehende Reichsregierung am 3. August Frankreich den Krieg. Mit dem Einmarsch deutscher Armeen in Belgien war nun auch für Großbritannien der Bündnisfall eingetreten, seine Kriegserklärung wurde am 4. August überreicht.

9.15 Burgfrieden

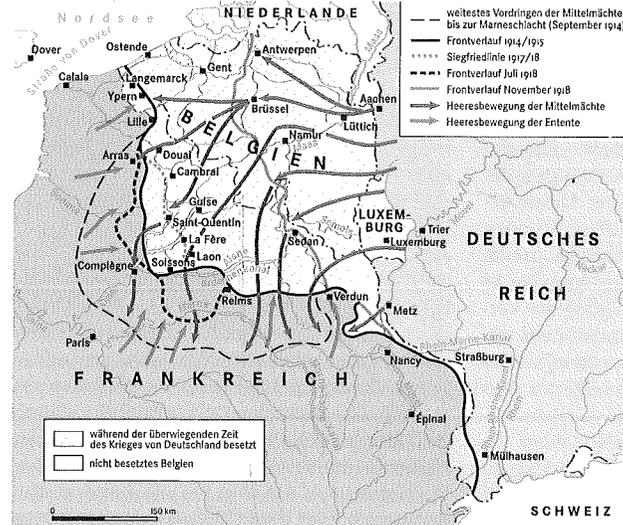
Der Ausbruch des seit langem erwarteten Krieges zwischen den beiden Bündnisystemen, den Mittelmächten Deutschland und Österreich-Ungarn auf der einen, den Ententemächten Frankreich, Russland und Großbritannien auf der anderen Seite, wurde von der Bevölkerung in allen beteiligten Ländern wie eine Befreiung von einem langen, unerträglichen Druck empfunden und mit einer Begeisterung aufgenommen, für die uns heute jedes Verständnis fehlt. Der deutschen Reichsleitung gelang es, ihre Bevölkerung davon zu überzeugen, dass der Krieg dem deutschen Volk von seinen Gegnern aufgezwungen worden war. In nation-

aler Aufbruchstimmung strömten jetzt die Kriegsfreiwilligen zu den Annahmestellen der Regimenter, um ihren Beitrag für die Verteidigung der Heimat zu leisten. Im Reich stimmten die Parteien den Kriegskrediten zu, auch die Sozialdemokraten, die angeblich »aterlandslosen Gesellen«. Die Parteien schlossen unter sich für die Dauer des Krieges einen »Burgfrieden«, sich gegenseitig versichernd, die öffentliche Austragung von Meinungsverschiedenheiten untereinander und gegenüber der Reichsregierung verzichten zu wollen. Der Kaiser sprach das später oft zitierte Wort: »Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche!« Die von vielen oft vermisse innere Einheit schien nun Wirklichkeit geworden zu sein. Aber sie war nur in der Stimmung des Augenblicks und oberflächlich hergestellt. Die erwartete lange Dauer des Krieges, durch die dem Volk immer schwerere Belastungen zugemutet wurden, ließ die unterschiedlichen Standpunkte und die gravierenden sozialen Gegensätze bald wieder hervortreten. Der Burgfriede endete schließlich mit der gegen Ende des Jahres 1916 einsetzenden heftigen öffentlichen Diskussion über die Kriegsziele (► 9.20).

9.16 Marneschlacht

Der Aufmarsch der deutschen Armeen im Westen erfolgte nach dem Schlieffenplan

Die Westfront 1914-1918



Die Ostfront 1914-1918



(► 9.8), dem 1905 von dem damaligen Chef des deutschen Generalstabes, Graf Schlieffen, aufgestellten Kriegsplan. Er ging von einem Zweifrontenkrieg aus und sah vor, mit einem schnellen Aufmarsch im Westen und einem Vernichtungsschlag die französischen Streitkräfte auszuschalten, um sich dann im Osten mit der gesamten deutschen Streitmacht gegen Russland wenden zu können.

Die durch Belgien vorwärts stürmenden deutschen Armeen des rechten Flügels – die Neutralitätsverletzung Belgiens löste die britische Kriegserklärung an das Deutsche Reich aus – schwenkten dem Schlieffenplan folgend nach Süden ein und erreichten schon Anfang September die Marne. Hier trat ihnen zur Verteidigung von Paris eine neu formierte, zahlenmäßig überlegene französisch-britische Streitmacht entgegen. Der deutsche Vormarsch kam zum Stehen. Als sich in der viertägigen Schlacht vom 6. bis 9. September ein gefährlicher Einbruch des Gegners in die zwischen den beiden deutschen Armeen des äußersten rechten Flügels entstandene 50 km breite Lücke abzeichnete, zog Generalstabschef Helmuth von Moltke alle Armeen des rechten Flügels auf eine 80 km rückwärts gelegene Frontlinie zurück. Zögernd folgten die Franzosen nach. In Frankreich sprach man vom »Wunder an der Marne«.

Die Gründe für das Scheitern der auf dem Schlieffenplan aufgebauten deutschen Strategie sind seitdem von zahlreichen Historikern untersucht worden. Sie liegen in der Hauptsache in der Person des Generalstabschefs, der nicht das Feldherrngenie seines berühmten Onkels besaß und eher ein zögernder Charakter war. Zudem hatte der jüngere Moltke entgegen dem im Plan seines Vorgängers vorgesehenen Kräfteverhältnis dem rechten Flügel wertvolle Divisionen entzogen und der Oberrheinfront zugeteilt, die lediglich hinhaltenen Widerstand zu leisten hatte. Und er hatte weitere Divisionen schon an die Ostfront geworfen, die aber für die Abwehrschlacht bei Tannenberg (► 9.17) zu spät kamen.

9.17 Tannenberg

Gemäß der im Schlieffenplan (► 9.8) zugrunde gelegten Strategie des deutschen Generalstabes stand im Osten zum Schutz Ostpreußens lediglich eine einzige deutsche Armee, die so lange den russischen Ansturm aufzuhalten hatte, bis die im Westen frei gewordene Hauptstreitmacht zum Großangriff gegen die Russen antreten konnte. Schneller als erwartet vollzog sich der russische Aufmarsch. Die schon frühzeitig in schwere Abwehrkämpfe mit der 1. rus-

sischen Armee verwickelten deutschen Verbände mussten sich unter Preisgabe ostpreussischer Gebiete in Richtung Weichsel zurückziehen, um nicht von der von Süden nach Ostpreußen vorstoßenden 2. russischen Armee eingeschlossen zu werden. In dieser schwierigen Situation übernahm der reaktivierte General Paul von Beneckendorff und von Hindenburg (► 10.29) den Oberbefehl über die deutsche Armee. Ihm wurde als Generalstabschef der Generalleutnant Erich Ludendorff (► 9.30) zugeteilt, der sich bereits beim Vormarsch in Belgien ausgezeichnet hatte. Der neuen Armeeführung gelang es, in einer fünftägigen Schlacht Ende August 1914 bei Tannenberg mit einer kühnen Umfassungsaktion die 2. russische Armee einzuschließen und vernichtend zu schlagen. Wenige Tage später errangen die deutschen Truppen in der Schlacht an den Masurischen Seen auch über die 1. russische Armee einen entscheidenden Sieg. Mit zahlenmäßig unterlegenen Kräften und relativ geringen eigenen Verlusten war den überlegenen russischen Streitkräften eine empfindliche Niederlage beigebracht worden. Über 137 000 russische Soldaten gingen in die Gefangenschaft. Die psychologische Wirkung der eindrucksvollen Siege von Tannenberg und den Masurischen Seen auf die deutsche Bevölkerung war nach der Enttäuschung über den Ausgang der *Marneschlacht* (► 9.16) ungeheuer; der Hindenburg-Mythos entstand. Als Hindenburg und Ludendorff im Sommer 1916 die 3. *Oberste Heeresleitung* (► 9.21) übernahmen, erhoffte sich die Bevölkerung eine Wende im Kriegsgeschehen und ein baldiges siegreiches Ende des schon zu lange andauernden Krieges. 1927 errichtete die deutsche Regierung auf dem Gelände der Tannenberg Schlacht ein monumentales Nationaldenkmal. Hindenburg war zu dieser Zeit Reichspräsident. Nach seinem Tode ließ Hitler (► 11.2) ihn dort im August 1934 in einem Staatsakt beisetzen.

9.18 Stellungskrieg und Materialschlachten

Nach der *Marneschlacht* (► 9.16) und dem gescheiterten Versuch der deutschen Truppen, in einem »Wettlauf zum Meer« mit dem Gegner die für den britischen Nachschub wichtigen Kanalhäfen einzunehmen (November 1914), stan-

den sich die alliierten und deutschen Heere an der Frontlänge von rund 700 km von der belgischen Küste bis zur Schweizerischen Grenze gegenüber. Der Bewegungskrieg erstarrte zum Stellungskrieg. Ein Schützengrabensystem entstand mit Lauf- und Verbindungsgräben zu den rückwärtigen Stäben, zu Nachschub- und Versorgungsstellen und Feldlazaretten. Der Unterstand, mit Bohlen, Brettern und anderem Material notdürftig befestigte Erdlöcher, wurde der Aufenthalts- und Schutzraum der Frontsoldaten der vordersten Linien auf beiden Seiten. Niemand von ihnen ahnte in diesem ersten noch relativ ruhigen Kriegswinter 1914/15, dass er dieses Schützengrabendasein, wenn er überlebte, mehr als drei Jahre, bis zum Frühjahr 1918, auszuhalten hatte. Aber es kam noch viel schlimmer. Mit einem massiven Einsatz von schweren und schwersten Artilleriewaffen, der sich von Schlacht zu Schlacht immer mehr steigerte, gigantische Ausmaße annahm, versuchten die Alliierten mehrfach im Jahre 1915, an einem begrenzten Frontabschnitt das deutsche Grabensystem niederzuwalzen und für den nachfolgenden Angriff ihrer Infanterieeinheiten sturmreif zu schießen, um einen Durchbruch zu erzwingen. Jeder Versuch misslang unter ungeheuren Blutopfern an Toten und Verwundeten, die für die Angreifer aber noch ungleich größer waren als für die Verteidiger. Im Frühjahr 1916 begann eine deutsche Großoffensive auf die französische Maasfestung *Verdun* (► 9.19), den herausragenden Eckpfeiler der französischen Frontlinie. Auch dieser Angriff scheiterte nach viermonatigem mörderischem Ringen wie die vornehmlich von Briten getragene gewaltige Schlacht an der Somme von Juli bis November 1916. Ergebnis dieser Materialschlachten war auf beiden Seiten die Erkenntnis, dass trotz des unvorstellbaren Einsatzes von Menschen und Waffen die Verteidigung nicht überwunden werden konnte, sofern diese in der Lage blieben, ihre eigenen Verluste relativ schnell und annähernd gleichwertig wieder zu ersetzen. Hier aber machten sich auf deutscher Seite bereits 1916 zunehmend die materielle Unterlegenheit bemerkbar und das Fehlen frischer und gut ausgebildeter Reserven. Den 1917 von den Alliierten fortgesetzten Versuchen, an irgendeinem Frontabschnitt einen entscheidenden Durchbruch zu erzwingen, jetzt auch mit der neuen Wunderwaffe der Tanks, begegnete die

Oberste Heeresleitung (► 9.21) unter Generalleutnant Paul von Hindenburg (► 10.29) und Generalquartiermeister Erich Ludendorff (► 9.30) mit einer elastischeren Kriegführung, die aus taktischen Gründen auch Geländegegebenheiten der Front Vorteile erreicht werden konnten. So wurde auch der anfänglich durch die Tanks verursachte Schock von der Fronttruppe überwunden.

9.19 Verdun

Nachdem die Durchbruchversuche der Alliierten in den Materialschlachten des Jahres 1915 am Widerstand der deutschen Fronttruppen gescheitert waren, setzte die deutsche Oberste Heeresleitung (OHL) am 21. Februar 1916 zum Großangriff auf die stark befestigte und durch Außenforts gesicherte französische Festung Verdun an. In einem monatelangen erbitterten Ringen wurde um jeden Meter Boden, um jede Anhöhe gekämpft, das Fort Douaumont wechselte mehrfach den Besitzer. Die Eroberung der Festung gelang nicht, auch der Plan der OHL,

mit dem gewaltigen Einsatz von Menschen und Material die gegnerischen Kräfte im Sinne der Ermattungsstrategie »ausbluten« zu lassen, schlug fehl. – Nachdem im Juni 1916 wegen des britischen Großangriffs an der Somme starke deutsche Kräfte von der Verdunfront abgezogen werden mussten, gingen die geringen Geländegewinne und Fort Douaumont wieder verloren.

Die deutschen Verluste betragen 338 000, die französischen 364 000 Tote. Die Franzosen feierten die Schlacht um Verdun als Sieg und als Beweis ihrer Widerstandskraft. Für beide Völker steht der Name Verdun als Symbol für die Materialschlachten des 1. Weltkrieges und im Zeichen der heutigen deutsch-französischen Freundschaft als ein Mahnmal für die Sinnlosigkeit des Krieges und die Notwendigkeit der Verständigung unter den Völkern.

9.20 Kriegsziele

Die Frage, wie Europa nach diesem Kriege aussehen sollte, beschäftigte die Politiker, die Militärs und die Völker in allen Krieg führenden Staaten seit Beginn des Krieges am 1. August 1914. In Deutschland war anfänglich die öffentliche Erörterung von Kriegszielen untersagt, um die bei Kriegsausbruch erzielte Einmütigkeit des Volkes nicht zu gefährden. Vor allem vom *Alldeutschen Verband* (► 9.4) und anderen nationalistischen Gruppen wurden schon früh überzogene annexionistische Forderungen gestellt, über die seit 1916 zunehmend auch der Reichstag debattierte. Man ging dabei ganz



◀ Die vom 21. Februar bis Mitte Dezember 1916 andauernde Schlacht um die französische Festung Verdun wurde zum Symbol für die Schrecken der Materialschlacht in dem von der Artillerie dominierten Stellungskrieg. Zeitgenössisches Gemälde »Die Todesschlucht von Verdun« von Joseph Ferdinand Guedry